



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Zuwanderung und Innere Sicherheit:

Staatsregierung beschließt Regelwerk

Klare Linie bei der Zuwanderung: Die Bayerische Staatsregierung hat ein Positionspapier beschlossen, das konkrete Antworten auf die aktuellen Herausforderungen der Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik gibt. Zudem beschloss der Ministerrat das Sicherheitskonzept „Freiheit und Sicherheit durch Recht und Ordnung“.

Nach den Worten von CSU-Vorsitzendem Horst Seehofer „ist die Aufnahme von Schutzbedürftigen ein Gebot der christlichen und humanitären Verantwortung. Unser Kompass lautet: Humanität und Integration für die Schutzbedürftigen, die bleiben dürfen; und eine klare Ordnung und Begrenzung gegenüber denjenigen, die wir nicht aufnehmen können.“ Ziel sei ein gesetzliches Regelwerk, das garantiert, dass Deutschland nicht mehr als 200.000 Flüchtlinge pro Jahr aufnimmt.

Fluchtursachen bekämpfen

Neben einem Einwanderungsbegrenzungs-gesetz plädiert die CSU für die Bekämpfung von Fluchtursachen. Hilfe vor Ort und die Schaffung von Lebensperspektiven in der Heimat seien das beste Mittel gegen neue Migrationswellen. Die Europäische Union solle einen „Afrikapakt“ schließen.

Darüber hinaus müsse sich der Familiennachzug auf die wirklich berechtigten Fälle und auf die Kernfamilie beschränken. Voraussetzung sei ein dauerhaftes Bleiberecht, eine eigene Wohnung und ein selbstverdienter, gesicherter Lebensunterhalt. Zudem würden schnelle Entscheidungen in grenznahen Einrichtungen benötigt. Das Dublin-Verfahren müsse wieder angewandt und Rücküberstellungen vollzogen werden. „Europa muss zu einer solidarischen Lastenverteilung nach Quoten kommen. Europa muss weitere Drittstaatenabkommen schließen und in diesen Ländern Flüchtlingszentren errichten“, fordert die Staatsregierung.

„Wer keinen Anspruch auf

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Schutz hat, muss unser Land zügig verlassen. Das ist Voraussetzung dafür, dass wir uns um die wirklich Schutzbedürftigen kümmern können“, heißt es weiter. Wer in Deutschland straffällig wird, habe sein Gastrecht verlor und müsse konsequent abgeschoben werden.

Binnenkontrollen

Auch müsse die Möglichkeit zu wirksamen Binnengrenzkontrollen bestehen bleiben, um im Bedarfsfall die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten zu können. Transitzentren müssten eingerichtet werden und Zurückweisungen erlaubt sein: „Abschiebungshaft und Ausreise-

gewahrsam müssen praxistauglich sein. Wer in Deutschland straffällig wird, hat sein Gastrecht verlor und muss konsequent abgeschoben werden.“

Des Weiteren setzt sich die CSU für den Abbau von Anreizen zur Migration nach Deutschland ein. Wer die überwiegende Zeit seines Erwerbslebens nicht in Deutschland verbracht hat, soll Leistungen der Grundsicherung im Alter nicht mehr uneingeschränkt erhalten.

Zugriffsrechte

Die Schaffung von Zugriffsrechten auf Verkehrsdaten für Nachrichtendienste, die härtere Bestrafung von Gewalt gegen Polizei- und Justizbedienstete und Rettungskräfte sowie die Überwachung von Gefährdern mithilfe einer elektronischen Fußfessel zählen zu den Maßnahmen aus dem CSU-Sicherheitskonzept. Darüber hinaus hat sich die Staatsregierung zum Ziel gesetzt, die Videoüberwachung auszubauen, Möglichkeiten zur Gesichtserkennung zu verbessern und Möglichkeiten zum Einsatz der Bundeswehr im Innern zu erweitern.

Zu den weiteren Schwerpunkten gehören die härtere Bestrafung von Wohnungseinbrüchen, die Bekämpfung der Cyberkriminalität (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerische Krankenhausgesellschaft:

Ruf nach höheren Investitionen

Mitgliederversammlung im Münchner Maximilianeum

2016 sei das Jahr der Selbstverwaltung im Gesundheitssektor gewesen, betonte der Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Oberbürgermeister a. D. Franz Stumpf, bei der BKG-Mitgliederversammlung in München. Er kritisierte, dass die Politik die Klärung vieler grundlegender Fragen der Patientenversorgung wie Qualitätsvorgaben für die Krankenhausplanung oder die Festlegung, welche Entfernung zum nächsten Krankenhaus dem Bürger zumutbar ist, „vor der Tür der Selbstverwaltung abgelenkt“ habe. Dies seien Verantwortungen, die der Gesetzgeber jedoch keinesfalls aus der Hand geben dürfe.

In der Praxis, wenn sich die Parteien nicht einig sind, entscheide dann oft alleine das Votum eines unparteiischen Vorsitzenden im sogenannten Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA). Damit wird nach Stumpfs Meinung auch die Zuständigkeit der Länder für die Krankenhausplanung untergraben.

Streitfrage Kapazität

Verärgert zeigte sich der BKG-Vorsitzende darüber, dass die Krankenkassen auf der Bundesebene nur ein Thema kennen, nämlich das der Krankenhausschließungen: „Egal, welches Thema der Gesetzgeber der Selbstverwaltung aufgab zu regeln, und sei es auch mit einer eindeutig anderen Zielsetzung, es mündete schließlich in die Streitfrage um die Krankenhausstruktur und die Kapazität. Dabei befinden wir uns erst am Anfang einer langen Aufgabenliste. Fast alle Regelungen zu den Qualitätsthemen, sei es Qualitätsindikatoren für die Planung, Qua-

litätsverträge oder -zu und -abschlüsse, stehen noch vor uns. Schon jetzt lässt die Krankenkassenseite keinen Zweifel daran, worum es ihr auch dabei geht: Wie



Franz Stumpf.

viele Krankenhäuser die Vorgaben nicht erfüllen und vom Netz genommen werden müssen.“

Stumpf erinnerte die zahlreichen Gäste und Partner aus dem Gesundheitswesen an die erfolg-

Bayerischer Gemeindetag:

Hemmnisse und Lösungskonzepte

Bayerns Gemeinden und Städte sprechen sich für mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum aus. Laut Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl kann diese maßgeblich dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken. Zugleich diene die Videoüberwachung der Kriminalprävention sowie der erfolgreichen Strafverfolgung.

Die zeitweise chaotischen Zustände und Probleme bei der Aufklärung der Silvesterübergriffe in Köln hätten deutlich gemacht, wie wichtig Aufzeichnungen sind, um Täter ermitteln und ihre Straftaten verfolgen zu können, erläuterte Brandl. Auch im jüngsten Fall, der Attacke auf eine junge Frau auf einer Berliner U-Bahn-Treppe, habe der mutmaßliche Täter nur aufgrund von Videoaufzeichnungen gefasst werden können.

Gerade im Bereich der kameragestützten Überwachung des öffentlichen Raums böten die technologischen Innovationen vollkommen neue Chancen. Mittels intelligenter Systeme sei es zielgenau möglich, Verdächtige zu iden-

tifizieren sowie Straftaten zu verhindern und zu ahnden, ohne dass Komplettaufzeichnungen notwendig sind. Intelligente Videoüberwachung bedeute vor allem Prävention vor Anschlägen und besseren Schutz vor Straftaten. Die Mehrheit der Bürger wünsche sich eine Ausweitung an zentralen Plätzen; die gesetzlichen Regelungen des Freistaats Bayern ließen dies jedoch nur sehr einschränkend zu. „Derzeit wird in Bayern vieles, was möglich wäre, mit Hinweis auf den Datenschutz verhindert“, unterstrich der Gemeindetagspräsident.

Datenschutz abbauen

Brandl plädierte dafür, die strengen Datenschutzregelungen dringend abzubauen. Dem Schutz der Allgemeinheit sei Vorrang vor dem Schutz der informationellen Selbstbestimmungsfreiheit einzuräumen. „Wir müssen aufpassen, dass aus berechtigtem Datenschutz kein unbeabsichtigter Täterschutz wird.“ Zugleich müssten in diesem Rahmen die Speicherfristen für Videoaufzeichnungen ausgeweitet und vereinheitlicht werden, um belastbares Material zur Verfolgung der Täter besitzen und verwerten zu können. Eine 24 Stunden- oder 48 Stunden-Frist, nach der die mit der Videoüberwachung aufgezeichneten Bilder wieder gelöscht werden müssen, reiche nicht aus, um angemessen reagieren zu können. Die Löschrfristen sollten mindestens zwei Monate betragen. Dies sei bislang nur in Sachsen möglich. Die Aufbewahrungsfrist betrage in Bayern drei Wochen.

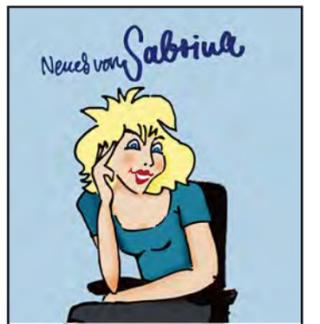
Des Weiteren bezog der Bayerische Gemeindetag Stellung zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). In einem Urteil vom 21. Dezember hatte das Gericht betont, dass die Aufteilung von

Zuständigkeiten innerhalb eines Mitgliedstaats der EU ausschließlich den Mitgliedstaaten selbst obliegt und die EU verpflichtet ist, die nationale Identität der Staaten zu achten, zu der auch die kommunale Selbstverwaltung gehört.

Selbstverwaltung

Brandl wertete dies als „eine wichtige und begrüßenswerte Entscheidung“. Der Europäische Gerichtshof bekräftigte, dass die Gemeinden und Städte das Recht haben, selbst darüber zu entscheiden, wie sie ihre Aufgaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger organisieren und ob sie dafür auch zusammenarbeiten. Kommunale Selbstverwaltung und kommunale Daseinsvorsorge gehörten zu den Grundpfeilern des Gemeinwesens. Dies habe auch Brüssel zu respektieren. Die deutschen Gerichte müssten dieses Urteil nun in diesem Sinne mit Leben füllen. Brandl zufolge ist das vielzitierte „Kirchturmdenken“ vielerorts überholt, Gemeinden arbeiten verstärkt zusammen, um Leistungen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern noch besser und effizienter erbringen zu können. „Rechtliche Hemmschuhe seitens der EU sind das Letzte, was wir hier gebrauchen können.“

Der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs lag die Frage (Fortsetzung auf Seite 4)



Besonders in der zurückliegenden Weihnachtszeit konnte man es wieder beobachten: Immer mehr Einkäufe werden online getätigt und durch Lieferdienste verteilt. Dieses System hat diverse Nachteile für die Innenstädte - und auch für unsere Nerven. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

DSTGB-Bilanz: Vertrauen in den Staat stärken	Seite 2
Bürgererlebnis 2020: Herausforderungen und Konzepte	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunalfachthemen stabilisieren Krisenregionen	3
Handbuch zur kommunalen Pressearbeit	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiethemen	5-10
Umwelt · Abfall	11
Verkehr · ÖPNV	12
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	12-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

DSTGB-Bilanzpressekonferenz:

Vertrauen in den Staat stärken

Die zentralen Politikthemen Flüchtlinge und Sicherheit stehen auch im Fokus der Kommunen im Jahr 2017. „Ob und wie Integration der anerkannten Flüchtlinge gelingen wird, entscheidet sich in den Städten und Gemeinden. Einfache und schnelle Lösungen gibt es nicht. So wie man keine Chinesische Mauer gegen die Zeit bauen kann, wird Deutschland die Pluralisierung, den galoppierenden Weg in die Informationsgesellschaft und auch die weltweiten Flüchtlingsströme nicht national steuern oder aufhalten können“, hob DSStGB-Präsident Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, anlässlich der Bilanzpressekonferenz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Berlin hervor.

Der DSStGB erwartet, dass entsprechende Maßnahmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene aufrechterhalten und sogar noch verstärkt werden. Es sei zu begrüßen, dass im Bundeshaushalt 2017 erhebliche zusätzliche Finanzmittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen bereitgestellt wurden. Der Verband erwartet von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Erfüllung einer solidarischen Aufnahme der geflüchteten Menschen. Die europäischen Außengrenzen müssten weiter konsequent geschützt werden. Die Bundespolizei habe an den deutschen Außengrenzen sowie an Flughäfen zahlreichen Personen die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigert. Der DSStGB habe diese Verschärfung der Einreisekontrollen gefordert. Wessen Identität nicht festgestellt werden kann, dürfe nicht einreisen oder müsse zwingend in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes zum Zwecke der Identitätsfeststellung verbleiben.

Grenzkontrollen

„Die Grenzkontrollen sind weiter aufrechtzuerhalten“, forderte Schäfer. Die Tatsache, dass Ende des Jahres 2017 etwa 485.000 Ausreisepflichtige in Deutschland leben werden, zeige, dass die Abschiebungspraxis dringend verbessert werden muss. Allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 wurden rund 110.000 Anträge abgelehnt.

Aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ist eine bessere Absprache zwischen Bund

und Ländern erforderlich. Es bedürfe der Überprüfung der Abschiebungshindernisse, aber auch entsprechender Rücknahmeabkommen mit den betroffenen Ländern. Von daher sei es zu begrüßen, dass der Bund die Initiative ergriffen hat, die „Stolpersteine der Rückführung“ zu identifizieren und abzubauen. Die einzelnen Ausländerbehörden seien in der Regel überfordert, die Abschiebungshindernisse zu beseitigen.

Integration vor Ort

„Auch wenn in diesem Jahr deutlich weniger Menschen nach Deutschland kommen werden als im Jahr zuvor, liegt die eigentliche Aufgabe noch vor uns: die Herkulesaufgabe der Integration der Geflüchteten vor Ort“, unterstrich Schäfer. Ein Großteil der Menschen werde längerfristig – wenn nicht sogar dauerhaft – in Deutschland bleiben. Den Städten und Gemeinden komme hier eine Schlüsselrolle zu. Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen werde mit voraussichtlich 200.000 zusätzlichen Kindern und Jugendlichen im Bildungssystem und rund 60.000 zusätzlichen Kitakindern gerechnet. Hierfür würden mehr Gebäude, mehr Personal und mehr Busse und Bahnen für den Schulweg benötigt.

Angesichts erhöhter Terrorgefahr und eines ersten schrecklichen Anschlages in Berlin sowie der weiter anwachsenden Alltagskriminalität sind immer mehr Menschen zunehmend verunsichert und beginnen zu zweifeln, ob der Staat ihre Sicherheit ausreichend gewährleisten kann. Obwohl Deutschland international weiter ein sicheres Land ist, nimmt das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat ab. Die Folge sind eine zunehmende Politikverdrossenheit und die Gründung von Bürgerwehren. „Ein wehrhafter Rechtsstaat muss diesen Entwicklungen mit aller Kraft entgegenreten und ein deutliches Zeichen setzen, um das Vertrauen in den Staat wieder zu stärken und den Bürgern ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln“, forderte der DSStGB-Präsident.

Hasskriminalität

Hasskriminalität und Straftaten, die sich gegen politische Einstellungen, Nationalitäten, Hautfarben oder Religionen richten, sind angestiegen, insbesondere Wohnungs- und Geschäftseinbrüche haben dramatisch zugenommen. Statistisch gesehen gibt es alle 3,1 Minuten einen Einbruch oder Einbruchversuch in Deutschland. Dagegen ist die Aufklärungsquote laut Polizeiangaben in den vergangenen zehn Jahren von 19,6 auf 15,2 Prozent gesunken.

Sicherheit ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität in Städten und Gemeinden und zugleich wichtiger Standortfaktor. „Bund und Länder haben inzwischen Vorschläge des DSStGB aufgegriffen und Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit eingeleitet. Dies betrifft den Ausbau der Personalkapazitäten bei der Polizei und Justiz, Präventionsstrategien gegen Radikalisierungen sowie den Kampf gegen die Internet- und Computerkrimina-

lität. Das reicht aber nicht aus“, stellte Schäfer fest und plädierte für weitere Maßnahmen.

Videoüberwachung

So muss nach seiner Überzeugung die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen und Bahnhöfen sowie im ÖPNV ausgebaut werden. Videoüberwachung dient der Kriminalprävention, der erfolgreichen Strafverfolgung sowie der Steigerung des Sicherheitsgefühls. Die gesetzlichen Regelungen in den Ländern lassen dies derzeit nur sehr einschränkend zu. Aus Sicht des DSStGB müssen datenschutzrechtliche Hürden auf Bundes- und Landesebene dringend abgebaut werden. So sollten die Fristen, in der die mit Videotechnik aufgezeichneten Bilder gelöscht werden müssen, vereinheitlicht und verlängert werden. Eine 24- oder 48-Stundenfrist reiche nicht aus. Die Löschungsfristen sollten mindestens zwei Monate betragen.

Darüber hinaus sollten ausreichend Ermittler zur Bekämpfung der Wohnungs- und Geschäftseinbrüche eingesetzt werden. Zur Bekämpfung der Bandenkriminalität müssten die Sicherheitsbehörden der Länder stärker kooperieren und die Telekommunikationsüberwachung sowie die Verkehrsdatenüberwachung ermöglicht werden. Der Informationsaustausch sei grenzüberschreitend zwischen den Behörden aller Ebenen – EU, Bund, Länder, Kommunen – zu verbessern. Die zwischen Deutschland, den Niederlanden und Belgien unterzeichnete „Aachener Erklärung“ zur besseren Bekämpfung der grenzüberschreitenden Eigentumskriminalität, stelle einen richtigen Schritt dar.

Staatsanwaltschaft und Gerichte seien zudem gefordert, die Taten mit der notwendigen Konsequenz zu verfolgen und abzuurteilen. Durch eine Verschärfung des Strafrahmens für Wohnungseinbrüche und eine Änderung der Strafprozessordnung müsse die Justiz die entsprechenden Handlungs- und Eingriffsbefugnisse erhalten.

Laut Schäfer haben Gewaltaufträge, Beleidigungen und Drohungen gegenüber Mandats- und Amtsträgern, aber auch gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Es drohe eine Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit öffentlicher Ämter, wenn ihre Träger solchen Angriffen schutzlos gegenüberstehen. Ein wehrhafter Rechtsstaat müsse ein deutliches Zeichen setzen. Der DSStGB setze sich seit langem für einen Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Hasskriminalität ein. Dieser müsse endlich umgesetzt werden.

Der geltende Stalking-Paragraf des § 238 Strafgesetzbuch sei um den neuen Straftatbestand des „Politiker-Stalkings“ zu ergänzen. Schäfer: „Die Verschärfung des Strafrechts nützt wenig, wenn die Täter nicht ermittelt und Staatsanwaltschaften und Justiz diese nicht konsequent verfolgen und aburteilen können. Der DSStGB unterstützt deshalb den Vorstoß des Landes Nordrhein-Westfalen, im StGB eine dem Gemeinwohl feindliche Haltung als strafschärfenden Umstand zu werten, um so Polizeibeamte, Rettungskräfte, Feuerwehrleute aber auch Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung besser zu schützen. Auch die sozialen Netzwerkbetreiber sollten – etwa durch eine Änderung des Telemediengesetzes – dazu verpflichtet

werden, die Daten straffälliger Personen bei Ermittlungsverfahren an die Polizei und die Justiz weiterzugeben. Absprachen, dass auf freiwilliger Basis Einträge dieser Inhalte gelöscht werden, reichen nicht aus.“

Ferner wies Schäfer darauf hin, dass Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft gezielter bekämpft werden müssten. Wichtig sei der Aufbau von lokalen Präventionszentren, in denen gemeinsam mit den Kommunen mögliche Radikalisierungstendenzen analysiert, Gegenstrategien entwickelt und in einem bundesweiten Netzwerk zusammengearbeitet wird. Zudem müsse hier der notwendige Informationsfluss der Behörden untereinander sichergestellt werden. Zugleich sollten die Zentren als Plattform für den Austausch unter den gesellschaftlichen Gruppen und als Anlaufstelle für Eltern, Bürger, Lehrer oder Arbeitgeber dienen, wenn diese Radikalisierungstendenzen beobachten. Sinnvoll wäre es, das Projekt mit einem Präventionsgesetz gegen Radikalisierung zu verbinden. Dort sollten die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen dauerhaft gesichert werden.

Cyberangriffe

Angesichts zunehmender Cyber- und Hackerangriffe ist es nach Auffassung des DSStGB auch dringend erforderlich, die bereits beschlossene zentrale Stelle im Sicherheitsbereich zur Entschlüsselung der Internetkommunikation schnell aufzubauen. Die Internet- und Computerkriminalität müsse durch besser geschulte Fachkräfte bekämpft, die bereits bestehenden Aktivitäten in den Landeskriminalämtern und im Bundeskriminalamt miteinander vernetzt und zusammengeführt werden. Der Schutz kritischer Infrastrukturen habe oberste Priorität. Das Bundesamt für Informationstechnik müsse als Ansprechpartner auch den Kommunen zur Verfügung stehen.

Neben den Aufgaben Integration, Sicherheit und Infrastruktur wird das Jahr 2017 Schäfer zufolge auch von notwendigen Maßnahmen zur Erneuerung der Energiewende sowie der Digitalisierung in Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung geprägt sein.

Mit den im Sommer 2016 beschlossenen Gesetzen beginne ein neues Kapitel der Energiewende. Mit dem EEG 2017 und dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende seien die wesentlichen Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre gesetzt worden. Dabei gelte in Zukunft der Grundsatz, dass die ökologisch notwendige Energiewende auch ökonomisch sinnvoll durchgeführt wird. Die Förderung für EE-Anlagen werde zukünftig über wettbewerbliche Ausschreibungen ermittelt, um eine Überförderung zu verhindern und die Kosten für die Verbraucher zu senken. Schäfer: „Aus kommunaler Sicht war es dabei bedeutsam, die Akteursvielfalt auch im neuen Ausschreibungsdesign zu erhalten, da der dezentrale Charakter einer der prägenden Faktoren der Energiewende ist. Zudem kann die Energiewende als gemeinschaftliche Aufgabe nur in Zusammenarbeit der staatlichen Ebenen mit der Wirtschaft und den Bürgern gelingen.“

Im Zuge der Digitalisierung kündigten sich grundlegende Veränderungen in den Bereichen Mobilität und Verkehr an, erläuterte der Präsident. Intelligente Verkehrssysteme, automatisiertes oder autonomes Fahren rückten in greifbare Nähe. Im Öffentlichen Personennahverkehr könnten elektronische Tickets und die Kombination mit anderen Verkehrsmitteln als buchbares Produkt die Mobilitätslandschaft verändern. Car-Sharing und Ride-Sharing Dienste stellten die Notwendigkeit eines eigenen Pkw grundsätzlich in Frage. **DK**

Bayern wächst weiter:

Starke Wirtschaft und Finanzen

Innenminister Herrmann stellt Statistisches Jahrbuch 2016 vor

Seit vielen Jahren dient das Statistische Jahrbuch für Bayern als wichtige Entscheidungsgrundlage für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Jetzt hat Innenminister Joachim Herrmann die mehr als 660 Seiten umfassende 59. Auflage des Jahrbuchs für 2016 im neuen Fürther Hauptsitz des Statistischen Landesamts präsentiert und die wichtigsten Schlussfolgerungen daraus gezogen. Als Hauptpunkte nannte der Innenminister das stetige Bevölkerungswachstum sowie die ungebrochene Wirtschafts- und Finanzkraft im Freistaat.

Gegenüber 2014 sei die Bevölkerung Bayerns in 2015 erneut um 152.000 auf 12,85 Millionen Menschen angewachsen. Dies habe vor allem an einem Zuwanderungsgewinn von 164.000 Bürgern gelegen, erklärte Herrmann. Daher werde man ohne neue Bauflächen und noch mehr Wohnungsbau nicht auskommen. Dabei sei der Freistaat mit insgesamt 2,26 Millionen Wohnungen in 2015 auf einem „guten Weg“.

Wohnungsbau

Jedoch werde Bayern bis 2035 mehr als 13,5 Millionen Einwohner haben. Infolgedessen betreibe der Freistaat den Wohnungsbau mit Hochdruck. Von Januar bis November 2016 seien 67.400 Wohnungen zum Bau freigegeben worden. Darüber hinaus würden im Rahmen des Vierjahresprogramms des „Wohnungspakts Bayern“ bis zu 28.000 neue staatliche bzw. staatlich geförderte Wohnungen entstehen. Dafür investiere der Freistaat rund 2,6 Milliarden Euro. Trotzdem werde man die bayerische Landschaft bewahren und schonend mit dem Boden umgehen, betonte der Bauminister.

Hohes Wachstum

Laut Herrmann befinde sich die Wirtschaft Bayerns in „herausragender Verfassung“. Das ökonomische Wachstum sei stark und das Bruttoinlandsprodukt in 2015 preisbereinigt um 2,1 % gestiegen. Seit 2010 habe sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt sogar um 12,3 % erhöht. Außerdem sei die Arbeitslosenquote in Bayern in 2015 mit 3,6 % erheblich niedriger als die gesamtdeutsche Quote von 6,4 %. Gleichzeitig habe die Erwerbs-

tätigkeit einen Rekordwert von 7,27 Millionen Menschen erreicht, 1,4 % mehr als 2014.

Bei den öffentlichen Finanzen habe es 2015 mit 54,6 Milliarden Euro Gesamteinnahmen ein Plus von mehr als zwei Milliarden gegenüber dem Vorjahr gegeben. Darüber hinaus habe der Freistaat seine Verschuldung um über drei Milliarden Euro weiter reduziert. Somit könne man auch künftig dringend benötigte Investitionen tätigen, vor allem im Bereich der Infrastruktur, führte der Minister weiter aus.

Infrastrukturausbau

Als wichtigster Verkehrsträger müsse das Straßennetz erhalten und weiter ausgebaut werden. Inzwischen umfasse das überörtliche Straßennetz fast 42.000 Kilometer. Für Um-, Aus- und Neubau der bayerischen Staatsstraßen seien die Ausgaben seit 2000 um 56 % auf 266,9 Millionen Euro in 2015 gestiegen. Im vergangenen Jahr seien die Mittel nochmals auf mehr als 275 Millionen Euro angewachsen. Außerdem habe der Freistaat die Aufwendungen für Autobahnen und Bundesstraßen auf über 1,2 Milliarden Euro erhöht.

In diesem Zusammenhang nannte der Verkehrsminister die aktuellen Zahlen der Unfallstatistik, wonach es in 2015 weniger Verkehrstote in Bayern gegeben habe. Er verwies auf das staatliche Verkehrssicherheitsprogramm „Bayern mobil – sicher ans Ziel“, mit dem man die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 gegenüber 2011 um 30 % senken wolle. Dabei habe es in 2015 614 Verkehrstote gegeben, 21 % weniger als 2011. Dieser Trend müsse sich fortsetzen, erklärte Herrmann abschließend. **rm**

Kommunaler Finanzausgleich:

Mit 8,91 Milliarden Euro auf Rekordniveau

Staatliche Schlüsselzuweisungen steigen auf 3,36 Milliarden Euro

Der kommunale Finanzausgleich steigt in diesem Jahr auf die neue Rekordsumme von rund 8,91 Milliarden Euro, 352 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Die Schlüsselzuweisungen des Freistaats an die bayerischen Gemeinden und Landkreise, mit fast 38 % die größte staatliche Einzelleistung erhöhen sich auf ca. 3,36 Milliarden Euro. Somit erhalten Bayerns Kommunen über 131 Millionen Euro mehr als in 2016. Dies teilte Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann mit.

Für Herrmann ist die kontinuierliche Steigerung der Schlüsselzuweisungen ein erfreuliches Ergebnis. Von 3,14 Milliarden Euro in 2015, über 3,23 Milliarden Euro im vergangenen Jahr, seien die staatlichen Leistungen in diesem Jahr auf eine neue Rekordsumme gestiegen. Nachdem die Gemeinden und Landkreise frei über die Verwendung der Schlüsselzuweisungen entscheiden könnten, bedeuteten sie vor allem für Gemeinden mit schwacher Steuerkraft eine nachhaltige Stärkung ihrer Verwaltungshaushalte. Mit diesen Mitteln könnten vor Ort wichtige Projekte vorangetrieben werden, von denen die Bürger direkt profitieren, erklärte der Minister.

Bei den kreisfreien Städten er-

halten in 2017 22 von 25 Städte Schlüsselzuweisungen. Lediglich München, Regensburg und Coburg bekommen aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Steuerkraft keine Mittel. Insgesamt steigen die Zuweisungen für die kreisfreien Städte um rund 76,5 Millionen Euro gegenüber 2016. Bei den kreisangehörigen Gemeinden beträgt die Steigerung 10,9 Millionen Euro. Die Landkreise erhalten ca. 49,5 Millionen Euro mehr als im Vorjahr, was einem Anstieg um 4,3% entspricht. Landkreise und kreisangehörige Kommunen auf der einen und kreisfreie Städte auf der anderen Seite würden ausgewogen berücksichtigt, resümierte Herrmann. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Lorenz Ostermaier
83539 Pfaffing
am 19.1.

Bürgermeister
Bernhard Seeberger
91091 Goseneseebach
am 20.1.

Bürgermeister Ernst Walter
89359 Kötzing
am 20.1.

Bürgermeister Karl Huber
85119 Ermsgaden
am 25.1.

Bürgermeister Max Köberl
94160 Ringelai
am 26.1.

Bürgermeister Karl Hertlein
91729 Haundorf
am 29.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Lorenz Kronberger
84570 Polling
am 29.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Bolz
86947 Weil
am 26.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Landrat Dr. Oliver Bär
95032 Hof
am 25.1.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bürgererlebnis 2020:

Herausforderungen und Konzepte in Kommunen

Hochschule für angewandtes Management und Institut für Public Management veranstalteten 2. Serviceforum in Ismaning

Die Bürgerorientierung von Kommunen und das Management der kommunalen Servicequalität vor dem Hintergrund der Zielsetzung hoher Kunden- bzw. Bürgerzufriedenheit und Wirtschaftlichkeit standen im Zentrum des 2. Serviceforums von HAM und IPM in Garching. Die Tagung unter dem Motto „Bürgererlebnis 2020: Herausforderungen und Konzepte in Kommunen“ fand in Kooperation mit dem TÜV Süd und der Bayerischen Gemeindezeitung statt.

Namhafte Referenten aus Wissenschaft und Praxis präsentierten Beispiele und Anregungen aus der Praxis. Zudem bot das Serviceforum Raum für Networking zwischen Praktikern, Wissenschaftlern und Studierenden des Studiengangs Betriebswirtschaft mit dem Branchenfokus Public Management.

Prof. Dr. Andreas Schöler, Fakultät für Wirtschaftspsychologie der HAM und Hans-Peter Mayer, Direktor Institut für Public Management, berichteten erstmalig exklusiv über die Online-Studie

darf, Mitarbeiter, Eigen-/Fremdbild, Kennzahlen)

2. „Empowerment“ der Mitarbeiter – Motivationsveranstaltungen alleine helfen nicht.

3. Servicequalität managbar machen – Kennzahlen und Standards

4. Kunden- und bürgerorientierte Gestaltung der Prozesse - Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Umfeld...

5. Transparenz und Dialog herstellen und ermöglichen – Sprache, Entscheidungen, Grundlagen...

Wie Serviceprozesse erfolg-

reich gesteuert werden können, erläuterte Kathrin Birkner, TÜV SÜD Management Service. Ihren Ausführungen zufolge ist TÜV SÜD bereits im Jahr 2004 als erster TÜV in Deutschland mit dem Thema Service-Zertifizierungen an den Markt gegangen. Experten von TÜV SÜD arbeiten derzeit als einziger Zertifizierer im DIN – Ausschuss an einer internationalen Norm zur Messung von Kundenbegeisterung. TÜV SÜD bietet als einziger Zertifizierer eine Prüfgrundlage in Form eines Anforderungskatalogs, der messbare und nachvollziehbar definierte Kriterien zum Thema Service Excellence enthält, die über den Leitfaden der DIN SPEC 77224 hinausgehen.

Den Hintergrund der Service-Zertifizierungen bildet laut Birkner die wissenschaftlich anerkannte Service-Profit-Chain (SPC). Dabei handelt es sich um ein weit verbreitetes Modell, das Dienstleistungsqualität und Unternehmensgewinn bzw. –erfolg darstellt.

Der Leiter des Bürgeramts der Stadt Augsburg, Dieter Roßdeutscher, berichtete über Selbstverständnis und Arbeitsweise einer modernen Verwaltung. In den Bürgerbüros, so Roßdeutscher, werde der Grundsatz „one face to the customer“ gelebt. Es gebe keine Unterscheidung zwischen den einzelnen Vorgängen. Ein Bürger könne zeitgleich am selben Schalter sowohl seinen Umzug melden als auch sein KFZ mit ummelden und einen Bewohnerparkausweis beantragen.

Die Kernaufgaben des Bürgerbüros lägen im Melde- und Zulassungswesen. Die Bürgerbüros Augsburg streben eine möglichst papierlose Verwaltung an. Daher wurde bereits zum Herbst 2009 die Aktenführung im Einwohnerwesen digitalisiert. Zum 1. November 2009 folgte das Kfz-We-

Seit Dezember 2014 offeriert die Stadt Augsburg ihren Bürgern zusätzliche Online-Dienste über das Bürgerservice-Portal der AKDB. Bereits bestehende Dienste wurden in das Bürgerservice-Portal integriert.

„Das Verhältnis von 2.000 Unternehmen mit 14.200 Beschäftigten zu 16.500 Bürgern in Ismaning ist überdurchschnittlich hoch. Das breite wie tiefe Leistungsspektrum der vielen Unternehmen ist nur wenigen wirklich bewusst. Deshalb wurde von der Gemeinde ‚Wir in Ismaning‘ als Förderkreis für Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt gegründet“, hob Bürgermeister Dr. Alexander Greulich hervor.

Standortvielfalt

Mit dem zeitgemäßen Ismaninger Online-Schaukasten sollen nicht nur die Standortvielfalt sichtbarer und der breite Leistungsmix transparenter gemacht werden. Ziel sei es zudem, den inneren Zusammenhalt zu stärken und die Integration von Neubürgern zu erleichtern. „Wir in Ismaning“ versteht sich letztlich als Markenzeichen für Ismaning und ist als integraler Bestandteil Ausgangspunkt und Maßstab jeder Marketing-Aktivität. Greulich: „Das Online-Schaukasten als Kernbaustein ist einzigartig und als eine Antwort Ismanings zum Thema Digitalisierung zu verstehen.“

„Berechtigte Erwartungen unserer Bürger und Bürgerinnen zu erfüllen, ist für uns ganz selbstverständlich. Deshalb scheuen wir uns nicht, dafür auch Garantien zu übernehmen und die Bürger zu entschädigen, wenn wir unsere Standards nicht einhalten“, unterstrich Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg.

Für seine Serviceoffensive wurde der Landkreis bereits im Jahr 2000 mit dem Innovationspreis der Bayerischen Staatsregierung ausgezeichnet. Zudem führte er als erster bayerischer Landkreis gemeinsam mit Landsberg/Lech und Traunstein das RAL-Gütezeichen ein. Dieses dokumentiert die Ernsthaftigkeit der Verwaltung, ihr wirtschaftsfreundliches Verwaltungshandeln zu verbessern, ist ein Prozess zur wirkungsorientierten Messung des Verwaltungshandels und zielt auf konkrete Be-



Beim Serviceforum (v. l.): Hans-Peter Mayer, Direktor Institut für Public Management und Rudolf Schleyer, Vorstand der AKDB. □

„Bürgererlebnis heute – Bürgererlebnis morgen“. Die Untersuchung sollte einen Eindruck darüber verschaffen, wie stark die Bürgerorientierung in den Kommunen selbst verankert ist und welche Schwerpunkte in der Dienstleistungsorientierung gesetzt werden.

Schöler und Mayer zufolge ist Bürgererlebnis subjektive Bürgererfahrung. „Das Management des Bürgererlebnisses gelingt mit einem vernetzten Ansatz.“ Die Dimensionen des Bürgererlebnisses machten die Servicequalität in Kommunen aus.

Guter Bürgerservice

„Tatsache ist: Die befragten Kommunen stehen hinter gutem Bürgerservice, wenngleich dieser aus interner Sicht durchaus besser sein könnte“, betonten die Referenten. Auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit ‚Ihrem‘ Bürgerservice aus heutiger Sicht?“ gaben sich die befragten kommunalen Vertreter im Mittel eine Note von 2,58 auf einer Skala von 1 bis 5.

Wie die Studie zudem zeigt, befragen knapp 30 % der Kommunen systematisch und regelmäßig nach der Zufriedenheit mit ihrem Bürgerservice. Ein Controlling des Bürgerservice sei nur in wenigen Kommunen systematisch umgesetzt. Bürger fänden schnell und direkt Kontakt zu ihren Ansprechpartnern.

Laut Schöler und Mayer ist in der „Königsdisziplin des Servicemanagements“, dem Beschwerdemanagement, „noch Luft nach oben“. Gleiches gilt für die Mitarbeiterzufriedenheit, die in den Kommunen in der Selbstbewertung noch besser ausfallen könnte.

Vor dem Hintergrund, dass die Erwartungshaltung von Bürgern steigen wird, müssten folgende wesentliche Handlungsfelder für den Bürgerservice benannt werden:

1. Grundlagen durch Analysen schaffen: Vorher vs. nachher (Be-

Liebe Leserinnen und Leser,

zu allererst möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, Ihnen persönlich und im Namen der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2017 zu wünschen. Jedes neue Jahr eröffnet immer wieder zusätzliche Chancen und Möglichkeiten, bringt aber in der Regel auch beständig neue Herausforderungen mit sich.

Obwohl der Zustrom von Flüchtlingen derzeit spürbar abgeflaut ist, bleibt der Bereich Asyl und Zuwanderung auch in den kommenden Monaten ein bedeutender Schwerpunkt der kommunalpolitischen Aufgaben. Als KPV haben wir uns von Beginn an nicht nur für eine umfassende Kostenerstattung stark gemacht, sondern uns auch bei den Themen Integration und Sicherheit klar positioniert und entsprechende positive Weichenstellungen bewirkt.

Ein weiterer bedeutender Aspekt ist in diesem Zusammenhang die Bekämpfung von Fluchtsachen. Hierbei geht es darum, den unter bitterer Armut leidenden Menschen in ihren Heimatländern eigene Perspektiven zu geben. Nur so können sie dort bleiben, wo ihre Familien und Freunde sind, wo ihre Sprache gesprochen und die Kultur gelebt wird, in die sie hineingeboren wurden. Dies betrifft global gesehen immerhin 700 Mio. Menschen, davon befinden sich 65 Mio. bereits auf der Flucht. Handlungsbedarf ist also mehr als gegeben. Dazu ist aber unabdingbar ein noch stärkeres Engagement innerhalb dieser Länder nötig - mit neuen Ideen und Konzepten.

Manch einer mag sich jetzt fragen, was das mit

Kommunalpartnerschaften stabilisieren Krisenregionen

unseren Kommunen zu tun hat. In erster Linie sehen doch hier die Meisten eher die Wohlstandsländer der Weltgemeinschaft und die europäische Ebene in der Pflicht. Aber auch wir als kommunale Familie können zu diesem globalen Problem enorm positive Beiträge leisten. Hochinteressante Ansatzpunkte konnten wir im Rahmen eines ersten Gesprächs mit unserem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, herausarbeiten.

Im Fokus stehen dabei kommunale Partnerschaften zur Realisierung gemeinsamer Projekte, u. a. mit folgenden Schwerpunkten: Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Entwicklungs- und Schwellenländern, Stabilisierung der Aufnahmekommunen von Flüchtlingen in Nahost sowie Fluchtsachsenminderung in den Maghreb-Staaten (Nordwestafrika).

So unterstützt ein neues Programm des zuständigen Bundesministeriums entwicklungspolitisch motivierte Landkreise, Städte und Gemeinden und schafft Anreize für noch mehr Engagement. Denn das fundierte Wissen unserer heimischen Kommunen für die Entwicklungszusammenarbeit wird gebraucht, sei es in der nachhaltigen Stadtplanung, bei Klimaschutzprojekten, in der Versorgung von Flüchtlingen oder im Aufbau einer bürgernahen Verwaltung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Bundesminister Dr. Müller hat uns darauf hingewiesen, dass insbesondere in den Anrainerstaaten Syriens das Know-how deutscher Kommunen derzeit sehr gefragt ist - man denke nur an die Themen Abfall, Recycling oder Abwasser. 90 Prozent der syrischen Flüchtlinge haben in Jordanien, im Libanon und in der Türkei Schutz gefunden. Die aufnehmenden Kommunen geraten durch den kurzfristigen Zuzug zunehmend unter Druck. Hier soll die neue Initiative des Entwicklungshilfeministeriums „Kommunales Know-how für Nahost“



diesen Kommunen deutsche Projektpartner vermitteln.

Um entwicklungspolitisch motivierte Kommunen in ihrem Engagement zu unterstützen, wurde ein neues Beratungs- und Förderangebot geschaffen. So können die Kommunalverwaltungen personell unterstützt und Projekte finanziell gefördert werden: Konkret können interessierte Kommunen jeweils eine Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements für zwei Jahre über das Bundesministerium mitfinanzieren lassen. Außerdem wird eine finanzielle Starthilfe für die Anbahnung von kommunalen Partnerschaften gegeben und werden Partnerschaftsprojekte gefördert, die über maximal drei Jahre mit bis zu 250.000 Euro unterstützt werden können.

Auch wenn es vielleicht auf den ersten Blick nicht so deutlich erscheint, können sich derartige Kommunalpartnerschaften meiner Ansicht nach zu klaren Win-win-Situationen entwickeln. Gerade die Länder Nordafrikas befinden sich mit einer jungen Generation in einem sehr dynamischen Aufbruch. Durch einen entsprechenden Austausch kann auch der jeweilige deutsche Partner enorm gewinnen. Deshalb sollte auch die mittelständische Wirtschaft angesprochen werden. Neben Investitionspartnerschaften sind Ausbildungs- und Lernpartnerschaften und vieles möglich. Ich denke hierbei besonders an Kooperationen mit unseren Kliniken und Berufsschulen.

Darüber hinaus wurde vom Entwicklungshilfeministerium ein Rückkehrer-Programm entwickelt, das gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium umgesetzt werden soll. Auch hier werden die Kommunen als Partner gebraucht. Das Programm richtet sich an Asylbewerber, u. a. an jene, die aus den Herkunftsländern Kosovo, Albanien, aber auch Marokko und Tunesien kommen und in Deutschland wenige Chancen auf Anerkennung haben. Tatsache ist aber: In dieser Zeit ihres laufenden Asylverfahrens dürfen sie nicht arbeiten und sind quasi zum Nichtstun verbannt. Diesen Menschen wird angeboten, freiwillig zurückzukehren und zunächst in Deutschland - in unseren Kommunen vor Ort - das Rüstzeug für einen erfolgreichen Neustart im Heimatland zu erhalten. Zudem stehen in den Herkunftsländern nach der Rückkehr zusätzliche Ansprechpartner zur Verfügung. Denn keiner soll als Verlierer zurückkehren müssen und sich deshalb einer Heimfahrt verweigern. Auch diese Maßnahme könnte durchaus zukunftsfruchtig sein.

In Summe lässt sich festhalten, dass auf dem Gebiet der Fluchtsachsenbekämpfung von der Bundesregierung interessante neue Möglichkeiten geschaffen wurden, von denen auch unsere bayerischen Kommunen profitieren können.

In diesem Zusammenhang ist es schon bemerkenswert, wie schnell sich Rahmenbedingungen für politisches Handeln ändern können: Noch vor drei oder vier Jahren hätte es nur schwerlich Akzeptanz für kommunale Partnerschaften auf dem Feld der Entwicklungspolitik gegeben. Mittlerweile aber kann uns dieses Know-how wahrscheinlich zu einem gewissen Grad helfen, Probleme im eigenen Land ein Stück weit zu lösen. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint die Grundstimmung hierfür durchaus positiv. Die Ziele „Fluchtsachsen mindern“, „Aufnahmeregionen stabilisieren“, „Bleibe- und Zukunftsperspektiven schaffen“ sowie „Flüchtlinge integrieren und reintegrieren“ sind erfolgversprechend. Als KPV werben wir für diese aussichtsreichen Initiativen und haben deshalb für das neue Jahr 2017 den dafür zuständigen Bundesminister Dr. Gerd Müller zu einer Sondersitzung des KPV-Landesvorstandes- und Hauptausschusses eingeladen.

Ihr Stefan Rößle
KPV-Landesvorsitzender
Landrat des Landkreises Donau-Ries

dürfnisse mittelständischer Unternehmen. Das Gütezeichen kann aktiv zur Standortwerbung eingesetzt werden.

Niedergesäß verwies darauf, dass das Landratsamt ab 2018 auf zwei Standorte aufgeteilt sein wird, die nur wenige hundert Meter auseinanderliegen - gemäß dem Motto: „Wer aufhört besser zu werden hat aufgehört, gut zu sein.“

Ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Bürgerdienste ermöglicht nach den Worten von Rudolf Schleyer, Vorstand der AKDB, das Bürgerservice-Portal der AKDB. Mit seiner Plattform-Technologie setze das von mittlerweile mehr als 800 bayerischen Kommunen genutzte Portal Maßstäbe bei der

Umsetzung bürgerorientierter eGovernment-Angebote.

Der Freistaat Bayern stellt allen bayerischen Gebietskörperschaften eGovernment Basisdienste betriebskostenfrei und dauerhaft zur Verfügung. Bei den Basisdiensten handelt es sich um die BayernID (Bürgerkonto) zur Authentifizierung des Nutzers, den Postkorb für eine sichere Kommunikation und ePayment für elektronisches Bezahlen im Internet. Die Basisdienste kommen als Bestandteil des Bürgerservice-Portals der AKDB mit seinen zahlreichen Online-Verwaltungsprozessen bereits seit Jahren erfolgreich für medienbruchfreie Online-Angebote zum Einsatz. Schleyer zufolge schafft die

AKDB mit SYNERGO den Verwaltungsarbeitsplatz der Zukunft, mit dem Verwaltungsvorgänge einfach, prozessgestützt und medienbruchfrei erledigt werden können. Alle SYNERGO®-Verfahren haben einheitliche Oberflächen und eine „vertraute“ Umgebung, egal in welchem Programm Sachbearbeiter sich befinden.

„Der Mensch steht über den Systemen, eine freundliche Behandlung hat nach wie vor die größte Wirkung“, stellte Prof. Dr. Karl Peter Fischer, Hochschule für angewandtes Management, fest. Der Wissenschaftler befasste sich mit der Frage „Welche Chancen und Herausforderungen bietet Social Media den Kommunen?“

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016:

Klares Bekenntnis zum Schutz unseres Planeten

Das Bundeskabinett hat nunmehr die ressortübergreifende „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie - Neuauflage 2016“ beschlossen. Die Nachhaltigkeitsstrategie steht im Zeichen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN) für nachhaltige Entwicklung. Für die Neuauflage wurden alle 17 globalen UN-Ziele (Sustainable Development Goals, SDGs) konkretisiert. Die Strategie umfasst ein ambitioniertes Bündel an messbaren politischen Maßnahmen.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: „Die Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie ist ein großer Erfolg. Sie ist ein klares Bekenntnis zum Schutz unseres Planeten. Mit der Strategie stellt die Bundesregierung die Weichen dafür, dass sich Deutschland bis zum Jahr 2030 zu einer der weltweit effizientesten und umwelt-schonendsten Volkswirtschaften entwickeln kann.“

Ziele der 2030-Agenda

Die Nachhaltigkeitsstrategie 2016 legt fest, mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung den Nachhaltigkeitszielen der 2030-Agenda gerecht wird. Bei der Neuauflage der gemeinsamen Ressortstrategie konnten wichtige umwelt- und stadtentwicklungspolitische Ziele verankert werden. In den kommenden 15 Jahren soll unter anderem die Qualität von Fließ- und Küstengewässern verbessert, Luftbelastungen vermindert oder auch das Angebot von nachhaltigen

Hanns-Seidel-Stiftung feiert Jubiläum

Bundespräsident Joachim Gauck und Ministerpräsident Horst Seehofer sind die Festredner bei der Jubiläumsfeier anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Hanns-Seidel-Stiftung, zu der die Vorsitzende Prof. Ursula Männle für kommenden Freitag einlädt.

Tags darauf erwartet die Öffentlichkeit ein buntes Programm am Münchner Hauptsitz der Stiftung. Angebote werden Führungen, Vorträge und prominent besetzte Podiumsdiskussionen. So diskutiert beispielsweise der ehemalige CSU-Parteivorsitzende und Bundesfinanzminister, Dr. Theo Waigel mit der früheren Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Hildegund Holzheid, über das Thema „Generationenvertrag auf dem Prüfstand“. Außerdem sind als Vertreter der jungen Generation mit dabei: Dr. Hans Reichhart, MdL, Nora Dinca und Christian Moser. Beim Dialog der Kulturen gibt es Informationen zum Thema Fluchtursachen und Integration von Landrat Martin Neumeyer, Dr. Said AlDailami von der HSS in Tunesien und dem Autor Hasan Ali Djan. □

Staatsregierung...

(Fortsetzung von Seite 1) nalität und die Sorge um die IT-Sicherheit. Ferner will die CSU den Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden verbessern und Doppelstaatlern, die im Ausland an Kampfhandlungen einer Terrororganisation teilnehmen, den Pass entziehen.

Laut Innenminister Joachim Herrmann „leben die Menschen in Bayern sicherer als in den anderen Bundesländern. Aber es muss in ganz Deutschland mehr geschehen, um die Freiheit und Sicherheit unseres Landes zu schützen. Dafür benötigen wir keine endlosen Zuständigkeitsdebatten, sondern zeitnah umsetzbare und wirkungsvolle Sicherheitsmaßnahmen.“ **DK**

der Bundesregierung und die Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.

Bundesministerin Hendricks begrüßte, dass die Bundesregierung zugleich den Entwurf des Lohnungleichheitsgesetzes beschlossen hat. Dieses Gesetz ist Teil des Maßnahmenpakets zur Umsetzung des in der 2030-Agenda enthaltenen Nachhaltigkeitsziels (SDG) zur Geschlechtergleichstellung.

Das BMUB wird die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie durch einen kontinuierlichen Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen begleiten. □

Faktenblatt

Reichsbürgerbewegung

Hilfe für Gemeinden und Städte

Das Faktenblatt Reichsbürgerbewegung, das der Deutsche Städte- und Gemeindebund veröffentlicht hat, hilft den Gemeinden und Städten beim Umgang mit sog. Reichsbürgern.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Das Faktenblatt gibt die aktuellen Erkenntnisse der Kommunen, der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern und der Innenministerien

der Länder wider. Damit können die Bediensteten in den Rathäusern sachgerecht und effizient mit den teilweisen Wirren und auf Steigerung des Verwaltungsaufwands zielenden Anträgen dieses Perso-

Herausforderungen...

(Fortsetzung von Seite 3)

„Holen Sie sich Likes auch im echten Leben. Alle anderen Tools, Website, Social Media-Kanäle sind nur Ersatzgespräche“, riet Fischer. Um die digitale Transformation zu schaffen, müsse in die Ausbildung von Mitarbeitern investiert werden. Fischer weiter: „Entrümpeln Sie zuerst Ihre Website. Machen Sie sie zu ihrer digitalen Heimat. Schaffen Sie relevante Lösungen. Nutzen Sie zu Beginn nur einen Social Media-Kanal. Ich rate Ihnen mit Facebook zu beginnen. Gehen Sie strategisch vor. Schieben Sie die Arbeit nicht auf Werkstudenten. Investieren Sie in die Online-Ausbildung ihrer Mitarbeiter.“

Social Media Marketing müsse genutzt werden, um Lösungen bekannt zu machen. „Nutzen Sie die

persönlichen Ebenen der Social Networks, um mit potenziellen oder bereits bestehenden Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in Kontakt zu treten und zu bleiben. Bleiben Sie kreativ“, forderte Fischer das Publikum auf.

Banken neu erfinden

„Banken müssen sich neu erfinden, weil weiter das Alte ‚besser‘ machen, nicht funktionieren wird“, machte Prof. Dr. Marcus Riekeberg, Geschäftsführer Sparkassen Consulting, in seinem Vortrag zum Thema „Zukunft Retail Banking“ deutlich. Kundendominanz sowie die digitale Präsenz mit intelligenten (analoge) Lösungen als Ergänzung müssten im Vordergrund stehen – und nicht umgekehrt, erläuterte Riekeberg zum Abschluss des Serviceforums. **DK**

Hemmnisse...

(Fortsetzung von Seite 1)

zugrunde, ob die Gründung eines Zweckverbands und die Aufgabenübertragung auf diesen in den Anwendungsbereich des Vergaberechts der Europäischen Union fallen. Der EuGH hat entschieden, dass die Kommunen frei entscheiden können, ob sie ihre im allgemeinen Interesse liegenden Aufgaben in eigener Zuständigkeit erledigen oder diese Aufgaben gemeinsam mit anderen Kommunen im Rahmen eines Zweckverbands erfüllen wollen. Dem Oberlandesgericht Celle obliegt nunmehr die abschließende Bewertung und Entscheidung.

Für verfassungswidrig und praxisuntauglich hält der Bayerische Gemeindetag indes das Konzept der Grünen im Bayerischen Landtag zum Flächenverbrauch im Freistaat. Durch diese Art „Zertifikatehandel für Bebauungsflächen“, wie ihn die Grünen nun offenbar fordern, würde einerseits massiv in die verfassungsrechtlich garantierte Planungshoheit der Gemeinden eingegriffen, zum anderen würde das Ziel, nämlich Verringerung des Flächenverbrauchs, dadurch gerade nicht erreicht. Denn die Kommunen, die entsprechend finanziell stark sind, könnten sich hier einen Mehrverbrauch an Flächen leisten. Damit wäre der von den Grünen bekämpften Flächeninanspruchnahme gerade Tür und Tor geöffnet, so der Präsident.

Im Übrigen verstoße der Vorschlag der Grünen auch gegen das

in der Verfassung verankerte Staatsziel, gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, fuhr Brandl fort. Ziel des Landesentwicklungsprogramms sei es gerade nicht, Wachstum in Boom-Regionen wie dem Großraum München oder der Metropolregion Nürnberg zu erhalten, wie die Grünen nun fordern, sondern in allen Regionen attraktive Lebens- und Arbeitsräume zu schaffen. „Mit ihrem Vorschlag sind die Grünen damit vollkommen auf dem Holzweg“, mahnte der Verbandschef an.

Flächenverbrauch

Das von einer Gutachterin des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung in Leipzig erarbeitete Gutachten schlägt darüber hinaus eine Obergrenze für Flächenverbrauch in den Gemeinden und Städten vor. Nach Brandls Auffassung ist dieses Ansinnen verfassungswidrig. „Die verfassungsrechtlich garantierte Planungshoheit als Ausfluss der kommunalen Selbstverwaltung der Gemeinden und Städte beinhaltet, dass jede Kommune über die Bebaubarkeit ihres Gemeindegebiets selbst entscheiden darf. Eine gesetzliche Begrenzung auf festgelegte Flächengrößen würde dieses verfassungsrechtlich garantierte Recht aushöhlen und bei vielen Gemeinden und Städten zu einem faktischen Stillstand kommunaler Planung führen. Das würden wir niemals akzeptieren.“ **DK**

Handbuch zu kommunaler Pressearbeit

„Kommunale Pressearbeit“ – jetzt bereits in der aktualisierten und ergänzten 2. Auflage erschienen – befasst sich mit der Wandlung der kommunalen Medienarbeit in den letzten Jahren. Mit den neuen sozialen Medien ist der Dialog der Kommune und ihren Vertretern wie Bürgermeister, Dezernenten und Referenten mit ihren Bürgern kein mittelbarer mehr sondern hat an Direktheit gewonnen.

Das Werk setzt sich damit auseinander, wie moderne Medienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung aussehen, welche Instrumente zur Verfügung stehen und wie sich das Umfeld gestaltet.

nenkreises reagieren. Eine echte Hilfestellung.“

Das Faktenblatt empfiehlt Kommunen, vor Ort einen sachgerechten Umgang mit der sog. „Reichsbürgerbewegung“ zu finden. Dies kann im Ignorieren etwaiger Schreiben und Eingaben bestehen, in einer klaren, sachlichen, aber kurzen Reaktion, warum man den Ausführungen nicht folgt, bis hin zum Einschalten der Polizei und des Verfassungsschutzes im Fall von Schreiben mit rechtsextremistischem Hintergrund, spätestens bei Bedrohungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Download des Faktenblattes: hyperurl.co/reichsbuerger □

Die sozialen Medien ermöglichen es den Kommunen, sich in direkter und vielfältiger Weise (z. B. über Communities oder Blogs) an eine breite Öffentlichkeit zu wenden und eröffnen damit eine neue (zusätzliche) Dimension der Öffentlichkeitsarbeit. Es werden neue Formen der Bürgerbeteiligung erschaffen, indem z.B. Meinungen und Vorschläge online in kommunal-geführten Informationsforen, in Ideen- und Beschwerde-Plattformen eingebracht werden können oder die bürgerschaftliche Teilhabe an Planungsprozessen anders und schneller strukturiert werden kann.

Praktischer Ratgeber

Die Darstellung dient als praktischer Ratgeber für alle, die in der Öffentlichkeitsarbeit auf kommunaler Ebene tätig sind. Auf handliche und informative Art und Weise werden die Aufgaben des Pressesprechers vorgestellt, die Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit und ihre Anwendungsmöglichkei-

ten beschrieben und auf den Umgang mit den Bürgern und Medienvertretern eingegangen.

Stetiger Wandel

Das Berufsbild der kommunalen Pressearbeit unterliegt einem stetigem Wandel, die Anforderungen an ihre Mitarbeiter der Presseämter sind jedoch dieselben geblieben: die Beziehung zu den Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Kommune zu pflegen, Informationen sinnvoll aufbereitet zu vermitteln und die eigenen Interessen und Standpunkte darzustellen, um damit die Demokratie vor Ort zu ermöglichen und zu fördern.

Der Titel dient als kompetente Arbeits- und Orientierungshilfe für Leiter und Mitarbeiter kommunaler Pressestellen, Landräte und Bürgermeister, Ratsmitglieder, Fraktionsgeschäftsführer und Pressesprecher sowie für alle an dem Thema kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Interessierte. Der Autor Dr. Gerd Treffer war Pressesprecher der Stadt Ingolstadt.

Gerd Treffer: **Kommunale Pressearbeit, 2. Auflage 2017, 220 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-8293-1312-4, 29,80 €.** □

Fast eine Milliarde Euro für Bayerns Bauern

Als eines der ersten Bundesländer bezahlte der Freistaat die Direktzahlungen an Bayerns Bauern in voller Höhe aus. Laut Landwirtschaftsminister Helmut Brunner erhielten damit mehr als 105.000 bayerische Landwirte vor Weihnachten rund 990 Millionen Euro.

„Gerade in der aktuell angespannten Situation können unsere bäuerlichen Familienbetriebe für ihre Liquidität jeden Euro dringend gebrauchen“, so Brunner. Aus diesem Grund habe man alles daran gesetzt, die Gelder schnellstmöglich den Landwirten überweisen zu können. In den Zahlungen ist nach den Worten des Ministers auch die sogenannte Greening-Prämie enthalten, die Landwirte für die von der EU geforderten Um-

weltleistungen bekommen. Auf bayernweit über 230.000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche tragen die Betriebe aktiv zum Umweltschutz bei – sei es durch die Anlage von Randstreifen und Ackerbrachen oder den Anbau von Leguminosen oder Zwischenfrüchten.

Über die Auszahlung der Betriebsprämie hinaus hat der Freistaat den Landwirten bereits in den vergangenen Wochen über 300 Millionen Euro an Flächenprämien überwiesen. Rund 111 Millionen Euro flossen als Ausgleichszulage in die benachteiligten Gebiete. Rund 190 Millionen Euro erhielten die Landwirte für ihre spezifischen Umweltleistungen im Rahmen des Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramms. □

Ruf nach höheren...

(Fortsetzung von Seite 1)

nahmen werden Stumpf zuzufolge in den Kliniken eine Welle der Veränderungen auslösen. Weitere Herausforderungen wie zum Beispiel die ambulante/stationäre Vernetzung, die Digitalisierung und der Fachkräftemangel seien noch weitgehend ungelöst und werden zusätzliche Anstrengungen notwendig machen. „Das Jahr 2016 stellt so etwas wie ein Übergangsjahr dar“, stellte Stumpf fest. Ab dem kommenden Jahr dürfe die Dynamik der Veränderungen spürbar werden und voraussichtlich auch stetig zunehmen. Alle Beteiligten seien aufgerufen, diesen Prozess mit einem Mindestmaß an Gemeinsamkeit und Objektivität zu begleiten und mitzugestalten.

Gesundheitsministerin Melanie Huml sicherte den Krankenhäusern die weitere Unterstützung des Freistaats zu: „Der Freistaat wird den bayerischen Kliniken auch künftig als verlässlicher Partner bei der Finanzierung von Krankenhausbauvorhaben zur Seite stehen. Das hohe Niveau bei der Förderung von Investitionen bleibt in den kommenden beiden Jahren erhalten. In Bayern gibt es keinen Finanzierungsstau. So stehen im Doppelhaushalt 2017/2018 Mittel von über 503 Millionen Euro jährlich für Investitionen bayerischer Kliniken zur Verfügung.“

Wie die Ministerin hinzufügte, „sind wir in Bayern stolz auf unser flächendeckendes Netz stationärer Versorgungsangebote. In Zahlen ausgedrückt heißt das: Im Freistaat werden an über 400 Krankenhausstandorten rund 77.000 Betten und teilstationäre Plätze betrieben – flächendeckend

und wohnortnah. Allerdings macht der Strukturwandel auch vor Bayern nicht halt.“ Zugleich wies Huml darauf hin, dass die bayerische Krankenhausplanung die Kliniken in ihren Bestrebungen nach mehr Kooperation unterstützt, „denn nicht jedes Krankenhaus muss jede Leistung parat halten. Dies ist schon aus Gründen der Qualität nicht möglich.“

Krankenhausplanung

Qualitätsfragen habe auch das Anfang des Jahres in Kraft getretene Krankenhausstrukturgesetz aufgegriffen. Darin ist vorgesehen, dass auf Bundesebene entwickelte Qualitätsindikatoren unmittelbar in der Krankenhausplanung der Länder gelten sollten. Hierzu stellte Huml klar: „Krankenhausplanung ist Ländersache und muss es auch bleiben! Wir wollen selbst entscheiden können, ob und welche Qualitätsindikatoren in Bayern Geltung erlangen sollen. Um dies sicherzustellen, hat der Bayerische Landtag eine entsprechende Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes beschlossen.“

Außerdem beziehen sich die bereits entwickelten Qualitätsindikatoren lediglich auf einzelne Leistungen. „Die Krankenhausplanung muss aber die gesamte Fachabteilung und nicht nur einzelne Leistungen im Blick haben. Und hier ist es wichtig, die wohnortnahe Versorgung der Menschen in Bayern auch künftig sicherzustellen“, erklärte die Ministerin und ergänzte: „Das heißt aber nicht, dass wir bei nachgewiesener unzureichender Qualität einzelner Leistungen keine Konsequenzen ziehen. Wenn Qua-

litätsmängel festgestellt werden, haben wir mit der Gesetzesänderung nun die Möglichkeit, diese Leistungen vom Versorgungsauftrag eines Krankenhauses auszunehmen – ohne gleich die ganze Fachrichtung aus dem Krankenhausplan zu streichen.“

In ihrem Grußwort hatte Barbara Stamm, MdL, Präsidentin des Bayerischen Landtags, eingangs darauf hingewiesen, dass ein Krankenhaus nie nur eine medizinische „Reparaturwerkstatt“ sei, sondern auch eine wichtige soziale Funktion erfülle. „Das dürfen wir in allen fachlichen, politischen und wirtschaftlichen Diskussionen nicht aus den Augen verlieren“, sinke doch seit einigen Jahren die Anzahl der Kliniken in Bayern.

Dies habe zur Folge, dass nicht überall im Freistaat die volle Palette an Krankenhausleistungen in Anspruch genommen werden kann, so Stamm. Gerade im ländlichen Raum schein eine flächendeckende ärztliche Versorgung immer schwieriger. Das Versorgungsstärkungsgesetz von 2015 ziele darauf ab, auch in Zukunft eine gut erreichbare medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten auf hohem Niveau sicherzustellen. Andererseits sei aber bei planbaren medizinischen Eingriffen die Erfahrung eines Arztes oder die Qualität eines Spezialisten vielleicht wichtiger als die unmittelbare Nähe.

Stamm abschließend: „Diesen Spagat müssen wir hinkriegen: Zwischen einem flächendeckenden, bürgernahen Netz von Krankenhäusern einerseits und notwendigen Fusionen, Kooperationen und Spezialisierungen andererseits.“ **DK**

Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner:

Energiewende kommt in Bayern gut voran

Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner hat in der Ministerratssitzung ihre Jahresbilanz zur Umsetzung des Bayerischen Energieprogramms präsentiert und ein insgesamt positives Fazit gezogen: „Die Energiewende kommt in Bayern gut voran. Mit fast 40 Prozent Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung liegt Bayern voll auf Kurs. Kein anderes Land in Deutschland nutzt so viel erneuerbare Energien und erzeugt so viel Strom aus erneuerbaren Energien wie Bayern.“

Rund 40 Prozent des im Freistaat erzeugten Stroms im Jahr 2015 stammt aus erneuerbaren Energien. Die wichtigste Quelle für erneuerbar erzeugten Strom ist nach wie vor die Wasserkraft, knapp vor der Photovoltaik. Zugenommen hat auch der Energiegewinn aus Windkraft,

Biomasse und Photovoltaik.

Umgesetzte Maßnahmen

Viele Maßnahmen aus dem Energieprogramm sind auf Landesebene erfolgreich angestoßen oder bereits umgesetzt, so beispielsweise das 10.000-Häuser-

Programm oder die Bayerische Energie-Effizienz-Netzwerkinitiative (BEEN-i). Die Staatsregierung konnte 2016 zudem auf Bundesebene wesentliche Forderungen im Zusammenhang mit dem EEG oder dem KWKG durchsetzen, z. B. die Einführung einer von Bayern geforderten regionalen Steuerung beim Ausbau der Windkraft, Nachbesserungen bei der für Bayern wichtigen Photovoltaik und der Biomasse sowie die Verdoppelung des Fördervolumens für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Bei der von Bayern geforderten steu-

Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft:

Immer mehr erneuerbarer und weniger konventioneller Strom

Mit dem Energieprogramm der Bayerischen Staatsregierung wurden im vergangenen Jahr neue Ziele zur Umsetzung der Energiewende gesetzt: Etwa 40 % des bayerischen Strombedarfs sollen bis 2025 aus heimischen erneuerbaren Energien gedeckt werden. „Bayern ist auf einem guten Weg, die selbst gesteckten Ziele im Bereich der erneuerbaren Stromerzeugung zu übertreffen“, so Wolfgang Brandl, Vorsitzender des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

Denn insbesondere aufgrund des Ausbaus der Photovoltaik, der Windkraft und der energetischen Nutzung der Biomasse konnte für das Gesamtjahr 2015 bereits ein Anstieg auf 38 % vermeldet werden. „Angesichts dieser Situation und der in Paris beschlossenen Zielsetzung einer klimaneutralen Energiewirtschaft bis möglichst 2050 halten viele die derzeitigen Ausbauziele der Bayerischen Staatsregierung für wenig ambitioniert. Doch steigende Strompreise, allen voran bedingt durch die Förderung der erneuerbaren Energien, haben die bayerische Politik wohl von ihren ursprünglich höheren Ausbauzielen aus 2011 Abstand nehmen lassen“, erklärte Brandl weiter.

Nach VBEW-Berechnungen wurde 2015 so viel Strom aus heimischen erneuerbaren Energien erzeugt, dass damit zumindest rein rechnerisch rund 38 % des bayerischen Verbrauchs hätten gedeckt werden können (bezogen auf den Nettostromverbrauch 2013, inkl. Leitungsverluste und Pumpstromverbrauch, aktuellere Zahlen liegen nicht vor). Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat Bayern aufgrund der geogra-

phischen und meteorologischen Bedingungen traditionsgemäß einen hohen Anteil an Wasserkraft, Photovoltaik und Biomasse.

Wasserkraft bleibt größter erneuerbarer Stromerzeuger

Zum 31.12.2015 waren in Bayern über 500.000 PV-Anlagen mit einer Leistung von 11.300 MW installiert, die 11 TWh Strom im Gesamtjahr 2015 erzeugten. Im Bereich der Biomasse erzeugten rund 3.900 Anlagen mit einer installierten Leistung von über 1.400 MW elektrische Energie im Umfang von 8,7 TWh. Aufgrund der Wasserarmut insbesondere im 1. Halbjahr blieb die Wasserkraft auch im Jahr 2015 von ihren Höchstwerten entfernt und stellte mit rund 4.200 Anlagen und einer Gesamtleistung von knapp 2.950 MW rund 11,2 TWh Strom bereit – und damit knapp 3 TWh weniger als im besonders wasserreichen Jahr 2000.

Die rund 1.000 bayerischen Windkraftanlagen speisten mit einer installierten Leistung von über 1.800 MW ca. 2,8 TWh in das Netz der allgemeinen Versorgung ein. Die Windkraft verzeichnete damit in 2015 die größte Steige-

rung mit zusätzlich 1 TWh Strom in ihrer noch jungen Geschichte.

Aufgrund der zeitlich sehr variablen und damit nicht bedarfsgezielten Erzeugung der Wind- und PV-Anlagen – und der weiterhin fehlenden Speichermöglichkeiten – wird ein immer größer werdender Teil der Produktion nicht in Bayern verbraucht, sondern muss exportiert werden. Zu Zeiten mit wenig Wind und Sonne ist Bayern hingegen auf Importe angewiesen.

Durch den weiteren Kernenergieausstieg, der spätestens am 31.12.2022 abgeschlossen sein muss, wird sich die Situation weiter verschärfen, denn insgesamt werden so noch weitere 4.000 MW an gesicherter Erzeugungslleistung in Bayern wegfallen. Wasserkraft und Biomasse stehen hingegen gleichmäßig zur Verfügung und können mit etwa 20 % Erzeugungsanteil in Bayern eine verlässliche Grundlage für die Stromversorgung bilden.

Geothermie, Windkraft und PV

Auch Geothermie kann wetterunabhängig genutzt werden, spielt aber bei der Stromerzeugung auch auf lange Sicht eine geringe Rolle. Ein weiterer Ausbau von Windkraft und PV erfordert zusätzlich den Bau von Netzen, Speichern und auch neuen Erzeugungseinheiten, die aus Erdgas Strom erzeugen, um wetterbedingte Schwankungen ausgleichen zu können. „Hier muss ein Teil der Gesellschaft noch lernen zu akzeptieren, dass dies zur erheblichen Inanspruchnahme unserer Landschaft führen wird, wenn die Energiewende gelingen soll“, fasste Wolfgang Brandl die Erfahrungen der letzten Jahre zusammen.

Insgesamt geht die Stromerzeugung in Bayern seit dem Höchststand im Jahr 2012 zurück. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Aufwuchs der Stromerzeugung aus den erneuerbaren Energien den Rückgang der Stromerzeugung aus Kernkraft und Erdgas im Jahrssaldo nicht mehr ausgleichen kann. Bayern ist damit bei weiter zunehmendem Stromverbrauch bereits seit 2013 zum Stromimportland geworden.

Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren voraussichtlich noch weiter verstärken. „Wir sind in Bayern künftig noch stärker auf eine gute Einbindung in den europäischen Strommarkt angewiesen, damit wir Industrie, Gewerbe und Bürger weiterhin zuverlässig rund um die Uhr mit Strom versorgen können“, stellte der VBEW-Vorsitzende zum Abschluss fest. □

erlichen Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung gibt es dagegen bisher keine Einigung. Das Thema bleibt aber auf der energiepolitischen Agenda.

Ruf nach Umlage-Bremse

Eine große Herausforderung ist weiterhin die Strompreisentwicklung. „Damit die Energiewende nicht die Verbraucherinnen und Verbraucher überfordert und den Standort mit seinen Arbeitsplätzen gefährdet, brauchen wir eine Umlage-Bremse“, so Aigner. Die Ministerin hat dazu den Vorschlag eines Streckungsfonds vorgestellt, der die EEG-Umlage auf dem aktuellen Niveau einfriert. Das in den nächsten Jahren durch einen weiteren Anstieg der EEG-Umlage erwartete Defizit wird nach diesem Konzept zunächst über einen Fonds vorfinanziert. Der Fonds wird dann wieder abbezahlt, wenn die Belastungen aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien sinken.

Für mehr Wettbewerb

Aktuellen Berechnungen des ifo-Instituts zufolge könnte dieser Fonds bereits Ende der 2030er-Jahre vollständig getilgt sein. Der Streckungsfonds ist allerdings nur eine Komponente eines ausgewogenen Gesamtkonzeptes für eine Strompreisbremse. „Wir müssen bei der Förderung erneuerbarer Energien auf mehr Wettbewerb setzen. Auch die bessere Verzahnung des Ausbaus von erneuerbarer Stromproduktion und der Netzkapazitäten bleibt eine wichtige Aufgabe. Nur so können die Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher gesenkt und damit die Energiewende zum Erfolg geführt werden“, betonte Ministerin Aigner. □

Kommunen gemeinsam effizienter

Kommunale Netzwerke Richtlinie wechselt erweitert in das Bundesumweltministerium

Das Bundesumweltministerium übernahm zum 1. Januar 2017 die Zuständigkeit für die Fördermaßnahme für kommunale Energieeffizienz-Netzwerke aus dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) des Bundeswirtschaftsministeriums. Die neuen Förderbedingungen werden gleichzeitig um das Thema Ressourceneffizienz erweitert. Gefördert werden der Ausbau und Betrieb von Energieeffizienz- und Ressourceneffizienz-Netzwerken sowie Energieanalysen von Abwasseranlagen. Die Netzwerke können sich aus bis zu zwölf interessierten Kommunen zusammensetzen.

Netzwerke bieten eine ideale Plattform zum regelmäßigen Erfahrungsaustausch. Rückmeldungen aus öffentlich geförderten Netzwerken von Unternehmen haben gezeigt, wie wirtschaftlich und nachhaltig Energieeffizienzpotenziale durch die enge Zusammenarbeit mehrerer Partner erschlossen werden können. Diese positiven Lerneffekte werden auch für Kommunen erwartet.

Der Netzwerkprozess wird dabei durch externe Experten aus den Bereichen Energie- bzw. Ressourceneffizienz betreut und gemanagt. Damit erweitert das Bundesumweltministerium sein kommunales Förderengagement im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative. Die Förderung stellt sicher, dass die Zusammenarbeit über mehrere Jahre auf qualitativ hohem Niveau gewährleistet werden kann. Zudem fördert die Kommunale Netzwerke Richtlinie Energieanalysen für öffentliche Abwasseranlagen.

Förderanträge nach der überarbeiteten Richtlinie nimmt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle seit 1. Januar 2017 entgegen. Die Antragstel-

lung erfolgt mit dem elektronischen Antragsverfahren. □

Staatliche Beihilfen für Heizkraftwerk

Die EU-Kommission hat Beihilfen des Bundes für das Münchner Heizkraftwerk GuD2 und drei weitere hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen in Deutschland genehmigt. Das Kraftwerk kann dank der staatlichen Zuschläge auch dann laufen, wenn sein Betrieb ansonsten nicht rentabel genug wäre. Hierdurch erhöht sich seine Betriebszeit, was zu größeren CO₂- und Primärenergie-Einsparungen führt.

Die Kommission gelangte zu dem Schluss, dass die Beihilfen die energie- und klimapolitischen Ziele der EU fördern, ohne den Wettbewerb im Binnenmarkt über Gebühr zu beeinträchtigen. Mit der genehmigten Beihilfe hat GuD2 ein Anrecht auf einen Zuschlag von 1,5 Cent je Kilowattstunde für bis zu 16.000 Volllaststunden (bei voller Kapazitätsauslastung). □

Eltec 2017 in Nürnberg:

Spannende Trends

Starker Start für die Elektrotechnikbranche ins neue Jahr: Mit rund 11.000 Fachbesuchern und 225 Ausstellern punktete der etablierte Treffpunkt für Elektrofachleute aus Handwerk, Industrie und Großhandel sowie Architekten und Lichtplaner einmal mehr: Spannende Produkte und Trends, Diskussionen in den Fachforen, wichtige Weiterbildungsangebote, Seminare und Schulungen, E-Mobilitäts-Rallye und Techno Camp ermöglichten den Besuchern der eltec in Nürnberg ihr persönliches Update.

Publikumsmagnet waren das eigens aufgebaute LICHT-Labyrinth, das der Messeveranstalter GHM Gesellschaft für Handwerksmessen mbH erstmalig konzipierte sowie das E-Haus am Stand des LIV.

Mit dem neuen LICHT-Labyrinth wurden ausgewählte Lampen und Lichtdesigns der Aussteller auf einzigartige Weise präsentiert. Insgesamt zeigten über 50 Aussteller im Bereich Lichttechnik auf der Messe ihre Produkte.

Doch nicht nur kreative Lichtlösungen sorgten für Erleuchtung: Das interessierte Fachpublikum bekam zudem umfassende Informationen und Hinter-

gründe im Forum FachDialog, bei Seminaren und Schulungen, bei der E-Mobilitäts-Rallye und auf der Straße der Innovationen.

Im Techno-Camp konnten Jugendliche ihre Fähigkeiten testen und spielerisch ihre Leidenschaft für das Elektrohandwerk entdecken. An 19 Stationen hielten Aussteller Aufgaben parat, die es zu lösen galt: Luftdichte Installationen von LED Einbauleuchten in gedämmte Holzdecken, eine fachgerechte Montage bei Kabelzweigkästen oder die Prüfung der Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen in elektrischen Installationen wurden dabei umgesetzt. DK



Können Kommunen für gutes Klima sorgen?

Wir machen es möglich.
Mit unseren kommunalen Förderprogrammen.

- Mit unserer Fördervielfalt: www.klimaschutz.de/moeglich
- Mit persönlicher Beratung vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK): (030) 390 01 - 170

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

NATIONALE KLIMASCHUTZ INITIATIVE

RENEXPO® INTERHYDRO im Salzburg:

Wasserkraft im Wettbewerb

Die gesamte technische, ökologische und wirtschaftliche Vielfalt der Wasserkraft präsentierte einmal mehr die europäische Kongressmesse für Wasserkraft RENEXPO® INTERHYDRO im Messezentrum Salzburg. 110 Aussteller trafen dabei auf rund 2.000 interessierte Besucher, 300 Tagungsteilnehmer nahmen die neuesten Erkenntnisse mit nach Hause.

In seiner Eröffnungsrede stellte der Schirmherr, Landesrat Dr. Josef Schwaiger, die Bedeutung dieser Wasserkraft-Kongressmesse für den Standort Salzburg und für das Land Salzburg besonders heraus. Der anschließende öffentliche Energie-Talk zum Thema: „Politik und Wirtschaft im Dialog: Wasserkraft im Spannungsfeld zwischen Europäischer ‚Energie-Union‘ und ‚Renationalisierung‘“ ließ alle brisanten Themen, wie Gesetzentwurf der EU zum „Wegfall des Einspeisevorrangs für Ökostrom ab 2020“ und das Nichtwahrnehmen der Wasserkraft im öffentlichen Leben nicht aus.

Gemeinsame Stärke

Der einhellige Tenor der Key-Speaker aus Wirtschaft, Politik und Verbänden war, dass Wirtschaft, Politik und Verbände

auch weiterhin an einem Strang ziehen müssen, um die ambitionierten Ziele für die Wasserkraftnutzung in den nächsten Jahren zu erreichen und dass Wasserkraftbetreiber lernen müssen, sich zur Wehr zu setzen. Dafür ist auch der Aufbau einer europäischen Wasserkraft-Lobby von ausschlaggebender Bedeutung. Die Weichen hierfür hat die RENEXPO® INTERHYDRO gestellt.

Mit aktuellen Themen aus Wirtschaft und Management, Technik und Ökologie wartete die mittlerweile 8. Internationale Kleinwasserkonferenz auf. Beim 1. Italienisch-Deutsch-Österreichischen Wasserkraft-Forum sprachen italienische Wasserkraftexperten über die Fördersysteme für ihre Wasserkraftwerke und gaben mit Best-Practice-Beispielen einen Einblick in die Wasserkraftanlagen an Flüssen

und Kanälen. „Freie Fahrt für freie Fische“, das Motto des 4. Fachkongresses „Gewässerökologisch verträglicher Wasserkraftausbau“, zeigte anhand von Best-Practice-Beispielen aus Österreich der Schweiz und Deutschland, wie Durchgängigkeit funktioniert.

Bei der 2. Internationalen Wasserkraft-Konferenz wurden die Themen des Energie-Talks, die Marktsituation der Wasserkraft sowie Forderungen und Erwartungen der Verbände aufgegriffen und weiter vertieft.

In der Debatte um die Aufhebung der gemeinsamen deutsch-österreichischen Strompreiszone wies Dr. Günther Rabensteiner, Mitglied des Vorstands der VERBUND AG darauf hin, dass seit 1950 eine enge Kooperation von Deutschland und Österreich im Strombereich bestehe; seit 2001 gebe es die gemeinsame Strompreiszone, die nicht Ursache aktueller Netzbelastungen sei. Die gemeinsame Preiszone sei für beide Länder von großem Vorteil, da sie mit einer erhöhten Versorgungssicherheit, geringeren Stromkosten und einer effizienten Integration von Wind und Photovoltaik einhergehe.

Je nach Einschränkung der Gesamtkapazität ergäben sich durch die Trennung der Preiszone höhere Strompreise in Österreich und nur geringfügig geringere in Deutschland, stellte Rabensteiner fest. Österreichische und bayerische Wirtschaft plädierten eindringlich für die Erhaltung der gemeinsamen Preiszone, ebenso der Energiebeauftragte der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Strompreiszone

Im Oktober 2016 hatte die Bundesnetzagentur die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber aufgefordert, eine Engpassbewirtschaftung an der Grenze zu Österreich ab Sommer 2018 vorzubereiten. Im November gab die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden ACER die Entscheidung zur Trennung der Preiszone gleichzeitig mit der Aufforderung bekannt, an die Netzbetreiber einen Umsetzungsplan innerhalb von zehn Monaten vorzulegen, verwies aber auch auf den „Bidding Zone Review“-Prozess von ENTSO-E (Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber). Laut Rabensteiner kam ein von österreichischen Stakeholdern in Auftrag gegebenes Gutachten nun zum Ergebnis, dass allein ENTSO-E gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten die Verantwortung zur Prüfung von Engpässen trägt. Die Ergebnisse des eingeleiteten „Bidding Zone Review“-Prozesses werden im ersten Quartal 2017 erwartet.

Grenzen der Wirtschaftlichkeit

Mit der Wasserkraft im „Markt“ befasste sich Dr. Klaus Engels, Leiter Wasserkraft Deutschland Süd der Uniper Kraftwerke GmbH. Seiner Ansicht nach steht die Große Wasserkraft von verschiedenen Seiten unter Druck: Bei konkreten Projekten schwinde der Rückhalt in einer Region und sinnvolle Ausbaupotenziale scheiterten an mangelnder gesellschaftlicher Unterstützung. Darüber hinaus gebe es immer strengere ökologisch begründete Auflagen wie etwa beim Schwellbetrieb oder dem Restwasser, die die Stromerzeugung erschweren und verteuern. Hinzu komme, dass die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, vor allem die Durch-

gängigkeit für Fische, zu einem Investitionsdruck in Millionenhöhe führt. „Die Börsenpreis-Situation für Strom bringt die Wasserkraft an die Grenzen der Wirtschaftlichkeit. Investitionen in den Erhalt der Anlagen werden unwirtschaftlich.“

Nach Engels Angaben erhalten ca. 86 % der Wasserkraftwerke von Uniper keine EEG-Förderung (da größer 5 MW) und sind damit abhängig vom EEX-Strombörsenpreis. Große Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von mehr als 5 MW erhalten nur eine anteilige EEG-Förderung (ca. 4-5 Cent/kWh), wenn durch Modernisierung das Leistungsvermögen um mehr als 10 % erhöht wird. „Vom Strompreis, den der Verbraucher zahlt, kommen noch 2 bis 2,5 Cent/kWh beim Erzeuger an“, berichtete Engels und ergänzte: „Trotz der Reduzierung des Instandhaltungsaufwands und deutlichem Mitarbeiterabbau ist die nachhaltige Wirtschaftlichkeit der börsenpreisabhängigen Kraftwerke der großen Wasserkraft nicht sichergestellt.“ Es sei höchste Zeit, zu handeln.

Stellschrauben neu justieren

Engels zufolge müssen die Stellschrauben im Marktdesign für die Große Wasserkraft neu justiert werden. Viele Leistungen der großen Wasserkraft gehörten untrennbar zum Geschäft und sollten auch nicht entfallen – weder für die Betreiber noch für die Allgemeinheit. Zum Erhalt und der Bezahlbarkeit müssten die „Strompreise“ diese Leistungen aber honorieren, da sie sonst nicht finanzierbar sind.

Drei mögliche Maßnahmen könnten die Große Wasserkraft in Bayern nachhaltig absichern: Zunächst die Förderung durch Subventionen, darüber hinaus ein neuer Preisbildungsmechanismus und schließlich eine faire Vergütung für Zusatzleistungen. „Die große Wasserkraft ist bereit für den politischen Diskurs“, so Engels.

„Hauen und Stechen“

Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V., der unter anderem auf das deutsche Fördersystem einging, empfahl den Österreichern, dieses nicht zu kopieren. Massive Fehlentwicklungen seien vorprogrammiert, da das System die Eigenversorgung scheinbar wirtschaftlicher stellt als die Versorgung aus dem öffentlichen Netz. Zudem käme die Versorgung mit Wasserkraft aus dem Netz unter die Räder, da diese scheinbar unwirtschaftlicher ist als die Eigenversorgung mit Photovoltaik und Speicher.

„Darüber hinaus gibt es bei uns bald niemanden mehr, der das Fördersystem finanzieren will und wird“, fügte Fischer hinzu. „Daher suchen wir schon jetzt nach einem neuen System, die Förderkosten umzulegen.“ Es werde „ein großes Hauen und Stechen“ geben, prognostizierte der VBWE-Geschäftsführer.

Von einem zunehmenden Bedarf an Systemdienstleistungen für das Übertragungsnetz der Zukunft sprach Sebastian Schleich, TransnetBW GmbH. Es gelte, Maßnahmen und Prozesse zur Systemstabilisierung weiterzuentwickeln und zu koordinieren. Das Stromsystem sei weiter zu flexibilisieren. Für die etablierte Wasserkraft entstehe in der Bereitstellung von Flexibilität durch alternative Konzepten und neue (Speicher-)Technologien eine neue „Konkurrenz“.

Gleichwohl werde die Wasserkraft auch künftig für Regelleistung, Redispatch und weitere Systemdienstleistungen benötigt, erklärte Schleich. Der Trend gehe zu länderübergreifenden Lösungen zur Bereitstellung von Systemdienstleistungen. **DK**



Langsam wird die Turbine über den Montageort am Wehr in Baierbrunn geschwenkt.

Wasserkraftwerk Baierbrunn:

„23 Tonnen am Haken“

Hochmoderne Turbine eingehoben
Öko-Energie aus der Isar für rund 700 Haushalte

Millimetergenau am Haken eines Autokrans ist mit der neuen Turbine das Herzstück des neuen Wasserkraftwerks in Baierbrunn südlich von München eingehoben worden. Die Bayernwerk Natur GmbH setzt die 23 Tonnen schwere Turbine nach der Inbetriebnahme ab 2017 ein, um die natürliche Energie der Isar als Strom umweltfreundlich und regional nutzbar zu machen.

Die spektakuläre Platzierung und Befestigung der 23 Tonnen schweren Turbine im Beisein des Amtschefs des Bayerischen Umweltministeriums, Dr. Christian Barth, war nach rund 30 Minuten erfolgreich abgeschlossen. Nach den technischen Prüfungen soll Anfang Februar 2017 erstmals Wasser durch die Turbine fließen und regenerativen Strom erzeugen.

VLH-Turbine

Die hochmoderne Turbine trägt die Bezeichnung VLH. Das steht für Very-Low-Head. „Dieser Turbinentypus kann die vergleichsweise niedrige Fallhöhe an der Stelle energetisch optimal ausnutzen und ist besonders fischverträglich, da sich die Schaufelräder vergleichsweise langsam drehen und ihr Abstand zueinander relativ groß ist“, erklärte Dr. Alexander Fenzl, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur. Außerdem kann die gesamte Turbine im Bedarfsfall nach oben aus dem Wasser geschwenkt werden, um etwa den naturähnlichen Weitertransport von Kies zu ermöglichen. Die Turbine wird jährlich rund 1,8 Millionen Kilowattstunden Strom ohne Emissionen nur aus der Kraft der Isar erzeugen. Diese Strommenge ist rechnerisch ausreichend, um den Strombedarf von etwa 700 Haushalten zu decken.

Regenerative Erzeugung und Durchgängigkeit in beide Richtungen

Die Gesamtprojektleitung und später den Betrieb der Anlage hat die Uniper Kraftwerke GmbH inne, die schon heute das Wehr Baierbrunn und die Kraftwerke an der oberen Isar betreibt und parallel zum Einbau der Turbine auch die weiteren Projektteile für die Durchgängigkeit der Isar für Wasserlebewesen in beide Richtungen realisiert. Künftig werden zwei unterschiedliche Bauwerke das bestehende Wehr ergänzen: Eine sogenannte Raue Rampe und ein Raugerinne-Beckenpass.

Dazu erklärt Dr. Klaus Engels, Leiter der Uniper-Wasserkraft: „Es gehört zu unseren gemeinsamen Projektzielen, die Isar an dieser Stelle wieder für Wasserlebewesen passierbar zu machen und damit deutlich zu unterstreichen, dass Wasserkraft-Nutzung und Ökologie nicht im Widerspruch zueinander stehen.“

Die Raue Rampe ist eine schräge Fläche mit ca. 40 Metern Breite und ca. 115 Metern

Länge. Diese macht es durch eine ausgeklügelte Struktur mit verschiedenen großen Wasserbausteinen möglich, dass insbesondere Fische den Höhenunterschied des Wehres überwinden können. Zudem ergänzt ein Raugerinne-Beckenpass die Durchgängigkeit. Durch eine terrassenförmige Anordnung von einzelnen Becken macht auch dieser den Höhenunterschied für Fische passierbar. Bei beiden Wanderkorridoren sind Wassermenge, Höhenunterschiede und Schlitzweite wichtige Parameter für die Einstellung und letztlich Funktionstüchtigkeit der Anlage.

Umfangreiches Fischmonitoring

Die Raue Rampe wird mit bis zu 4,2 Kubikmetern Wasser pro Sekunde beaufschlagt, der Beckenpass mit 0,5 Kubikmetern pro Sekunde dotiert. Allein in diese beiden Einrichtungen für die Durchgängigkeit werden von Uniper Kraftwerke rund 2 Millionen Euro investiert. Durch diese Maßnahmen werden die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt und die Isar um weitere 19 Kilometer für Wasserlebewesen durchgängig. Das Projekt wird mit einem umfangreichen Fischmonitoring vom Landesamt für Umwelt und der Technischen Universität München begleitet.

Vorzeigeprojekt

Teile des insgesamt 5,5-Millionen-Euro-Projekt werden über die neu gegründete Wasserkraft Baierbrunn GmbH finanziert, bei der sich Bayernwerk Natur und die Bayerische Landeskraftwerke GmbH als Partner eingebracht haben. Auch der Freistaat ist über die Bayerische Landeskraftwerke als Gesellschafter in der eigens gegründeten Wasserkraft Baierbrunn GmbH in das Projekt involviert. Es ist angebracht, dass sich nach der Fertigstellung auch Kommunen und Bürger an dem Kleinwasserkraftwerk beteiligen können.

Umgesetzt wird das Vorzeigeprojekt durch die Bayernwerk Natur GmbH, einem Tochterunternehmen der Bayernwerk AG. Bayernwerk Natur ist Spezialist im Errichten und Betreiben von Anlagen zur dezentralen Stromerzeugung und bietet Kommunen und Unternehmen maßgeschneiderte Lösungen zur effizienten und wirtschaftlichen Energieversorgung an. **□**



Vorstandswahlen bei der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern

Auf der Beiratssitzung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern wurden die Vorstände für die nächsten drei Jahre gewählt. Vier der sechs Persönlichkeiten kommen dabei aus dem Landkreis Traunstein.

Unser Bild zeigt von links: Dipl.-Ing. Altlandrat, MdL a.D. Hermann Steinmaßl, Fridolfing; Dipl.-Ing. (Univ.) Fritz Schweiger, 1. Vorsitzender, Schwaig; Dipl.-Ing. (Univ.) Michael Müller, Kalchreuth; Stefan Pastötter, Verwaltungsbetriebswirt (BVS), Petting; Rechtsanwalt Ulrich Freiherr von Ribaupierre, Marquartstein; Rechtsanwalt Leopold M. Thum, Beirat, München; Rechtsanwalt Dr. Wilfried Niedermeier, ehemaliger Vorstand, München. Nicht auf dem Foto: Dipl.-Ing. Architekt, Regierungsbaumeister Anton Zeller, Ehrenvorsitzender und Vorstand aus Ruhpolding. **□**

Thüga:

Abschaffung vermiedener Netzentgelte bedroht KWK

Der aktuelle Gesetzesentwurf zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur des Bundeswirtschaftsministeriums (BWi) zielt darauf ab, die vermiedenen Netzentgelte zwischen 44 bis 64 Prozent - je nach Regelzone - ab 1. Januar 2018 zu reduzieren. Zusätzlich sollen die dann noch verbliebenen Entgelte über einen Zeitraum von zehn Jahren auf null abschmelzen.

„Die vermiedenen Netzentgelte sind ein wichtiges Finanzierungsinstrument für den Erhalt und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Mit dem Gesetz würde dieser umweltfreundlichen und wetterunabhängigen Stromerzeugungstechnologie die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden“, so Michael Riechel, Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft.

Die KWK erzeugt dezentral Strom und Wärme, um die Kunden zu versorgen. Der Strom muss daher nicht über große Entfernungen transportiert werden und das deutschlandweite Transportnetz kann kleiner dimensioniert werden. Die dadurch vermiedenen Kosten für den Netzausbau haben bisher die Kraftwerke in Form der vermiedenen Netzentgelte erhalten. „Das hat wesentlich zum Erhalt der KWK beigetragen, da die

Strompreise durch den geförderten Ausbau der erneuerbaren Energien stark gesunken sind und die KWK-Erzeugung sonst nicht rentabel zu betreiben wäre“, argumentiert Riechel.

Wichtiger Baustein der Energiewende

„Der Vorstoß des BMWi ist umso unverständlicher, da erst Anfang 2016 das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz novelliert wurde und der Rahmen für die KWK richtigerweise den veränderten energiewirtschaftlichen Bedingungen angepasst wurde“, so Riechel weiter. Parteiübergreifend bestand Konsens, dass die KWK ein wichtiger Baustein der Energiewende ist, deren Anteil an der Stromerzeugung weiter zu steigern ist. All dies würde bei Umsetzung der aktuellen Planung des BMWi konterkariert. **□**



Günstige und klimaschonende Energie für den Markt Kaufering und die Gemeinde Betzigau

Auch in Zukunft wird der Markt Kaufering mit günstigem und klimaschonendem Erdgas versorgt. Mitte Dezember unterzeichneten 1. Bürgermeister Erich Püttner, Anselm Pfitzmaier, Geschäftsführer schwaben netz und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz (Bild 1, von links), den Konzessionsvertrag. Damit ist der Energiedienstleister erdgas schwaben mit seiner 100-prozentigen Tochter schwaben netz auch künftig für die Planung und den Ausbau des Erdgas-Netzes in Kaufering verantwortlich.

„Wir freuen uns, die bisherige Zusammenarbeit fortführen zu können, denn schwaben netz hat sich als verlässlicher Vertragspartner bewährt. Das BHKW unseres kommunalen Nahwärmenetzes wird sicher und zuverlässig über einen eigenen Netzanschluss von schwaben netz versorgt“, sagte Bürgermeister Püttner. Der Vertrag läuft bis 2037.

Im Rathaus von Betzigau wiederum unterzeichneten Erster Bürgermeister Roland Helfrich (r.) und Uwe Sommer den Konzessionsvertrag (Bild 2). Damit ist der Energiedienstleister erdgas schwaben mit seiner 100-prozentigen Tochter schwaben netz auch in Zukunft für die Planung und den Ausbau des Erdgas-Netzes in Betzigau verantwortlich. „Beim Ausbau des Erdgasnetzes haben sich die sehr guten Kontakte und kurzen Wege zu EKO-Netz bewährt. Es ist gut einen Partner zu haben, der vor Ort ist“, erklärte Bürgermeister Helfrich. „Daher haben wir entschieden, den Konzessionsvertrag bis 2037 zu verlängern. So ist die Versorgungssicherheit für Betzigau gewährleistet.“ Der Vertrag läuft bis 2037. □

erdgas schwaben:

Ohne Erdgas keine Energiewende

EU-Parlamentarier Markus Ferber im Gespräch mit Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer

Zum Jahresende war Markus Ferber, Mitglied des Europäischen Parlaments aus Augsburg und Bezirksvorsitzender der CSU in Schwaben, beim Geschäftsführer von erdgas schwaben, Klaus-Peter Dietmayer, zu Besuch. Thema war die Zukunft der Energieversorgung in der Europäischen Union (EU).

„Wir wollen sichere, bezahlbare und klimaschonende Energie für die Bürgerinnen und Bürger der EU bereitstellen“, erklärte Ferber. „Damit wir die Energiewende umsetzen und den Anteil der erneuerbaren Energien noch deutlich steigern können, müssen wir Erdgas wieder stärker in den Fokus nehmen. Ohne Erdgas wird es keine Energiewende geben – und dabei spielt die Erzeu-

gung von Bio-Erdgas eine große Rolle, damit Europa unabhängiger von Importen aus Russland wird. Wir brauchen dafür Unternehmen wie erdgas schwaben, die auch die Entwicklung auf diesem Gebiet vorantreiben.“

Wertschöpfung vor Ort

Ferber, der in Augsburg lebt, betonte zudem: „Die Erzeugung

von Bio-Erdgas in der Region hilft, Umwelt und Klima zu schützen und macht Deutschland und Europa unabhängiger von Importen. Sie sichert Arbeitsplätze – und die Wertschöpfung geschieht vor Ort. Deshalb stärken wir regionale Arbeitgeber wie erdgas schwaben.“

Speicherung im Fokus

Laut Klaus-Peter Dietmayer „birgt die Energiewende Chancen für uns als Wirtschaftsunternehmen“. Als regionaler Energieversorger setze erdgas schwaben mit seinen Tochterunternehmen sehr stark auf erneuerbare Energien. „In vier Anlagen erzeugen wir Bio-Erdgas, das in das vorhandene Erdgas-Netz eingespeist“, führte Dietmayer aus. „Die Energie, die aus Sonnen- und Windkraft gewonnen wird, lässt sich mithilfe der Power-to-Gas-Technologie in Wasserstoff und Methan umwandeln und dann ins vorhandene Erdgasnetz einspeisen. Die Speicherung von Energie ist ein großes Thema, um die Energiewende in Deutschland und schließlich in Europa zu bewältigen.“

Darüber hinaus beschäftige man sich bei erdgas schwaben intensiv mit den Themen Fah-



EU-Parlamentarier Markus Ferber (links) im Gespräch mit Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben. □

Leipheim:

Erste Stromtankstelle eingeweiht

„Ich freue mich, dass wir das zukunftsweisende Projekt mit erdgas schwaben umsetzen“, sagte Christian Konrad, 1. Bürgermeister von Leipheim, bei der Inbetriebnahme der Schnell-Ladesäule von erdgas schwaben. Die Stromtankstelle steht in der Marktstraße, ganz in der Nähe des Rathauses.

„Einwohner und Gäste unserer Stadt können jetzt ganz bequem ihr Elektro-Auto aufladen, während sie beim Shopping sind oder ihre Arzt- und Behördengänge erledigen. Leipheim macht damit einen großen Schritt in die Zukunft, hin zu mehr Lebensqualität durch Umwelt- und Klimaschutz. Dem Fahren mit Strom gehört die Zukunft, davon bin ich überzeugt“, sagte Konrad weiter.

Auch Landrat Hubert Hafner und Dr. Georg Nüßlein, Mitglied des Bundestags, nahmen an der Einweihung der ersten

Ladesäule für Elektrofahrzeuge in Leipheim teil.

Strom aus 100 Prozent Wasserkraft

Die Stromtankstelle von erdgas schwaben in der Marktstraße ist die erste in Leipheim. Sie wird mit Strom aus 100 Prozent Wasserkraft beliefert und eröffnet für Leipheim die Zukunft der Elektromobilität. Mitten in der Stadt, ganz in der Nähe des Rathauses, bietet sie zwei Ladesäulen vom Mennekes-Typ 2, der sich als Standard

in Europa durchgesetzt hat. Die Ladesäulen haben eine Leistung von jeweils 11 Kilowatt (kW). Das bedeutet einmal volltanken, während wir einkaufen oder beim Zahnarzt im Wartezimmer sitzen.

„Die Anfragen aus Gemeinden in ganz Schwaben, die sich ebenfalls eine Stromtankstelle wünschen, zeigen uns, dass Bürger, Politik und Energieversorger wie erdgas schwaben an einem Strang ziehen“, erklärte Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden- und Marktpartnerbetreuung erdgas schwaben. „Indem wir die Entwicklung im Bereich E-Mobilität vorantreiben, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Energiewende.“ □



Stadt Gersthofen und erdgas schwaben gründen Netzgesellschaft

erdgas schwaben und die Stadt Gersthofen werden bei der Energieversorgung im Stadtgebiet in Zukunft zusammenarbeiten. Anfang des Jahres ging die gemeinsame Gesellschaft Gasnetz Gersthofen an den Start.

Michael Wörle, Bürgermeister in Gersthofen (2.v.r.) und Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben (2.v.l.), unterzeichneten jetzt die Verträge. Mit dabei waren auch die zukünftigen Geschäftsführer der Gasnetz Gersthofen, Anselm Pfitzmaier, Geschäftsführer schwaben netz (rechts), und Bernhard Schinzel, Geschäftsführer der Stadtwerke Gersthofen (links).

Die Gasnetz Gersthofen GmbH & Co. KG ist künftig Eigentümer und Verantwortliche für die Entwicklung des Gersthofener Gasnetzes. Die Erdgas-Konzessionen der Stadt wurden dazu für 20 Jahre auf diese Gesellschaft übertragen. Für den operativen Betrieb bleibt wie bisher schwaben netz zuständig, die 100-prozentige Netztochter von erdgas schwaben. Sie ist auch weiterhin Ansprechpartner für Hausanschlüsse. Dazu wird das Gasnetz an schwaben netz verpachtet.

„Mit der gemeinsamen Gasnetzgesellschaft gehen wir neue Wege in der kommunalen Energiewirtschaft. Wir stellen damit die Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarer und klimaschonender Energie sicher“, sagte Bürgermeister Wörle. „erdgas schwaben hat sich dafür als zuverlässiger und erfahrener Partner erwiesen.“ Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer sieht die Kooperation als Erfolg: „Wir freuen uns über das Vertrauen der Gersthofener Stadtregierung. erdgas schwaben ist ein Energieversorger aus der Region – das hat einen nachhaltigen ökonomischen Effekt, denn die Wertschöpfung geschieht vor Ort.“ □

ren mit Strom und Erdgas und Eco-Mobilität. „Die Erdgas- und Strom-Tankstellen, die wir betreiben, beliefern wir ausschließlich mit Bio-Erdgas und Strom aus 100 Prozent Wasserkraft“, sagte Dietmayer. „Einen nachhaltigen Effekt wird das aber nur haben, wenn wir private, gewerbliche und öffentliche Mobilitätsangebote vernetzen. Dafür wollen wir innovative technische Lösungen finden, die auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen eingehen.“ □

Der stärkste Energiemix

**Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom**

Geld sparen, Klima schonen – unser Mix macht's möglich

Wir sind da, wo unsere Kunden sind

www.erdgas-schwaben.de

Geothermiekongress in Essen:

Lebendiger Erfahrungsaustausch

Drei Tage Geothermie – der Geothermiekongress mit über 100 Vorträgen, Workshops und Side Events hat seinen erfolgreichen Abschluss gefunden. Rund 650 Besucher suchten den Erfahrungsaustausch im Haus der Technik in Essen. Die englischsprachigen Foren und Workshops zogen auch zahlreiche Besucher aus dem Ausland an. Im nächsten Jahr findet der DGK vom 12. bis 14. September 2017 in der BMW Welt in München statt.

Dr. Erwin Knapke, Präsident des Bundesverband Geothermie e.V. (BVG), Veranstalter des Geothermiekongresses, freut sich über eine gelungene Konferenz: „Der Teilnehmerzuwachs aus Deutschland und dem europäischen Ausland spricht eine deutliche Sprache. Der DGK ist das zentrale Wissensnetzwerk für Geothermie in Deutschland und darüber hinaus. Besonders freut mich das Interesse unserer internationalen Gäste. Schließlich ist die Erdwärmenutzung überall möglich und deutsches Know-how auf der ganzen Welt gefragt.“ Unternehmer, Wissenschaftler und Interessierte haben sich in den vergangenen drei Tagen in den Bereichen Tiefe und Oberflächennahe Geothermie in Workshops und Foren ausgetauscht.

Den Auftakt des dreitägigen Geothermiekongresses (DGK) bildete die Begrüßung durch

Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen), Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. In seiner Rede bestärkte er die Bedeutung der Geothermie für NRW und sagte: „Insgesamt könnte in NRW die Hälfte der Wärme aus Erdwärme bereitgestellt werden.“ Damit unterstrich er die entscheidende Bedeutung, die Geothermie im Konzept der Erneuerbaren Energien und bei der Wärmewende im Speziellen spielt.

Auszeichnung mit Patricius Medaille

Im Rahmen der Eröffnung wurde Professor Manfred Hochstein mit der Patricius Medaille für seine Verdienste um die Geothermie ausgezeichnet. „Mit wegweisenden Erschließungskonzepten für Lagerstätten u.a. in Neu-

seeland, Indonesien, China, Tibet, Ostafrika und auf den Philippinen hat Manfred Hochstein die Geothermie auf allen Kontinenten mitgeprägt“, betonte Laudator Prof. Dr. Ernst Huenges vom deutschen GeoForschungsZentrum Potsdam. „Mit dem Preis schließt sich ein Kreis: Manfred Hochstein hat in Deutschland studiert und auch promoviert. Ich freue mich deshalb besonders, ihm heute den Preis des deutschen Geothermieverbandes für seine herausragenden wissenschaftlichen Leistungen zu überreichen.“

Ebenfalls im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung geehrt wurden Dr. Sebastian Homuth und sein Team für ihre Innovation im Bereich der Bohrtechnik für mitteltiefe Geothermie. Mittels hydraulischer Imlochhammerbohrungen mit neu entwickeltem Spülsaughbereitungssystem können nun Bohrprojekte auf engem Raum besser umgesetzt werden.

Sören Reith wurde für seine herausragenden Leistungen im Bereich risikobasierter Bewertung der Kosten von Geothermiekraftwerken mit dem Nachwuchswis-

senschaftlerpreis geehrt. Laudator Prof. Dr. Thomas Kohl unterstrich: „Das von Sören Reith entwickelte, innovative Kostenrechnungsmodul findet jetzt schon Anwendung in der Versicherungsbranche.“ Durch Kostenoptimierung können Geothermieprojekte nun noch wirtschaftlicher umgesetzt werden.

Lebendige „junge Geothermie“

Als beste Präsentation einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit setzte sich beim Science-Bar-Wettbewerb Julian Formhals durch. Er überzeugte unter den 11 Teilnehmern mit seiner Arbeit zur Simulation von Erdwärmesonden-Wärmespeichern und solarunterstützten Nahwärmenetzen. Prof. Dr. Rüdiger Schulz lobte ausdrücklich das hohe Niveau: „Die ‚junge Geothermie‘ lebt und beweist auch dieses Jahr wieder mit der ausnehmend hohen Qualität ihrer Beiträge die Bandbreite der Geothermie-Forschung in Deutschland.“ Die Science Bar wird organisiert durch die „Junge Geothermie“, einem Verbund von Studenten und jungen Wissenschaftlern im BVG.

Sachsen ist nicht nur Spitzenreiter in der Fußballbundesliga, sondern auch in der erdwärme-LIGA. Den Bundesländerwettbewerb um die „Erdwärmemeisterschaft“ für Oberflächennahe Geothermie gewann Sachsen mit 82 Punkten bei einem Ausbau von 3.376 Kilowatt. Der Wettbewerb misst die installierte Gesamtleistung von Oberflächennahen Geothermieanlagen pro 100.000 Einwohner.

25 Jahre Bundesverband Geothermie

Mit einem Festakt für Mitglieder und Gäste wurde das 25-jährige Jubiläum während des Gesellschaftsabends gefeiert. Wie Dr. Erwin Knapke feststellte, „ist unser Verband von Forschungsinstituten gegründet worden, um geothermische Strom-, Wärme- und Kälteerzeugung zur Marktreife zu führen. Heute stellt Geothermie rund um die Uhr Energie zur Verfügung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Energiewende.“

1991 waren oberflächennahe und tiefengeothermische Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 600 Megawatt in Betrieb. 25 Jahre später hat sich die Leistung versesacht. Über 330.000 oberflächennahe Geothermie- und 34 Tiefe Geothermieanlagen mit einer Gesamtleistung Wärme von circa 4.200 Megawatt. Hinzu kommt eine elektrische Leistung von 41 Megawatt aus tiefengeothermischen Kraftwerken. □

mehr die Lebenszykluskosten.

Andreas Horsche, Erster Bürgermeister der Gemeinde Furth, zeichnete den Weg seiner Gemeinde, die gemeinsam mit den Bürgern den Austausch der Straßenbeleuchtung umsetzte. Durch ein Mietkauf-Konzept konnten die Bürger finanziell von der Umrüstung auf LED-Beleuchtung profitieren und so für die Maßnahme begeistert werden. Diese Herangehensweise führte zu einer hohen Akzeptanz und einem starken Wissenstransfer über die effiziente Technologie.

Mobilität in Landkreisen

Zu den Plänen und praktischen Erfahrungen zur Schaffung einer umweltfreundlichen Mobilität in ihren Landkreisen berichteten die Klimaschutzmanager Bernd Rothamm (Landratsamt Bayreuth) und Lisa Güntner (Landratsamt Coburg) sowie Robert Martin vom Landkreis Bamberg, der einen 10-Punkte-Plan zur Umsetzung und Förderung der Elektromobilität im Landkreis im Gepäck hatte. Zum Abschluss informierte Dr. Jürgen Pettrak von der Straubinger Entwässerung und Reinigung über Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Straubinger Klärwerk.

Die Veranstaltung zeichnete ein umfangreiches Bild über die mögliche Vorbildfunktion kommunaler Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen. Die Teilnehmer zeigten sich motiviert und mit vielen neuen Impulsen begeistert, ihre Kommunen für die Zukunft zu rüsten. Dabei muss nicht in jeder bayerischen Kommune „das Rad neu erfunden werden“, der fachliche Austausch und die Vernetzung ermöglichen von anderen guten Ideen und Erfahrungen zu profitieren, um gemeinsam das Gelingen von Energiewende und Klimaschutz voranzubringen. □

Wissenschaftliche Studie:

Fernwärme ohne Massentauglichkeit

Untersuchung belegt eingeschränkte Wirtschaftlichkeit zentraler Wärmesysteme

Frankfurt am Main – Nah- und Fernwärme sind nicht automatisch die beste Lösung, wenn es um eine wirtschaftliche, klimafreundliche und ressourcenschonende Wärmeversorgung in Städten und Gemeinden geht. Dies verdeutlicht die vergleichende wissenschaftliche Studie „Dezentrale vs. zentrale Wärmeversorgung im deutschen Wärmemarkt“, erstellt von wissenschaftlichen Teams des Instituts für Technische Gebäudeausrüstung Dresden Forschung und Anwendung (ITG) um Prof. Dr. Bert Oschatz und vom Fachgebiet Immobilienwirtschaft und Baubetriebswirtschaftslehre der TU Darmstadt unter Leitung von Prof. Dr. Andreas Pfnür.

Demnach muss man die Nah- bzw. Fernwärme und die individuelle Wärmeversorgung von verschiedenen Seiten vergleichen und betrachten. Denn bei der Frage, welche Vor- und Nachteile die beiden Systeme haben, gibt es beispielsweise die energetische, ökologische und die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise.

Massentauglichkeit von Fernwärme steht in Frage

So wurde unter anderem festgestellt, dass es sehr wohl Fälle geben kann, in denen Nah- und Fernwärme zum Beispiel aus ökologischer Sicht sinnvoll sind. Etwas wenn erneuerbare Energien per Kraft-Wärme-Kopplung oder industrieller Abwärme eingesetzt werden. Doch eine Massentauglichkeit, ein Weg für alle Bürger, lässt sich hierdurch nicht ableiten. Denn in vielen Fällen liegen diese Bedingungen nicht vor oder es ist auch gar nicht die für einen wirtschaftlichen Betrieb erforderliche Wärmeabnahmedichte vorhanden. Dies wird dann meistens durch lange Vertragslaufzeiten von über zehn Jahren und mit Anschluss-, Benutzungs- und Verbotens- sowie Verbrennungsverboten kompensiert.

Die Wärmeabnehmer haben dann selten die Möglichkeit einer Kündigung des Wärmelieferungsvertrags oder Alternativen. „Die monopolistischen Marktstrukturen der Fernwärme gestalten die Wärmeversorgung für Verbraucher nicht nur intransparent, sondern auch spürbar teurer“, kommentiert Johannes Kaindlstorfer, Sprecher der Allianz Freie Wärme, die aufgrund aktueller Praxisbeispiele nicht ganz unerwarteten Studienergebnisse.

„In den meisten untersuchten Fällen weist die individuelle, dezentrale Wärmeversorgung gegenüber der zentralen Wärmeversorgung wegen des tendenziell geringeren Energieverbrauchs primärenergetische Vorteile aus“, sagt Prof. Dr.-Ing. Bert Oschatz, □

ITG Institut für Technische Gebäudeausrüstung Dresden. Dies trifft vor allem auf Wohngebiete mit sanierten Gebäuden und auf Neubaugebiete zu, in denen grundsätzlich ein geringerer Energiebedarf besteht. „Eine Sanierung mit dezentralen Heizungssystemen bietet in allen untersuchten Gebäudevarianten und Versorgungsgebieten wirtschaftliche Vorteile gegenüber einer Sanierung mit zentralen, wärmenetzgebundenen Versorgungssystemen“, erklärt Oschatz.

Ordentliche Renditen nach Heizungsmodernisierung

Für Prof. Dr. Andreas Pfnür, Technische Universität Darmstadt, führt die dezentrale Modernisierung des Wärmesystems aus Sicht des baulichen Planers, des Selbstnutzers und des Mieters sowohl im Durchschnitt als auch in der weit überwiegenden Anzahl an Anwendungsfällen zu eindeutig niedrigeren Wärmekosten als die zentrale Wärmeversorgung.

Hier bestätigen die Ergebnisse die Studien des Kartellamts und des Verbraucherschutzes. „Bei unsanierten Bestandsgebäuden können Selbstnutzer nach einer Heizungsmodernisierung von recht ordentlichen Renditen profitieren, was bei Mietern wiederum zu niedrigeren Wärmekosten als im Status quo führt“, so Pfnür.

Im Falle eines zu sanierenden Einfamilienhauses wäre beispielsweise eine durchschnittliche Einzelheizung gegenüber der Fernwärme über einen 20-Jahres-Zeitraum um 14.757 Euro günstiger. Beim Anschluss an die Fernwärme würden sich die Wärmekosten für die Nutzer gegenüber dem Status quo in der Regel erhöhen.

Die komplette Studie und eine Zusammenfassung stehen als kostenfreies Download unter www.freie-waerme.de zur Verfügung. □

Erfolgreiches C.A.R.M.E.N.-Fachgespräch in Bayreuth:

„Energieeffiziente Kommunen – Erfolgsstrategien“

Bayerische Kommunen übernehmen Vorbildfunktion für Klimaschutz und Energiewende

C.A.R.M.E.N. e.V., die Regierung von Oberfranken, die Bioenergie-Region Bayreuth und der Landkreis Bayreuth waren gemeinsam Gastgeber und informierten über Erfolgsstrategien für energieeffiziente Kommunen. Rund 45 Interessierte, darunter insbesondere Vertreter und Vertreterinnen bayerischer Kommunen und Behörden, nutzten das Angebot und besuchten die ganztägige Veranstaltung im Landratsamt in Bayreuth.

Die Umsetzung von Strategien und Projekten im Zusammenhang mit Energieeffizienz und Nachhaltigkeit stellt Kommunen oftmals vor organisatorische, technische und finanzielle Herausforderungen. Die Veranstaltung zeigte hier Lösungen für erfolgreiche Klimaschutzmaßnahmen durch entsprechende Handlungs- und Umsetzungsstrategien. Insbesondere bot sich die Möglichkeit der Vernetzung gleichgesinnter Kommunalvertreter/innen.

Zum Auftakt der Veranstaltung begrüßte Bernd Rothamm, Regionalmanager der Bioenergie-Region Bayreuth, stellvertretend für Landrat Hermann Hübner die Teilnehmer in seinem Hause. Im Anschluss übernahm Keywan Pour-Sartip von C.A.R.M.E.N. e.V. Er stellte dessen Aktivitäten und Angebote für Kommunen wie z. B. die Energiewende-Preseschau vor und führte im weiteren Verlauf durch die Veranstaltung.

Planungssoftware für Heizwerke

Anschließend präsentierte Melanie Zenker von C.A.R.M.E.N. e.V. die Möglichkeiten der kostenlosen Planungssoftware SOPHENA für Heizwerke. Ergänzend ging Bernd Rothamm in seinem Vortrag anhand erfolgreicher und gescheiterter Projekte auf die Erfolgsfaktoren und Hemmnisse für eine gelungene Umsetzung von Wärmenetzen ein. Demnach zeigen die Erfahrungen in der Region Bayreuth, dass neben den ökonomischen Kriterien auch die sozialen und psychologischen Faktoren, die die Bürger in ihrer Entscheidung beeinflussen, sehr wichtig sind und ernst

genommen werden sollten.

Nach Vorstellung der zahlreichen Förderprogramme des Bundes und des Freistaates Bayern und zur Umsetzung von Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen durch Alexander Wagner, Energiekoordinator der Regierung von Oberfranken, informierte Dr. Anne Theenhaus von Bayerischen Landesamt für Umwelt die Zuhörer über den Energie-Atlas Bayern – das bayerische Informationsportal zur Energiewende – und dessen Instrumente speziell für Kommunen. Interessant sind z. B. die gelisteten Praxisbeispiele, die u. a. Stolpersteine benennen, sodass andere Kommunen von den bereits gemachten Erfahrungen profitieren können.

Nachhaltige Beschaffung

Im weiteren Verlauf berichtete Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch von der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden über Erfahrungen aus den von ihm betreuten kommunalen Energieeffizienz-Netzwerken und stellte ein Beispielprojekt vor, das im Rahmen eines Netzwerkes umgesetzt wurde.

Auf das Thema der nachhaltigen Beschaffung ging Frank Braun, Eine Welt-Promotor für die Region Nordbayern, nach der Mittagspause ein und zeigte u. a. auf, welche Möglichkeiten der Einflussnahme Kommunen bei der Beschaffung haben. Er wies auf verschiedene nachhaltige Alternativen, wie z. B. fair produzierte Fußbälle für Schulen und Sportvereine aus nachhaltigen Materialien, hin und betonte, dass bei der Beschaffung nicht der Kaufpreis ausschlaggebend sein sollte, sondern viel-

Die neue DL 30 LED lässt Städte formvollendet leuchten

Städte zum Leuchten bringen – mit diesem Anspruch präsentiert sich die neue, dekorative Stadt- und Parkleuchte DL 30 LED von Osram. Ob auf Plätzen, an Kreuzungen, in Parks oder in Wohngebieten – die neue LED-Generation für die Beleuchtung im innerstädtischen Bereich erfüllt wesentliche Anforderungen von kommunalen Entscheidern und Architekten: Innovative Funktionen in Kombination mit hochwertigem Design eröffnen moderne, inspirierende Gestaltungsmöglichkeiten im innerstädtischen Kontext.

Mit vielfältigen Varianten in der Lichtverteilung stellt die neue DL 30 LED für viele verschiedene Anwendungen im innerstädtischen Bereich die richtige Lösung bereit. Eine Besonderheit ist die neue asymmetrisch breit strahlende Lichtverteilung speziell für Kreuzungsbereiche. Wird die Leuchte direkt am Scheitelpunkt einer Kreuzung montiert, gibt sie dank der innovativen Lichtverteilung ihr Licht buchstäblich „um die Ecke“ in beide Straßenzüge ab.

Das Design der DL 30 LED zeigt eine moderne, puristische Linienführung. Damit fügt sie sich dezent in den architektonischen Kontext ein. Gerade bei

Dunkelheit dient die integrative Leuchte als dezentes, optisches Führungselement. Der Leuchtenkopf und damit die Lichtaustrittsfläche sind leicht aufgehellt: Dadurch ist die DL 30 LED als optische Führung im Straßenverlauf gut wahrzunehmen.

Die intelligente Steuerungselektronik der DL 30 LED sorgt dafür, dass sich die Lichtintensität an die äußeren Bedingungen anpasst und ermöglicht damit eine besonders effiziente Beleuchtung. Osram hat die bisher bestehende Lichtstromnachführung erweitert und bietet mit der patentierten Version CLO 2.0 eine neue Generation des Konstantlichtstroms an.

Diese verfügt über neue Berechnungsparameter und zahlt damit unmittelbar auf die Zuverlässigkeit und Lebensdauer der städtischen Beleuchtung ein. Die innovative Lösung berücksichtigt auch aktuelle und zurückliegende Umwelteinflüsse wie beispielsweise Wind und Temperatur.

Auf Basis dieser Einflussgrößen ist eine genauere Lichtstromnachführung möglich. Jederzeit wird das festgelegte Lichtstrompaket zuverlässig erreicht – unabhängig davon, welche Witterungslagen vorliegen. Das maximiert die Energieeffizienz der Beleuchtung, senkt die entsprechenden Verbrauchskosten und erhöht die Lebensdauer. „Die DL 30 LED bietet eine perfekte Symbiose aus Leistungsfähigkeit und hochwertigem Design zu einem überzeugenden Preis-Leistungsverhältnis“, erklärt Anett Wagner, Produkt-Managerin bei Osram Lighting Solutions. □



Die Gemeindeoberhäupter Dr. Brigitte Kössinger (Gauting), Christine Borst (Krailling) und Heinrich Hofmann (Planegg) (vordere Reihe von links) unterzeichneten den Konzessionsvertrag mit dem Geschäftsführer der Stromnetz Würmtal GmbH, Karl Krapf (hintere Reihe rechts), und Bayernwerk-Kommunalbetreuerin Silke Mall im Beisein von Rechtsanwalt Matthias Brugger.

Krailling, Gauting und Planegg:

Konzessionsvertrag um 20 Jahre verlängert

Die oberbayerischen Gemeinden Krailling, Gauting und Planegg und die Bayernwerk AG bleiben Partner bei der Stromversorgung. Bürgermeisterin Christine Borst, Bürgermeisterin Dr. Brigitte Kössinger, Bürgermeister Heinrich Hofmann, Karl Krapf, Geschäftsführer der Stromnetz Würmtal GmbH & Co. KG, und Kommunalbetreuerin Silke Mall von Seiten des Bayernwerks unterzeichneten im Beisein von Rechtsanwalt Matthias Brugger von der begleitenden Kanzlei Becker, Büttner Held in Krailling die neuen Konzessionsverträge.

Mit dem ab Unterschrift gültigen Konzessionsvertrag erhält die Stromnetz Würmtal GmbH & Co. KG eine Tochter der Bayernwerk AG, von den Kommunen formal das Recht, das Stromnetz in den Gemeindegebieten zu betreiben. Der neue Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Die Gemeinden können sich wie vereinbart künftig mit einer Mehrheitsoption an der Stromnetz Würmtal GmbH & Co. KG beteiligen. Die gemeinsamen Gespräche über die Details der Ausgestaltung werden heuer fortgesetzt.

Sowohl die Gemeinden als auch das Bayernwerk als Gesellschafter der Stromnetz Würmtal GmbH & Co. KG sind mit der Fortsetzung der Zusammenarbeit sehr zufrieden. „Mit den heute unterzeichneten Konzessionsverträgen haben wir einen großen gemeinsamen Schritt in die Energiezukunft im Würmtal getan. Allen Partnern danke ich für das Vertrauen. Wir sind stolz, dass wir unsere Stärke im Netzbetrieb und unsere Erfahrung in der lokalen Energieversorgung vor Ort weiter einbringen können. Damit setzt sich für uns eine knapp 120-jährige Tradition

als örtliches Energieunternehmen fort“, betonte Karl Krapf.

Der Betrieb des Stromnetzes ist eine anspruchsvolle und verantwortungsvolle Aufgabe. „Grundlagen einer umfassenden Versorgungssicherheit sind deshalb eine kontinuierliche Wartung und Instandhaltung, der Einsatz innovativer Netztechnologie, ein moderner Netzbetrieb und die strukturelle Nähe zum Netz“, so Silke Mall. Als größter regionaler Netzbetreiber in Bayern zeichnet sich das Bayernwerk durch diese Eigenschaften aus. Das ist laut Mall auch ein entscheidender Wettbewerbsfaktor, wenn es um die Vergabe von Konzessionen geht.

Zum Stromnetz der rund 40.000 Einwohner zählenden Gemeinden gehören insgesamt rund 145 Kilometer Mittelspannungs- und 600 Kilometer Niederspannungsleitungen sowie 224 Trafostationen und 2.175 Kabelverteiler. Diese Infrastruktur versorgt rund 23.000 Kundenanschlüsse und wird vom Bayernwerk-Netzcenter Taufkirchen betreut. Mobile Servicemitarbeiter sind zudem in der Region stationiert.



Bürgermeister Thomas Reimer übernimmt Vorsitz bei der ADE

Für die nächsten zwei Jahre übernimmt Thomas Reimer, Bürgermeister in Neustadt a.d. Donau, den Aufsichtsratsvorsitz bei der Abens-Donau Energie GmbH (ADE). Er löst turnusgemäß den Kelheimer Bürgermeister Horst Hartmann ab. Bürgermeister Horst Hartmann hat die ADE seit der Gründung 2014 als Aufsichtsratsvorsitzender begleitet. „Schon nach zwei Jahren zählen wir 2.000 Kunden bei der ADE. Augenscheinlich ist die ADE als regionaler und ökologischer Energieversorger von den Bürgern im Landkreis gewollt“, betonte Horst Hartmann. Die nächste Etappe ist die Übernahme des Stromnetzes in Mainburg. „Wir freuen uns sehr, dass der Stadtrat sich so deutlich zur ADE bekennt und freuen uns auf die Aufgabe als Netzbetreiber“, erklärte der neue Aufsichtsratsvorsitzende Thomas Reimer.

Präventionsinitiative fit4future:

Energie Südbayern unterstützt Grundschulen

Mehr Bewegung, gute Ernährung, eine stressfreie, positive Lernatmosphäre und die Schaffung einer gesunden Lebenswelt Schule: Das sind die vier Ziele der bundesweiten Präventionsinitiative fit4future. Energie Südbayern unterstützt insgesamt zehn Grundschulen im Versorgungsgebiet: Ludwig-Steub-Grundschule (Aichach), Holstainer Grundschule (Bruckmühl), Grundschule Odelzhausen, Grundschule Otterfing, Bgm.-Prandl Grundschule (Penzberg), Grund- und Mittelschule Pfeffenhausen, Grundschule Pocking, Placidus-Heinrich-Schule (Schierling), Sonnenschule Sankt Georgen (Traunreut), Grundschule an der Dieselstraße (Waldkraiburg).

„Wir engagieren uns bereits seit vielen Jahrzehnten an Schulen. Dies ist uns ein wichtiges Anliegen, denn als regionaler Energieversorger wollen wir auch Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder übernehmen“, so Werner Bähre, Geschäftsführer von Energie Südbayern. „Das fit4future-Programm hat einen positiven Einfluss auf die Lebensgewohnheiten der Kinder. Dies zu unterstützen, bedeutet für uns eine sinnvolle Investition in die nächsten Generationen.“

Energie Südbayern fördert im Rahmen der Partnerschaft für die zehn Grundschulen eine dreijährige Betreuung und Unterstützung in Form von Workshops, Broschüren, Unterrichtsmaterial und Spiel- und Sportgeräten. Das für 6- bis 12-jährige Kinder entwickelte Programm gibt den Schülern spielerisch und kindge-

recht die Chance, körperlich und geistig fit zu werden

Felix Neureuther ist Botschafter von fit4future: „Nicht nur im Leistungssport, sondern vor allem auch im Alltag sind Bewegung, gesunde Ernährung und Fitness für den Kopf die Grundlage für Erfolg.“

Ergänzt wird fit4future durch das ESB-Lerntheater, das der Schulpädagoge Friedhelm Susok entwickelt hat. In dem 90-minütigen interaktiven Programm erhalten die Schüler kindgerechte Antworten auf Fragen wie: woher kommt die Energie, welche Energieformen gibt es und wie kann man zu Hause Energie sparen?

Weitere Informationen über die Initiative fit4future im Zusammenhang mit Energie Südbayern sowie das ESB-Lerntheater unter www.esb.de/wirvorort

Neue Gesellschaft Thüga SmartService GmbH:

Bündelung von Digitalisierungs- und Energie-Know-how

Am 1. Januar 2017 nahm die Thüga SmartService GmbH ihr Geschäft auf. In der neuen Gesellschaft hat die Thüga ihre beiden Töchter, Thüga MeteringService und Thüga Energieeffizienz, zusammengeführt. Wesentliches Ziel dieses strategischen Zusammenschlusses ist, die vorhandenen Digitalisierungslösungen und energiewirtschaftliches Know-how zu bündeln und weiter auszubauen.

„Dieser Schritt ist eine logische Antwort auf die Entwicklungen des Energiemarktes“, so Michael Riechel, Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft. Die vier Treiber Liberalisierung, Regulierung, Dekarbonisierung und Digitalisierung wirken sich auf das Geschäft der Stadtwerke aus. Zum einen müssen die Unternehmen sinkende Erträge aus Vertrieb und Netz durch effiziente Lösungen kompensieren. Zum anderen wird der Kunde zunehmend autarker, erzeugt und speichert Strom beispielsweise selber und kann über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg entscheiden, ob „make or buy“.

Geschäftsmodell realisiert Skaleneffekte

„Für die Versorger bedeutet das, sie müssen die Anwendungswelt des Kunden technologisch an den Energiemarkt anbinden. Das erfordert ein hohes Maß an informationstechnologischer und energiewirtschaftlicher Kompetenz“, erklärt Peter Hornfischer, bisheriger Geschäftsführer der Thüga MeteringService und künftiger Geschäftsführer der Thüga SmartService. Hinzu kommt, dass eine relativ kleine Kundenzahl eine wirtschaftliche Umsetzung für ein einzelnes Stadtwerk erschwert. Hier setzt das Geschäftsmodell der neuen Gesellschaft an: Es realisiert Skaleneffekte durch die zentrale Bündelung von Dienstleistungen sowie IT- und Expertenwissen; dadurch lassen sich Kosten für das einzelne Unternehmen reduzieren.

„Wir bieten zudem eine breite und abgestimmte Lösungswelt an. So lassen sich die Schnittstellen bei unseren Kunden minimieren und sie können ihre Managementressourcen auf die individuelle Marktbearbeitung vor Ort fokus-

sieren“, fasst Franz Schulte, bisheriger Geschäftsführer der Thüga Energieeffizienz und künftiger Geschäftsführer der neuen Gesellschaft, die Vorteile zusammen.

Kernaufgabe

Eine Kernaufgabe des Unternehmens ist die Smart Meter Gateway-Administration. „Das Besondere ist, dass wir die Software selber entwickeln und in unseren eigenen Rechenzentren als Software As a Service-Lösung betreiben“, so Hornfischer. Dazu bietet Thüga SmartService umfassende operative Unterstützung von der Anwendung der IT-Plattformen durch eigene Experten bis hin zu White-Label-Lösungen mit abgestimmter Vertriebsunterstützung an.



Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel tankt an der neuen E-Ladesäule Energie.

Bayernwerk nimmt Ladesäule für Elektroautos in Betrieb

Regensburg. Gute Nachricht für die Fahrer von Elektroautos in der Oberpfalz: Das Bayernwerk hat vor der Unternehmensleitung in Regensburg in der Lilienthalstraße eine neue öffentliche E-Ladesäule in Betrieb genommen. Zukünftig können an den beiden Ladepunkten zwei Fahrzeuge gleichzeitig Energie tanken. Das Bayernwerk setzt mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur im Freistaat einen weiteren Impuls für die erfolgreiche Zukunft der Elektromobilität in Bayerns Regionen.

„Mit der öffentlichen Ladesäule vor der Bayernwerk-Unternehmensleitung setzen wir in Regensburg ein zukunftsweisendes Zeichen für mehr Elektromobilität. Der zügige und flächendeckende Ausbau der Ladeinfrastruktur ist ein entscheidender Schritt, damit das Vertrauen der Menschen in Elektromobilität wachsen kann und die Akzeptanz zunimmt“, erklärte Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel bei der heutigen Inbetriebnahme der Ladesäule.

Elektromobilität werde leider häufig auf die Entwicklung von Fahrzeugtechnologie beschränkt. „E-Mobilität ist ein Zukunftsthema, das viele Komponenten hat. Autos sind nur ein Aspekt. Es kommt auch auf den notwendigen Ausbau der Ladeinfrastruktur an, um die große Chance zur Nutzung der regional erzeugten regenerativen Energie für mehr Elektromobilität auf Bayerns Straßen erfolgreich zu nutzen“, sagte Reimund Gotzel.

Die Ladesäule in der Lilienthalstraße in Regensburg hat ein 46-Zoll-Display, das für Werbezwecke genutzt wird. Es ist das größere der beiden vom Bayernwerk derzeit angebotenen Modelle, die Kunden entweder pachten oder kaufen können. Autofahrer, die Energie für ihr E-Auto tanken möchten, benötigen zur Verbindung ein Ladekabel mit Typ II-Stecker. Nach erfolgreicher Registrierung kann der Ladevorgang durch Einlesen eines QR-Codes oder mit Hilfe einer RFID-Chipkarte gestartet werden. Diese Karte stellt der Bayernwerk-Partner E-Wald auf Wunsch aus. Die Dauer eines vollständigen Ladevorgangs ist von der Reichweite

des Fahrzeugs und der jeweilig genutzten Leistung des Ladepunkts abhängig. Die Tankkosten variieren je nach Stromanbieter und Tarif. Abgerechnet wird der fällige Betrag per Rechnung oder über die im Kundenportal hinterlegte Kreditkarte. Für technische Fragen oder bei Störungen ist eine Hotline täglich 24 Stunden lang zum Festnetz-Preis erreichbar. Bei Notfällen stehen Bayernwerk-Servicetechniker jederzeit zur Vor-Ort-Hilfe bereit.

Neben dem Unternehmensstandort Regensburg nimmt das Bayernwerk zurzeit an 19 Netzcenter- und Verwaltungsstandorten in Bayern öffentliche Ladesäulen für Elektroautos ans Netz. Vorstandschef Reimund Gotzel erklärte die Bedeutung von E-Mobilität als Zukunftsthema für den Energienetzbetreiber so: „Wir haben in unserem Netzgebiet schon heute im Durchschnitt einen Anteil erneuerbarer Energie von 60 Prozent. Insgesamt sind rund 260.000 regenerative Anlagen an unser Netz angeschlossen, die in Summe eine Leistung von vergleichsweise mehr als acht konventionellen Kraftwerken erzeugen. Elektromobilität macht also dann richtig Sinn, wenn die Batterien der Fahrzeuge mit grünem Strom aus der Region geladen werden können.“

Nicht allein in den Städten, sondern auch in den ländlichen Gebieten Bayerns werde sich die Zukunft der Elektromobilität entscheiden. Erst kürzlich hat das Bayernwerk weitere 28 E-Autos in seinen eigenen Fuhrpark genommen. An allen Unternehmensstandorten im Netzgebiet sind mittlerweile Elektroautos im täglichen Einsatz.

**FAHNEN
KÖSSINGER**

Alles für Städte und Gemeinden
Für den perfekten Auftritt Ihrer Kommune

www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0
info@fahnen-koessinger.de



Die Gründungsgesellschafter Peter Niebauer, Hans Lenz und Willi Braun mit Bürgermeister Jürgen Huber (2. v. r.).

20-jähriges Bestehen der Windpower GmbH:

Klimaschutzweg Regensburg vorgestellt

Zum 20. Geburtstag der Windkraftwerk Regensburg KG wurde ein überregionales Umweltbildungsprojekt gestartet. Mit dem Klimaschutzweg will eine der ältesten bayerischen Bürgerwindgesellschaften, die Windpower GmbH & Co. Windkraftwerk Regensburg KG, Wissen über den Klimaschutz und Erneuerbare Energien vermitteln. Die Schirmherrschaft für den 13 Kilometer langen Rundweg übernehmen Landrätin Tanja Schweiger und Bürgermeister Jürgen Huber gemeinsam.

Im Alten Rathaus traf sich vor kurzem die große Mehrheit der 85 Gesellschafterinnen und Gesellschafter zur 20. Gesellschafterversammlung. Sie betreiben seit 1998 das Windkraftwerk Regensburg, eine Enercon E-40 mit 500 kW Leistung. Der Klimaschutzweg traf bei ihnen auf großen Zuspruch.

Zu Beginn dankte Johann Lenz, Geschäftsführer der Windpower GmbH, den Gesellschaftern der ersten Stunde: „Sie haben das Windkraftwerk möglich gemacht und damit konnten wir den Leitspruch 'Atomkraft, nein danke' in 'Windkraft, ja bitte' positiv umformulieren.“

Bürgermeister Jürgen Huber schloss sich diesem Dank an: „Sie waren die Pioniere. Sie haben nicht gewartet, bis andere etwas unternehmen, sondern Sie haben die Realisierung einer Windkraftanlage in die Hand genommen und den Mut gehabt ins Risiko zu gehen.“ Nachdem Willi Braun, Mitbegründer der Windpower GmbH, eine Bildersammlung aus dem Baujahr der Windkraftanlage 1998 präsentiert hatte,

stellte Armin Schmid, Mitarbeiter der Windpower GmbH, den Klimaschutzweg Regensburg erstmalig der Öffentlichkeit vor.

Dieser Rundweg startet am Landratsamt an der Energieagentur Regensburg und führt über den Sallermer Berg und den nördlich der B16 liegenden Mühlberg bis nach Odenthal bei Zeitlarn. Über das Regental geht es dann wieder in die Stadt.

An den zehn Stationen werden neben der Windmühle zwei weitere überregional bekannte Pionierprojekte der Energiewende vorgestellt. Am Kirchturn der evangelischen Kirchengemeinde St. Lukas befindet sich eine PV-Fassadenanlage aus dem Jahr 1997 und in dem von zwei Solaranlagen und einer Solarthermieanlage geprägten Gebäude an der Ecke Im Reichen Winkel / Erzgebirgsstraße nahm 1998 die ILIOTEC ihren Betrieb auf. All diese Anlagen laufen nach wie vor sicher und zuverlässig. Genau das soll der Klimaschutzweg vermitteln: Erneuerbare Energien funktionieren und lösen unsere Umweltprobleme. □

Allersberg setzt auf LED-Straßenbeleuchtung

Allersberg setzt bei der Straßenbeleuchtung neue Maßstäbe: Die Marktgemeinde hat die N-ERGIE Aktiengesellschaft damit beauftragt, im Zuge der Turnuswartung im Frühjahr 2017 über 1.100 Leuchten auf Leuchtdioden, sogenannte LED, umzustellen.

Es werden neutralweiße LED-Retrofit-Leuchtmittel zum Einsatz kommen, die den Energieverbrauch gegenüber dem bisher eingesetzten System um ca. 60 Prozent vermindern. Dies entspricht einer Einsparung von über 220.000 Kilowattstunden (kWh) pro Jahr. Dadurch verringert sich der jährliche CO₂-Ausstoß in Allersberg um über 100.000 Kilogramm. Zudem ist der Einbau der LED-Retrofit-Leuchtmittel einfach und kostengünstig.

„Allersberg hat bereits erste Erfahrungen mit der modernen LED-Straßenbeleuchtung sammeln können“, erklärt Erster Bürgermeister Bernhard Böckeler. „Mit dem Umrüsten von über 1.100 weiteren Leuchten leisten wir einen aktiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Natürlich ist auch der verminderte Stromverbrauch und die damit reduzierbaren Kosten ein wichtiges Argument für eine verantwortungsvolle Kommune.“

Die geplante LED-Technik verbessert auch die Verkehrssicherheit: Durch eine Lichtbündelung

von 270 Grad wird das Licht gezielt auf die Straßen und Wege gelenkt. Dies entlastet beispielsweise die Anwohner, da die Leuchte weniger Licht auf der Rückseite erzeugt.

„Der technische Standard in der Straßenbeleuchtung hat sich in den vergangenen Jahren rasant entwickelt“, erläutert Rainer Gründel, Betreuer für kommunale Kunden bei der N-ERGIE. „Wir gehen deshalb bei den turnusmäßigen Wartungen der Straßenbeleuchtungen alle vier Jahre auf die Kommunen zu und empfehlen mögliche Energiesparmaßnahmen. Auch unterstützen wir Kommunen wie Allersberg dann gerne bei der Umrüstung auf LED und bei Neuplanungen des Beleuchtungskonzepts.“

Für rund 250 Kommunen ist die N-ERGIE Ansprechpartner, wenn es um die Straßenbeleuchtung geht. In ihrem Netzgebiet wartet die N-ERGIE insgesamt 85.000 Leuchten und ist damit für eine Straßenbeleuchtungsnetz von rund 4.100 Kilometern Länge verantwortlich. □

Lupburg ist Energie-Kommune des Monats

Die oberpfälzische Marktgemeinde Lupburg ist von der Agentur für Erneuerbare Energien in Berlin mit dem Titel „Energie-Kommune des Monats“ ausgezeichnet worden. Gründe hierfür sind die Zielvorgabe einer Unabhängigkeit von Energieimporten sowie die lokale Wertschöpfung dank Nahwärme aus Bioenergie, die von der Lupburger Bevölkerung umgesetzt wurde.

Nach nur neun Monaten waren me aus regenerativen Quellen Heizzentrale und das über vier Kilometer lange Nahwärmenetz errichtet. Nach laufenden Erweiterungen dieses ersten Bauabschnittes werden nun bereits 85 Privathaushalte und außerdem die Grundschule, die Mehrzweckhalle, das Feuerwehrgebäude und der Bauhof mit regenerativer Wärme versorgt.

Neben einem Holzvergaser-Blockheizkraftwerk, das mit einer thermischen Leistung von 270 Kilowatt (kW) und einer elektrischen Leistung von 180 kW für die Grundlast sorgt, sind noch drei in Reihe geschaltete Biomassekessel installiert (je mit einer thermischen Leistung von 160 kW), die entweder mit Pellets oder Hackschnitzeln betrieben werden können.

Dass verschiedene Holzrohstoffe eingesetzt werden können, macht den Anlagenbetreiber flexibler beim Kauf der Brennstoffe, was sich positiv auf die Beschaffungspreise auswirkt. Die Erzeugungsanlagen sind mit zwei Pufferspeichern mit je 20.000 Litern kombiniert. Insgesamt liefert die Heizzentrale jährlich rund zwei Millionen Kilowattstunden Wärme

me aus regenerativen Quellen Heizzentrale und das über vier Kilometer lange Nahwärmenetz errichtet. Nach laufenden Erweiterungen dieses ersten Bauabschnittes werden nun bereits 85 Privathaushalte und außerdem die Grundschule, die Mehrzweckhalle, das Feuerwehrgebäude und der Bauhof mit regenerativer Wärme versorgt.

Auf dem Dach des Heizhauses befindet sich eine Photovoltaikanlage mit einer installierten Leistung von 30 Kilowatt peak. Ihr Strom wird vorrangig im Heizhaus direkt verbraucht. Weiterhin ist eine Power-to-Heat-Anlage vor Ort installiert. Die Idee dahinter: Die Anlage kann als Regenergie eingesetzt werden, indem sie genau in jenen Stunden zum Einsatz kommt, in denen z.B. Windräder sehr viel Strom produzieren. Aus dem überschüssigen Strom kann in solchen Spitzenzeiten Wärme erzeugt werden.

Seit 2016 gibt es Pläne für einen zweiten Bauabschnitt, der zusätzlich bis zu 150 Haushalte versorgen könnte, u.a. in Neubaugebieten im Norden und Osten des Ortes. Bürgermeister Manfred Hauser zeigt sich zuversichtlich, dass sich genug Interessenten finden werden. Die bisherigen Nahwärmekunden seien jedenfalls sehr zufrieden, so der Rathauschef. **DK**

Windpark Oerlenbach in Betrieb genommen

Nach einer dreijährigen Planungsphase und weiteren neun Monaten Bauzeit nahm jetzt der Windpark Oerlenbach der Energieallianz Bayern im Landkreis Bad Kissingen seinen Betrieb auf. Betreiber sind 23 Gesellschafter des Stadtwerkeverbundes mit Sitz in Hallbergmoos bei München.

Der Windpark besteht aus drei Windenergieanlagen vom Typ VESTAS 126 mit jeweils 3,3 MW Leistung bei einer Gesamthöhe von 200 Metern. Er wird jährlich ca. 20 Millionen kWh Strom produzieren, was der Versorgung von 6.000 Haushalten entspricht. Mit der Vermeidung von ca. 20.000 Tonnen CO₂ jährlich wird ein wichtiger Beitrag zur regionalen regenerativen Stromversorgung geleistet, ganz ohne Transport über Stromtrassen aus dem Norden.

Energieallianz Bayern als kompetenter Windkraftplaner

„Mit der Inbetriebnahme des Windparks Oerlenbach hat die Energieallianz Bayern den Nachweis erbracht, dass sie sich seit 2011, dem Erwerb unseres ersten Windparks, vom reinen Investor

zum kompetenten Windkraftplaner entwickelt hat. Für die beteiligten Stadtwerke schließt sich die Wertschöpfungskette zur erneuerbaren Energieversorgung – von der Planung über den Bau und den Betrieb bis zur Stromvermarktung“, stellt Joachim Martini, Geschäftsführer der Energieallianz Bayern fest.

Sein Projektleiter Tom Jenssen fügt hinzu: „Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen – vor allem die Anpassungen an naturfachliche Gegebenheiten sowie ein Bauleitplanverfahren aufgrund der bayerischen 10H-Regelung – ist es uns gelungen, das ganze Projekt in der sehr passablen Zeit von nur vier Jahren von der Grundstückssicherung bis zur Inbetriebnahme durchzuführen.“

Geplant ist nun die Erweiterung des Windparks um zwei Windenergieanlagen südlich des Windparks. □

Mit der Wärmebildkamera unterwegs:

Thermografie-Spaziergang in Murnau a. Staffelsee

In einer kalten, windstillen Winternacht – genau genommen am 25. Januar 2017 von 19.15 bis 21.15 Uhr – machen sich Wolfgang Haas, staatlich geprüfter und unabhängiger Energieberater (HWK), Patrick Fierhauser, Klimamanager des Marktes Murnau a. Staffelsee, und interessierte Bürger mit der Wärmebildkamera auf den Weg.

Detaillierte Analyse

Ihr Ziel ist es, den Energieverlust an Gebäuden im Ort genauer zu analysieren: Wo geht Wärme verloren? Sind Dach, Wände, Fenster und Türen undurchlässig? Was dem bloßen Auge verborgen bleibt, visuali-

siert die Wärmebildkamera. Und im Warmen wird anschließend das Bildmaterial ausgewertet, der Isolationsbedarf der einzelnen Häuser ermittelt und die möglichen Sanierungsmaßnahmen diskutiert. Interessierte treffen sich an der Heuwaage im vhs-Vortragsraum (Seidlstraße 14). Die Teilnahme ist kostenfrei.

Es können jedoch nur maximal 20 Personen teilnehmen, sodass eine Anmeldung bei der vhs Murnau unbedingt erforderlich ist (Telefon: 08841 2288; E-Mail: info@vhs-murnau.de). Der Thermografie-Spaziergang ist eine Kooperation der vhs Murnau und dem Umweltreferat des Marktes Murnau a. Staffelsee. □



V. l.: Thomas Miller (LEW Verteilnetz GmbH), LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litzpher, Gersthofens Erster Bürgermeister Michael Wörle und der Geschäftsführer der Stadtwerke Gersthofen, Bernhard Schinzel. Bild: LEW/Hochgemuth

Stadt und Stadtwerke Gersthofen:

Gemeinsam mit Lechwerken in die Energiezukunft

Stromnetz Gersthofen GmbH & Co. KG ging an den Start

Die Stadt und die Stadtwerke Gersthofen sowie die Lechwerke AG (LEW) schlagen ein neues Kapitel in ihrer langjährigen Strompartnerschaft auf: Der Stadtrat Gersthofen hatte im November 2016 beschlossen, den Konzessionsvertrag über 20 Jahre an ein gemeinsames Unternehmen der Stadtwerke Gersthofen und der Lechwerke AG zu vergeben. Dazu sind die Stadtwerke Gersthofen zum Jahreswechsel der Stromnetzgesellschaft „Stromnetz Gersthofen GmbH & Co. KG“ (SNG) beigetreten.

Gersthofens Erster Bürgermeister Michael Wörle sagt: „Der Umbau des Energiesystems ist mit großen Herausforderungen verbunden. Wir setzen deshalb auf die Lechwerke als verlässlichen und kompetenten Partner. Gemeinsam gehen wir den Weg in die Energiezukunft, um für unsere Stadt, die Bürger und Unternehmen die Potenziale des Energiesystems von morgen zu erschließen.“

Besondere Partnerschaft

„Mit der Stadt Gersthofen verbindet uns eine besondere Partnerschaft: Hier begann 1901 mit der ersten Stromlieferung aus dem Wasserkraftwerk Gersthofen die Geschichte der Lechwerke und die Elektrifizierung unserer Region nahm ihren Anfang. Heute stehen wir an der Schwelle zu einem neuen Energiezeitalter: Hier zählen Erfahrung, Kompetenz und neue, innovative Ansätze für den Netzbetrieb. Wir freuen uns, das auch in Zukunft in die Partnerschaft mit Gersthofen einzubringen“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litzpher.

Das Modell für die gemeinsame Gesellschaft sieht vor, dass die Stromnetz Gersthofen GmbH & Co. KG das Eigentum am Mittelspannungs-, Niederspannungs-

und Straßenbeleuchtungsnetz hält. Der Netzbetrieb wird auch künftig von der LEW Verteilnetz GmbH (LVN) erbracht. Für die rund 13.500 Netzkunden in der Stadt Gersthofen ist somit auch in Zukunft eine sichere Stromversorgung garantiert.

Die Stromnetzgesellschaft wurde 2016 gegründet. Die Stadtwerke traten zum 1. Januar 2017 als Gesellschafter bei und sind mit 51 Prozent beteiligt. LEW hält die verbleibenden 49 Prozent der Anteile. Die Geschäftsleitung für die Stromnetz Gersthofen GmbH & Co. KG übernehmen der Geschäftsführer der Stadtwerke Gersthofen Bernhard Schinzel und Thomas Miller, LEW Verteilnetz GmbH.

Bereits seit 1901 besteht die Netzpartnerschaft der Lechwerke mit der Stadt Gersthofen. Über das Stromnetz in Gersthofen werden jährlich rund 136 Millionen Kilowattstunden verteilt. Der Konzessionsvertrag Strom wird von der Stadt Gersthofen an die neu gegründete Netzgesellschaft vergeben und erlaubt dieser, öffentliche Wege, Straßen und Plätze für die Verlegung von Stromleitungen zu nutzen. Für die Kunden ändert sich durch die neue Netzgesellschaft nichts. Sie werden weiterhin von ihren bisherigen Stromlieferanten versorgt. □



Bayerische Elektrizitätswerke:

Öko-Damm für die Donau

Eine ganz besondere Dammsanierung vollzieht sich derzeit an der Staustufe der Donau in Offingen bei Günzburg. Auf der Nordseite des Flusses baut die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) auf einer Länge von 500 Metern sogenannte Öko-Bermen. Mit dieser ökologischen Art der Dammsanierung verbessert BEW den Hochwasserschutz und schafft gleichzeitig ökologisch wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Das Pilotprojekt wird von der EU im Rahmen des Programms Life+ gefördert und soll Vorbildfunktion für ähnliche Vorhaben in Europa haben. Das Projekt in Offingen soll bis Ende Februar 2017 abgeschlossen sein. Bild: LEW/NAUE GmbH & Co.KG

Entsorgung:

Engpass auch bei Bodenaushub, Bau- und Abbruchabfällen

Von Stefan Schmidmeyer, Geschäftsführer Baustoff Recycling Bayern e.V.

Die Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen und Bodenmaterial wird für öffentliche, gewerbliche und private Bauherren zunehmend schwieriger und kostenintensiver. Die gesetzlichen Anforderungen steigen. Die verfügbaren Verfüll- und Deponiekapazitäten schwinden. Viele Auftraggeber klagen über eklatante Entsorgungseingänge bei Bodenaushub, Bauschutt und anderen Bau- und Abbruchabfällen.

Aber es gibt Alternativen: durch den verstärkten Einsatz von geprüften, güteüberwachten

und zertifizierten Recyclingbaustoffen kann der Entsorgungsmarkt spürbar entlastet werden.

Abfallbilanz 2015:

Hausmüll in Bayern

Auf 25 Jahre Abfallstatistik im Freistaat blickt das Bayerische Landesamt für Umwelt zurück. Wie Präsident Claus Kumutat bei der Veröffentlichung der Abfallbilanz 2015 feststellte, „ist es uns gelungen, im Sinne einer nachhaltigen Ressourceneffizienz mehr als doppelt so viele Wertstoffe zu verwerten. Der Schritt von der Wegwerf- zur Verwertungsgesellschaft ist ein gutes Stück vorangekommen.“

Aktuelle Herausforderungen liegen in der ansteigenden Menge an Verpackungsmüll und Einwegverpackungen. „Die Reduzierung der Abfallmengen durch Vermeidung, Wiederverwendung oder längere Nutzung müssen wir deutlich steigern. Hier kann jeder Einzelne einen Beitrag leisten“, so Kumutat.

Pro Einwohner in Bayern fallen über 500 kg Haushaltsabfälle und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle pro Jahr an. Wurden 1991 erst 153 kg an Wertstoffen getrennt erfasst und verwertet, waren dies 2015 mit 356 kg mehr als doppelt so viele. Bereits seit 1995 ist das Wertstoffaufkommen höher als die Menge an Restabfall. Die Verwertungsquote, die den Anteil der Wertstoffe am Gesamtabfallaufkommen angibt, stieg in den vergangenen 25 Jahren von 39,6 Prozent im Jahr 1991 auf 73,8 Prozent im Jahr 2015.

Rund 78 % der Körperschaften förderten die Eigenkompostierung. Städte und Landkreise boten Zuschüsse zu Kompostern oder Häckslern, Kompostierkurse, reduzierte Abfallgebühren oder die Wahl eines kleineren Restabfallbehälters an, um den kommunal erfassten Anteil an organischem Abfall zu verringern.

Bei der Wertstoffeffassung mittels Holsystem ergaben sich im Bilanzjahr keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Folgende Systeme standen den Bürgern zur Verfügung: Biotonne, Papiertonne, Papiersack, Bündelsammlung von Papier, Gelbe Tonne, Gelber Sack, Straßensammlung von Alttextilien wie Elektro- und Elektronik-Altgeräte.

Das Angebot an Bringsystemen blieb weiterhin qualitativ auf hohem Niveau. Im Jahr 2015 waren in sechs entsorgungspflichtigen Körperschaften Wertstoffmobile im Einsatz. Die Problemabfälle wurden in 82 Körperschaften über mobile Sammlungen erfasst. In 14 Städten und Landkreisen wurden die Problemabfälle ausschließlich an stationären Einrichtungen angenommen. In 95 von 96 Körperschaften standen im Jahr 2015 den Bürgern insgesamt 1.621 Wertstoffhöfe zur Verfügung (1.632).

Bei den Abfällen zur Verwertung aus Haushalten ging das Bioabfallaufkommen, das sich aus den Abfällen aus der Biotonne sowie dem Grünut zusammensetzt, von 150,0 auf 145,3 kg/EW.a zurück. Im Bilanzjahr wurden bayernweit ca. 4,54 Mio. t Wertstoffe erfasst und einer Verwertung zugeführt (Vorjahr: 4,56 Mio. t). Das Aufkommen an Primärwertstoffen aus Haushalten verringerte sich von 4,04 Mio. t im Vorjahr auf 4,02 Mio. t.

Im Jahr 2015 wurden durch die entsorgungspflichtigen Körperschaften 687.610 t Abfälle aus dem Gewerbe erfasst, die ansch-

ließend einer Verwertung zugeführt wurden (Vorjahr: 750.634 t). Dies waren Baustellenabfälle, Bioabfall (incl. Grüngut), verwerteter Schrott und Asche aus der thermischen Behandlung von Gewerbeabfällen sowie sonstige gewerbliche Wertstoffe. Von der Gesamtmenge wurden 365.425 t (Vorjahr: 338.139 t) einer energetischen Verwertung zugeführt.

Die schadstoffhaltigen Abfälle (Problemabfall), die den entsorgungspflichtigen Körperschaften überlassen wurden, stiegen von 6.308 t im Vorjahr auf 6.437 t im Jahr 2015. Rund 50,4 % bzw. 3.246 t dieser gefährlichen Abfälle konnten verwertet werden.

Im Bilanzjahr standen den entsorgungspflichtigen Körperschaften 661 Anlagen (Vorjahr: 740) zur Sortierung, Aufbereitung und Verwertung oder zum Umschlag bzw. als Makler für Wertstoffe, Haushaltsabfälle und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle oder Inertabfälle zur Verfügung. 574 dieser Anlagen lagen innerhalb von Bayern. Insgesamt wurden in diesen Anlagen 4,51 Mio. t verarbeitet (Vorjahr: 4,43 Mio. t).

Kompostier- und Vergärungsanlagen

Im Bilanzjahr wurden 259 Kompostieranlagen und fünf Vergärungsanlagen in Bayern sowie eine Anlage außerhalb von Bayern zur Verarbeitung von insgesamt 868.044 t Grüngut (ca. 851.700 t im Vorjahr) genutzt. An 57 bayerischen Bioabfall-Kompostieranlagen (58 im Vorjahr) und 20 Vergärungsanlagen (18 im Vorjahr) sowie 6 Anlagen außerhalb von Bayern wurden insgesamt rund 985.500 t Bioabfallgemische mit Abfällen aus der Biotonne (1.017.900 t im Vorjahr) angeliefert.

Im Bilanzjahr wurden aus 1,97 Mio. t Rohmaterial aus der Erfassung von Bioabfall und Grüngut sowie zusätzlich aus der Nachkompostierung von Gärrückständen ca. 534.054 t Kompost erzeugt. Als Restabfall fielen 2015 insgesamt 2.283.313 t bzw. 179,5 kg/EW.a an. Dies entspricht nach 177,6 kg/EW.a im Jahr 2014 einem Anstieg um 1,1 %. Das Haus- und Geschäftsmüllaufkommen stieg um 0,3 % auf 145,2 kg/EW.a (Vorjahr: 144,8 kg/EW.a). Im Bilanzjahr fielen außerdem 15,5 kg/EW.a Sperrmüll (Vorjahr: 15,9 kg/EW.a) und 18,7 kg/EW.a hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (Vorjahr: 16,9 kg/EW.a) an.

Das einwohnerspezifische Gesamtabfallaufkommen belief sich 2015 auf 528,8 kg (Vorjahr: 529,9 kg). Seit 1995 liegt die erfasste Wertstoffmenge über den jeweiligen Restabfallmengen und übersteigt diese inzwischen deutlich. **DK**

Zertifizierte Recyclingbaustoffe sind äußerst vielfältig einsetzbar und erfüllen alle einschlägig bekannten bau- und umwelttechnischen Anforderungen der Bauwirtschaft. Aktuelle Beispiele wie der Einsatz von 240.000 Tonnen Frostschutz- und Unterbaumaterial an der A9 (Rastplatz Fürholzen) oder Baumaßnahmen an der A6 zwischen AK Nürnberg-Süd und AK Nürnberg-Ost belegen dies.

Recyclingbaustoffe sind umweltfreundlich und wirtschaftlich. Recyclingbaustoffe sind Aktiver Umweltschutz am

Bau! Doch wie mit Recyclingbaustoffen richtig umgehen? Welche Anforderungen müssen beachtet werden? - Fragen, denen sich Bauherren, Planer, Architekten und Bauunternehmen zukünftig vermehrt stellen müssen!

Der Baustoff Recycling Bayern e.V. hat deshalb seine Internetseite zu einem umfassenden Informationsportal umgestaltet. Unter dem Punkt „Mineralische Abfälle“ können sich nun Bauherren, Bauunternehmen, Abbruch- und Erdbauunternehmen über die verschiedenen Arten von mineralischen Bauabfällen, ihre Herkunft und deren Wege hin zu einer schadlosen und ordnungsgemäßen Entsorgung informieren.

Umfassendes Informationsportal

Der Menüpunkt „Baustoffrecycling“ zeigt Ihnen die Rolle

unserer Recyclingbetriebe bei der Erreichung der Ziele der Abfallbewirtschaftung und die einzelnen Schritte ordnungsgemäßen Recyclings auf. Unter „Einsatzmöglichkeiten“ finden sie anhand von vielen Beispielen Hinweise auf die vielfältigen Einsatzgebiete von RC-Baustoffen. Durch die Aufspaltung in Anwendungsgebiete finden Sie zudem alle Informationen über die jeweils zu beachtenden Regelwerke und spezielle Recyclingprodukte.

Durch die „Gütesicherung“ (Qualitätssicherung und Zertifizierung) wird der Einsatz von Recyclingbaustoffen denkbar einfach für den Anwender. Nach den Richtlinien des Baustoff Recycling Bayern e.V. zertifizierte Recyclingbaustoffe gewährleisten die bau- und umwelttechnische Konformität mit den Anforderungen der einschlägigen Regelwerke. Alle Mitgliedsunternehmen, die zertifi-

zierte Recyclingbaustoffe in Bayern anbieten können, finden Sie im Internet unter www.baustoffrecycling-bayern.de/ Firmen.

Terminhinweis

Zudem findet am 21. und 22. Februar 2017 in Würzburg ein Baustoff Recycling Forum und Mineraliktage statt. Diese Tagung, die vom Baustoffrecycling Bayern e.V. und dem bvsse-Fachverband Mineralik - Recycling und Verwertung aus Bonn gemeinsam durchgeführt wird, geht auf alle wichtigen und aktuellen Fragestellungen bei der Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen ein.

Wo und wie können Recyclingbaustoffe richtig eingesetzt werden? Welche Änderungen bringt die Mantelverordnung, die uns nun seit Kurzem als Referentenentwurf (Stand 12/2016) vorliegt? Welche Herausforderungen und Probleme stellen sich Unternehmen und Behörden, wenn es um die Verfüllung oder der sonstigen Verwertung mineralischer Abfälle geht? Welche Rolle spielen Recyclingbaustoffe in Vergaberecht und Ausschreibungen?

Das ausführliche Programm und die Möglichkeit zur Anmeldung steht im Internet unter www.bvse.de/sachverstand-bvse/tagungen/mineraliktage-2017.html **DK**

Das Bundeskartellamt bemängelt unter anderem, die Kommunen könnten durch das Gesetz zu stark in die Sammlung der Wertstoffe eingreifen. Naturschutzverbände wie der NABU dagegen kritisieren, dass es nicht gelungen sei, stoffgleiche Nichtverpackungen in die Produzentenverantwortung und damit ins Recycling einzubeziehen. Zudem seien die neuen Recyclingquoten zu niedrig angesetzt und im Laufe des Entwurfsprozesses zu stark abgemildert worden. Tatsächlich hatte der erste Entwurf für das Verpackungsgesetz noch höhere Recyclingziele vorgesehen. **DK**

Entwurf zum Verpackungsgesetz:

Reaktionen auf Kabinettsbeschluss

Das Bundeskabinett hat den Entwurf des Verpackungsgesetzes, den das Bundesumweltministerium (BMUB) vorgelegt hat, beschlossen. Das Gesetz soll noch vor der Bundestagswahl verabschiedet werden. Die wesentlichen Regelungen würden dann am 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass die von Industrie und Handel finanzierten dualen Systeme künftig deutlich höhere Recyclingquoten erfüllen müssen. Diese gelten für die bei ihnen lizenzierten und von ihnen erfassten Verpackungen. So wächst beispielsweise die Recycling-Quote für Kunststoffverpackungen bis zum Jahr 2022 von heute 36 Prozent auf 63 Prozent. Die Recycling-Quoten bei Metallen (heute bei 60 Prozent), Papier (70) und Glas (75) steigen bis 2022 auf 90 Prozent an.

Außerdem müssen die Lizenzentgelte des Dualen Systems stärker an ökologischen Aspekten ausgerichtet werden. Das belohnt die Hersteller, die bei der Gestaltung von Verpackungen von Anfang berücksichtigen, wie diese recycelt werden können.

Nach wie vor erfolgt die Entsorgung von Verpackungsabfällen im Wettbewerb durch Ausschreibungen. Um einen fairen Wettbewerb und einen konsequenten Vollzug zu gewährleisten, wird eine zentrale Stelle eingerichtet, die von den Produktverantwortlichen, d. h. von Industrie und Handel, finanziert wird. Die Zentrale Stelle dient als Registrierungs- und Standardisierungsstelle.

Wie die Abfall-Sammlung generell vor Ort durchgeführt wird, bestimmen die Kommunen. Sie entscheiden zum Beispiel darüber, wann und wie Abfälle gesammelt werden. Erleichtert wird zudem die gemeinsame Erfassung von Verpackungsabfällen und von anderen Abfällen aus Kunststoff und Metall in Wertstofftonnen. Inwiefern diese eingeführt werden, kann jeweils die Kommune mit den dualen Systemen entscheiden.

Bisher haben etwa 14 Millionen Haushalte in Deutschland die Wertstofftonne. Ebenfalls geregelt wird die bessere Unterscheidung von Einweg- und Mehrwegflaschen. Das Gesetz verpflichtet den Handel zu einer gut sichtbaren Regalkennzeichnung. So können sich Verbraucher bewusster für Mehrweg oder Einweg entscheiden.

Im Grundsatz begrüßt der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) die Beschlussfassung des Bundeskabinetts über ein Verpackungsgesetz, sieht jedoch bei einigen Regelungen noch Nachbesserungsbedarf. Wie VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp betonte, „hat die duale Verpackungsentsorgung bisher nur wenige ökologische Fortschritte erreicht und leidet unter vielfältigen Regelungsdefiziten. Deshalb ist der Gesetzentwurf ein notwendiger Schritt, damit die Verpackungsentsorgung weiterentwi-

ckelt und die zahlreichen Konfliktpunkte ausgeräumt werden können, die das Verhältnis zwischen Kommunen und dualen Systemen seit Jahren belasten. Wir begrüßen ausdrücklich, dass den Kommunen wirksame Steuerungsrechte gegeben werden, um die Sammlung von Verpackungsabfällen im Sinne der Bürger zu gestalten. Vielfach wünschen sich die Bürger Tonnen statt Säcke oder eine häufigere Abfuhr. Solche Verbesserungen können künftig von der Kommune per Verwaltungsakt durchgesetzt werden, was bislang nicht möglich war.“

Kritik übt der VKU an der Tatsache, dass die Erfassung von Glas nicht in der gleichen Qualität geregelt werden soll. Hasenkamp: „Die Kommune muss auch für Glas den Sammlungsrahmen vorgeben können. Das ist besonders dort sinnvoll, wo lärmgedämmte Behälter oder verbraucherfreundliche Unterflursysteme für einen deutlich besseren Entsorgungsstandard sorgen können.“

Auch sei nicht nachvollziehbar, warum die kommunalen Sammelvorgaben zwar für die privaten Haushalte gelten sollen, nicht jedoch für Schulen, Kindergärten oder Krankenhäuser, wo ebenfalls Verpackungsabfälle getrennt gesammelt werden. Wenn in diesen öffentlichen Einrichtungen das Entsorgungsvolumen für Verpackungsabfälle unzureichend ist, gehe dies zulasten knapper öffentlicher Kassen, da dann zusätzliche Restmülltonnen bestellt werden

HBCD:

Bundeseinheitliche Lösung notwendig

Das Saarland und der Freistaat Sachsen sind bei der Umweltministerkonferenz mit einem Vorstoß zur Entsorgung von HBCD-haltigen Dämmstoffen gescheitert. Der VBS bedauert dies und spricht sich weiterhin dafür aus, HBCD-haltige Abfälle als nicht gefährliche Abfälle einzustufen. Präsident Otto Heinz: „Die erlassenen LfU-Vollzugshinweise haben zwar zu einer gewissen Entspannung der Lage in Bayern geführt. Fakt bleibt aber, dass die Einstufung als gefährlicher Abfall zu regionalen Entsorgungseingängen und erheblichen Kostensteigerungen für die Abfallerzeuger geführt hat. Das eigentliche Ziel, einen ökologischen Mehrwert zu schaffen, wird verfehlt.“

Daher teilt der VBS die Ansicht der Bundesumweltministerin, dass die Bundesländer eine Entschleunigung zur Änderung der Abfallverzeichnisverordnung verabschieden sollten. Dann würden HBCD-haltige Abfälle weiterhin als nicht gefährlich eingestuft. **DK**

Recyclingbaustoffe aus Bayern



BAUSTOFF
RECYCLING
BAYERN

Der Umwelt zuliebe
nur mit diesem Zeichen!

- sind geprüft, güteüberwacht und zertifiziert.
- gewährleisten die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung gemäß KrWG
- garantieren die Übereinstimmung mit bau- und umwelttechnischen Regelwerken
- schaffen Vertrauen zwischen Hersteller, Anwender und Behörden

www.baustoffrecycling-bayern.de

Projekt des ökologischen Verkehrsclubs VCD:

Multimodal unterwegs

Wie bewegen wir uns in der Stadt von Morgen fort? Wird es weiterhin Fahrgäste geben, die an unübersichtlichen Tarifablen scheitern? Werden Anwohner von Hauptstraßen noch immer Tag für Tag krankmachende Schadstoffe einatmen müssen? Und wird es auch dann noch Verkehrsbetriebe geben, die nach 22 Uhr den Dienst einstellen? Eine lebenswerte Stadt sieht jedenfalls anders aus.

Viele Ideen werden aktuell dem Praxistest unterzogen. Mit dem Projekt „Multimodal unterwegs – intelligent vernetzt durch die Stadt der Zukunft“, gefördert von Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium, unterstützt der ökologische Verkehrsclub VCD Kommunen, Nahverkehrsbetriebe und StartUps bei der Entwicklung ihrer Produkte. In Berlin stellte der Verband jetzt eine Befragung zum inter- und multimodalen Verkehrsverhalten von Großstädtern vor.

Attraktiver ÖPNV

Das zentrale Ergebnis der repräsentativen Befragung von rund 1.000 Großstädtern lautet: Der ÖPNV muss starkes Rückgrat sein. Schließlich verzichten nur sieben Prozent der Großstädter auf den öffentlichen Nahverkehr. Die Integration weiterer Mobilitätsangebote macht demnach nur Sinn, wenn der ÖPNV ein attraktives Angebot zur Verfügung stellt. Darüber hinaus geben die Bürgerinnen und Bürger an, dass ihnen neben einem guten Preis der einfache Einstieg mit einmaliger Anmeldung bzw. Registrierung auch für Carsharing und Mietfahrräder wichtig ist.

Die Großstadt ist von einem Mix der Verkehrsmittel geprägt. Nicht nur der eigene Pkw, auch das Zufußgehen, das Fahrrad und der öffentliche Nahverkehr werden häufig genutzt. Die Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Verkehrsmittel kann von verschiedensten Faktoren abhängen. Zentral für die Befragten ist die gute Erreichbarkeit ihrer Ziele (84

%) Einfach, flexibel und zuverlässig soll es nach dem Willen der meisten Befragten vorangehen. Im Vergleich dazu sind die Kosten weniger wichtig. Eine untergeordnete Rolle spielen „weiche Faktoren“ wie die Sicherheit (40 %), die Privatsphäre (30 %) oder die eigene Tagesform (22 %).

Digitale Routenplanung

Auch wenn das Zufußgehen in Erhebungen zur Verkehrsleistung (Anzahl der Wege x Wegelänge) regelmäßig eine untergeordnete Rolle spielt, wird deutlich, dass fast alle Bürgerinnen und Bürger auch Fußgänger sind (75 % häufig/sehr häufig), sei es für die kurzen Wege im Quartier oder als Zugang zu anderen Verkehrsmitteln. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind nicht nur von Stammkundschaft geprägt. Viele Fahrgäste steigen nur gelegentlich in Bus und Bahn ein. Lediglich jeder 14. Großstädter kommt gänzlich ohne öffentlichen Nahverkehr aus, während bereits 22 % der Erwachsenen ohne Auto mobil sind.

Die Routenfindung ist ganz klar zu einer digitalen Domäne geworden. Online-Kartendienste und Navigations-Apps finden für die meisten Befragten den Weg zum Ziel. Für die Fahrgäste von Bus und Bahn spielt aber auch weiterhin der altbekannte Fahrplanaushang an der Haltestelle eine wichtige Rolle.

Ein weiteres Schlüsselement, das derzeit in einigen Städten erprobt wird, sind sogenannte Mobilitätsstationen. Einige setzen auf großflächige Stationen mit

vielen Fahrzeugen und Beratungspersonal im Stadtzentrum, andere beschränken das Angebot, sind dafür aber dezentral in den Stadtquartieren präsent. Zumeist finden sich hier Leihfahrräder und Carsharing-Fahrzeuge, auch Fahrradbügel und Ladesäulen für Elektro-Autos sind an einigen Standorten installiert. Um die Mobilitätsstation tatsächlich als Zugangsstelle zu einer vernetzten Mobilität zu etablieren, ist es wichtig, auf die Vorstellungen der potentiellen Kunden einzugehen.

Mehr als zwei Drittel der Befragten gaben an, dass ihnen kurze Wege zur Mobilitätsstation wichtig sind. Das spricht für eine höhere Anzahl eher dezentraler Mobilitätsstationen in den Quartieren. Mit Abstand, aber ebenfalls von Bedeutung, sind Abstellmöglichkeiten für den Pkw (50 %) und das Fahrrad (42 %).

Good-Practice-Beispiel MVG

Wie der VCD lobend hervorhebt, entwickelt sich die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) vom klassischen Nahverkehrsunternehmen zum umfassenden Mobilitätsdienstleister für München. Unter dem Claim „Ganz einfach mobil“ baut sie Sharing-Angebote weiter aus. Zentrale Elemente des Vorhabens sind das kommunale Leihradsystem MVG Rad, eine erste Mobilitätsstation als Pilotprojekt, stationäres und free-floating Carsharing, zwei Apps und Vergünstigungen für ÖPNV-Stammkunden.

An der Mobilitätsstation an der Münchner Freiheit bündelt die MVG alle Mobilitätsbausteine. So stehen neben U-Bahn, Bus und Tram insgesamt sechs ausgewiesene Carsharing-Parkplätze zur Verfügung, zwei davon mit eigener Ladeinfrastruktur für E-Carsharing, ein Stellplatz ist exklusiv für das stationäre Carsharing von Statauto reserviert. Zusätzlich gibt es Fahrradabstellanlagen und Park&Ride-Parkplätze sowie einen Taxistand in der unmittelbaren Umgebung. Eine Informationsstele – direkt neben der ebenfalls vorhandenen MVG Radstation mit 15 Stellplätzen gelegen – gibt einen Überblick über das vielfältige Mobilitätsangebot vor Ort.

Neben der Pilotstation an der Münchner Freiheit werden in den kommenden Jahren voraussichtlich 14 weitere Mobilitätsstationen im Stadtgebiet entstehen – darunter vier Stationen im Rahmen des EU-Projekts „City2Share“ in Untersending und acht weitere im Rahmen des EU-Projekts „Smarter Together“.

Bilanz 2016:

Rekordergebnisse für Allgäu Airport und MUC II

Mit dem besten Ergebnis seiner Unternehmensgeschichte ist der Flughafen Memmingen in sein Jubiläumsjahr gestartet: Die Bilanz des abgelaufenen Geschäftsjahres 2016 verzeichnet den Rekordwert von 996.714 Passagieren. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 12,8 Prozent. Am Münchner Flughafen wiederum setzte sich die dynamische Wachstumsentwicklung mit neuen Rekorden bei Fluggästen und Fracht fort. Die Passagierzahlen stiegen um 1,3 Millionen Reisende bzw. drei Prozent auf den neuen Höchstwert von 42,3 Millionen.

Verantwortlich für die positive Entwicklung am Memminger Airport ist das kontinuierlich ausgebaut Flugangebot, das maßgeblich von den Fluggesellschaften Ryanair und Wizz Air getragen wird. Aber auch immer mehr Charter- und Ferienflüge schlagen sich in der Bilanz positiv nieder. „Wir haben damit auch gezeigt, dass wir nicht von einem Partner alleine abhängig sind, sondern sich das Wachstum aus mehreren Quellen speist“, betont Geschäftsführer Ralf Schmid.

Millionen-Grenze

In diesem Jahr möchte sich der Flughafen Memmingen zum zehnjährigen Jubiläum seiner zivilen Nutzung ein besonderes Geschenk machen: „Die Millionen-Grenze ist fällig“, gibt sich Schmid zuversichtlich. Längst habe der Flughafen weit über die Grenzen Süddeutschlands hinaus seine Position gefestigt. Als wichtiger Teil sei der Airport aus der Verkehrsinfrastruktur Süddeutschlands nicht mehr wegzudenken.

In diesen Tagen findet auch die organisatorische Neuausrichtung des Unternehmens statt. So betreibt die als Flughafen Memminger GmbH gegründete Betriebsgesellschaft den Flughafen und übernimmt alle Mitarbeiter der Allgäu Airport GmbH & Co. KG, die wiederum künftig als Grundstückbesitzgesellschaft fungiert.

Am Flughafen MUC II legte die Anzahl der Flugbewegungen gleich um knapp vier Prozent zu. Insgesamt wurden 394.430 Starts und Landungen durchgeführt, ein Plus von 14.500 Bewegungen. Ohne die massiven, streikbedingten Ausfälle im vergangenen Jahr wäre der Zuwachs an Starts und Landungen mit 4,6 Prozent sogar

noch deutlich höher ausgefallen. Am stärksten wuchs 2016 die Luftfracht. Hier stehen für 2016 insgesamt über 334.000 Tonnen zu Buche – eine Zunahme von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr.

„Die erheblichen Verkehrszuwächse machen einmal mehr deutlich, dass die Mobilitätsnachfrage weiterhin kontinuierlich steigt. Dies wird sich auch im laufenden Jahr fortsetzen. Nach den bisher vorliegenden Anmeldungen der Airlines erwarten wir für 2017 abermals ein Plus von vier Prozent bei den Flugbewegungen“, hob der Vorsitzende der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, Dr. Michael Kerkloh, hervor

Passagierwachstum

Wie in den Vorjahren basiert das in München konstatierte Passagierwachstum insbesondere auf starken Steigerungen im internationalen Verkehr: Mit rund 6,8 Millionen Fluggästen – einem Plus von fünf Prozent – wies der Fernreiseverkehr prozentual den größten Zuwachs auf. Größtes Verkehrssegment am Münchner Airport bleibt der Kontinentalverkehr mit insgesamt 25,8 Millionen Reisenden. Dies waren vier Prozent mehr als 2015. Der innerdeutsche Verkehr verzeichnete eine leichte Steigerung von 0,5 Prozent auf rund zehn Millionen Fluggäste.

Das weltweite Streckennetz ab München konnte 2016 nochmals deutlich ausgebaut werden: Mit 257 Destinationen – zehn mehr als im Vorjahr – steht Passagieren die größte Auswahl an Zielen zur Verfügung, die jemals an Bayerns internationaler Luftverkehrsdrehscheibe angeboten wurde. **DK**

Kongress GaLaBau 2030:

Demografie und Fachkräftesicherung

„GaLaBau 2030: Herausforderungen annehmen und Zukunft gestalten“ lautete das Motto eines Kongresses in Berlin, der sich mit dem demografischen Wandel in der Branche beschäftigte. Namhafte Repräsentanten aus der Galabau-Branche, Politik, Wissenschaft, Kultur, Zivilgesellschaft und Fachöffentlichkeit traten dabei in einen interdisziplinären Dialog, um Lösungsansätze und Perspektiven zu diskutieren und aufzuzeigen.

Nach der Begrüßung durch BGL-Präsident August Forster verwies Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft darauf, „dass wir jetzt die Chance haben, die Weichen für den Garten- und Landschaftsbau im Jahr 2030 zu stellen“. Oftmals, so Schmidt, sei das Fehlen von qualifizierten Fachkräften ein entscheidendes Hemmnis für weiteres Wachstum. Dabei biete der Garten- und Landschaftsbau jungen Menschen eine Arbeit mit und in der

Natur, verbunden mit modernster Technik.

„Mein Ziel ist es, Perspektiven zu schaffen für die jungen Menschen in ländlichen Regionen. Eine flächendeckende Versorgung mit Breitband-Internet ist eine wichtige Voraussetzung, um in ländlichen Räumen die Ansiedlung und Erhaltung von Arbeitsplätzen zu sichern. Deshalb investiert die Bundesregierung 2,7 Mrd. Euro in flächendeckendes Breitband. Und über die Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Kü-

stenschutz stellen wir Fördermittel für den Internetausbau im ländlichen Raum zur Verfügung. Damit verbessern wir die Lebensqualität und bringen die ländlichen Räume weiter voran“, betonte der Minister.

Arbeitsmarkt-Integration

Kernpunkt des ersten Veranstaltungstages war eine Podiumsdiskussion, an der neben BGL-Vizepräsident Carsten Hensele die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Maria Flachsbarth sowie Wilfried Eichhorn, stellvertretender Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, und Dr. Ulrich Breilmann, teilnahmen. Im Anschluss an die Debatte widmete sich der Kongress der Thematik, wie z. B. Flüchtlinge in den GaLaBau-Arbeitsmarkt integriert werden können und wie man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Garten- und Landschaftsbau ausgestalten kann.

Im Mittelpunkt des zweiten Veranstaltungstages standen in verschiedenen Impulsvorträgen die Themen Nachwuchs und Ausbildung bzw. Digitalisierung der Arbeitswelt. In einer Podiumsdiskussion mit BGL-Vizepräsident Erich Hiller, Stephanie Wendt von der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz und Detlef Haß, Berufsschullehrer an der Peter-Lenné-Schule in Potsdam, diskutieren die Teilnehmer

zusammen mit Auszubildenden und Unternehmern aus dem Garten und Landschaftsbau über die Ausbildungsqualität im GaLaBau. Die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt erörterten BGL-Vizepräsident Eiko Leitsch, Wilfried Eichhorn von der IG Bauen-Agrar-Umwelt und Alexander Kühl, Söstra Institut für sozialökonomische Strukturanalysen GmbH, in einer zweiten Gesprächsrunde. **DK**

Der Ladog T 1550 TransFlex:

Schmal und mit Übersicht

Der neue Ladog eignet sich besonders gut zum Auslegemähen an schmalen Wegen und in komplizierten, engen Bereichen innerorts.

Das Fahrzeug ist mit ca. 1.700 mm Fahrzeugbreite optimal schmal und passt deshalb sehr gut auf schmale Wiesenwege. Das Fahrzeug hat durch den kurzen Anbaugerätevorbau auch mit einem schweren Auslegemäher gute Fahreigenschaften – und

braucht nur wenig Gegengewicht. Die Sichtverhältnisse vom Fahrer auf den Mähkopf sind sehr gut, was in kritischen Bereichen eine wesentliche Erleichterung für den Fahrer ergibt.

Das Ladog-Fahrzeug verfügt über eine großdimensionierte Hy-



Der neue Ladog mit Auslegemähergerät im Einsatz auf einem schmalen Wiesenweg. **DK**

draulikanlage für den Antrieb des Mähkopfes. Die Auslegung erfolgt so, daß bei einer Motordrehzahl von ca. 1800 U/min die volle Leistung auf den Mähkopf gebracht wird. Dadurch ist ein ruhiges, aber leistungsstarkes Arbeiten möglich.

Einfache Bedienung

Die einfache Bedienung des hydrostatischen Fährantriebes „System Ladog“ kommt dem Fahrer gerade bei solchen Mäharbeiten sehr entgegen. Stufenloses Arbeiten zwischen 0 und 25 km/h ist möglich. Der Fahrer kann sich voll auf die ebenfalls einfache Steuerung des Auslegearmes und den Mähkopf konzentrieren.

Auslegemäher

Beim Ladog T 1550 kann ein Auslegemäher bis zu einer Auslage von 5,5 m ab Fahrzeugmitte angebaut werden. Gerade im Innerortsbereich (Böschungen in Wohnsiedlungen) kommt die Wendigkeit des Ladog-Fahrzeuges mit der wahlweise lieferbaren Allradlenkung voll zur Wirkung. Viele Bedienungs-/Steuerungsvorgänge kann der Fahrer durch die Allradlenkung einsparen und arbeitet somit viel einfacher in schwierigen Bereichen. **DK**

Countdown zur demopark 2017 hat begonnen

Der Countdown zur demopark 2017, die vom 11. bis 13. Juni im thüringischen Eisenach stattfinden wird, hat begonnen. Und das äußerst erfolgreich, wie der Veranstalter berichtet. „Die Nachfrage sprengt in diesem Jahr alle Rekorde. Schon jetzt sind wir nahezu ausgebucht“, sagt VDMA-Geschäftsführer und Messeinitiator Dr. Bernd Scherer. Die gut 25 Hektar große Innovationsmesse sei seit Jahren „ein Fixpunkt im Terminkalender der europäischen Garten- und Landschaftsbauer, Kommunen und Golfplatzprofis“, was die Resonanz der Industrie unweigerlich steigere.

Mit ihrem umfangreichen Produktangebot „zum Anfassen und Ausprobieren“ hebe sich die demopark von den begrenzten Möglichkeiten einer Hallenausstellung deutlich ab, so Scherer. „Was wir tun, ist nah am Puls der Praktiker. Wo Mähroboter Steilhänge bezwingen, Schlepper anspruchsvolle Geländeparcours meistern und die Kraft von Motorsägen hör- und sichtbar wird, ist die demopark.“

Weitere Informationen unter: www.demopark.de **DK**

Mercedes-Benz Special Trucks:

Hochgeländegängiger Unimog für die Bergwacht Schwarzwald

Mit dem Allrad-Lkw für alle Notfälle gewappnet – von Bergrettung bis zum Hochwasser

Stuttgart / Feldberg. Zum Start der Wintersportsaison übergab der Bereich Special Trucks von Mercedes-Benz einen Unimog U 4000 mit siebensitziger Doppelkabine als langfristige Leihgabe an die Bergwacht Baden-Württemberg. Damit hat die Bergwacht die Gelegenheit, das hochgeländegängige Unimog-Konzept auf dem Feldberg im Hochschwarzwald für ihre Belange auf Herz und Nieren zu testen.

Karsten Fuchs, Leiter Vertrieb Deutschland bei Mercedes-Benz Special Trucks, sagte bei der symbolischen Überreichung der Fahrzeugschlüssel: „Der Unimog war die ersten 50 Jahre seines Lebens ein Gaggenauer und somit nicht nur „qua Geburt“, sondern dann auch im täglichen harten Landwirtschafts- und Forstwirtschaftsinsatz ein Kind des Schwarzwaldes. Insofern freuen wir von Mercedes-Benz Special Trucks uns ganz besonders, die Bergwacht Schwarzwald bei ihrem ehrenamtlichen Einsatz mit diesem im weltweiten, anspruchs-

vollen Geländeeinsatz bewährten Spezialfahrzeug unterstützen zu dürfen.“

Besondere Anforderungen

Der Geschäftsführer der Bergwacht Baden-Württemberg, Lutz Scherer, bemerkte beim Empfang des Unimog U 4000: „Retzungseinsätze im unwegsamem Gelände sind immer eine besondere Herausforderung für Rettungskräfte und Material. Wir sind daher sehr dankbar, dass Mercedes-Benz Special Trucks uns diesen Unimog zur Verfü-

gung stellt. Dieses Fahrzeug wird unseren besonderen Anforderungen absolut gerecht, und wir können damit Verletzten noch besser helfen.“

Das Feldberg-Gebiet eignet sich durch seine Höhenlage von 1493 m, anspruchsvollen Klimaregionen mit Sturm und Schneefall sowie steiler und felsiger Topografie bestens, um die Einsatzmöglichkeiten des Unimog für Einsätze in der Bergrettung auszuloten. Durch den Unimog wird die Geländekompetenz der Bergwacht auch gegenüber anderen Organisationen gestärkt. Außerdem steigert der Unimog die Fähigkeiten der Bergwacht im Bereich Bevölkerungsschutz, beispielsweise bei Hochwasserkatastrophen, und schafft im Falle eines großen Bergrettungseinsatzes auch zusätzliche Trans-



Der Unimog U 4000 mit siebensitziger Doppelkabine und modularem Beladungssystem.

portkapazität durch seine Mannschaftskabine. Mit einem geländetauglichen Anhänger können zusätzlich Boote, Generatoren, Schneemobile und anderes schweres Gerät an unwegsame Einsatzstellen gebracht werden.

Der an die Bergwacht übergebene Unimog U 4000 verfügt über eine Mannschaftskabine mit insgesamt sieben Sitzplätzen. Auf dem Radstand von 3850 mm baut eine Stahlpritsche mit Plane, auf denen die Bergwacht ihr benötigtes Rettungsmaterial in Modulen transportiert. Der Vierzylinder-Dieselmotor OM 924 LA Euro V bietet eine Leistung von 160 kW/ 218 PS, die über den Allradantrieb an alle Räder verteilt werden.

Das große Plus des hochgeländegängigen Unimog sind seine optimalen Fahreigenschaften in schwerem Gelände und die extrem gute Robustheit und Verwindung des Rahmens von bis zu 600 mm bei der Fahrt im

Gelände. Portalachsen, der niedrige Fahrzeugschwerpunkt und extrem günstige Werte bei Böschungswinkel (vorn 44 Grad, hinten 51 Grad), Rampenwinkel (34 Grad) und der Steigfähigkeit (45 Grad) – das alles macht den hochgeländegängigen Unimog einmalig. Dazu kommen die Wafffähigkeit von maximal 1,20 m und ein seitlicher Neigungswinkel von 38 Grad.

Rettungsmodule auf Rollwagen

Sogenannte Rettungsmodule werden auf Rollwagen verladen, um den Unimog bei Einsätzen schnellstmöglich für zusätzliche logistische Leistungen umzurüsten. Als Gerätschaften für die Nothilfe gibt es das Modul Seilbahn und das Modul Beleuchtung mit Notstromerzeugern und Flutlichtstrahlern. Das Modul Betreuung umfasst Zelte mit Einrichtung für die Erstversorgung von Verletzten.

Das Modul Lawine umfasst Material zur organisierten Sondierung und Rettung von Patienten in Lawinen. Durch die Verlastung des Moduls Lawine erspart sich die Bergwacht Schwarzwald zusätzliches Material für die verschiedenen Bergwachtstationen am Belchen, Feldberg und Schauinsland.

Im Auftrag des Landes Baden-Württemberg übernimmt die Bergwacht Schwarzwald e.V. den Rettungsdienst abseits der Straßen und Siedlungen im unwegsamem Gelände des Schwarzwaldes und betreut zahlreiche Skipisten, Loipen, Sessel- und Seilbahnen in der Region. Zudem ist die Feldberg-Region ein überragender Touristenmagnet mit jährlich über neun Millionen Gästen, aber als Schattenseite auch bis zu 600 Not- und Rettungsfällen, bei der die Bergwacht eingreifen muss.

Das Verantwortungsgebiet der Bergwacht Hochschwarzwald gliedert sich in drei kreisförmige Einsatzregionen um den Feldberg. Dadurch werden sie auch zu Großlagen herangezogen, die bis an die Schweizer oder französische Grenze reichen. Die Fähigkeiten müssen vom Hochwassereinsatz bis zu Rettungsfahrten im alpinen Gebirge genügen. So rettet die Bergwacht in den Frühjahrs- und Sommermonaten überwiegend Wanderer, Bergsteiger und Gleitschirmflieger; es gibt aber auch Höhlenrettungen. In den Wintermonaten konzentrieren sich die Einsätze stark auf Wintersportler und die Lawinenrettung. Ganzjährig führt die Bergwacht Luftrettung und auch Seilbahn-Evakuierung durch.

25. Deutsche Baumpflegetage

Jubiläumsveranstaltung mit mehr als 40 internationalen Fachvorträgen, Praxisvorführungen und 8 Themenausstellungen

Passender könnte das Datum nicht sein: Die Eröffnung der 25. Deutschen Baumpflegetage 2017 fällt auf den 25. April und damit auf den internationalen Tag des Baumes. Weltweit würdigen Menschen an diesem Tag die Bedeutung der Bäume und des Waldes. Und genau dies tun auch die Deutschen Baumpflegetage, wenn sie jedes Jahr Fachleute aus vielen Ländern nach Augsburg locken, die in der Fuggerstadt drei Tage lang neueste Erkenntnisse aus der Baumpflegetage diskutieren.

Auch bei der Jubiläumsveranstaltung vom 25. bis zum 27. April 2017 wird es international zugehen: Die Organisatoren erwarten Referenten aus sieben Nationen, die mehr als 40 Vorträge halten. „Für den Eröffnungsvortrag konnten wir den französischen Botaniker Francis Hallé gewinnen, was uns ganz besonders freut. Vielen wird er unter anderem aus dem Film 'Das Geheimnis der Bäume' des Oskarpreisträgers Luc Jacquet bekannt sein“, sagt Professor Dr. Dirk Dujesiefken, Veranstalter der Deutschen Baumpflegetage.

Bäume im Einfluss des Klima-

wandels, das Zukunftsprojekt „Stadtgrün 2021“ und die Neuerungen der überarbeiteten ZTV-Baumpflegetage stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Fachtagung. „Zusätzlich werden acht Themenausstellungen – so viele wie noch nie zuvor – über aktuelle Baumkrankheiten und baumbiologische Entwicklungen informieren“, berichtet Dirk Dujesiefken. In den Themenausstellungen geht es zum Beispiel um Baumschädlinge, Pilze und den Baum des Jahres 2017. Im Außengelände werden ausgebildete Käferspürhunde ihr Können zeigen. Ein weiterer Höhepunkt ist laut

der Veranstalter der „Zukunftswald“ der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG). Der Fachpartner der Deutschen Baumpflegetage 2017 führt das Klimawandel-Projekt „Stadtgrün 2021“ durch, das verschiedene Baumarten auf ihre künftige Eignung als deutsche Stadtbäume testet. Im „Zukunftswald“ werden die LWG und ihre Baumschulpartner rund 70 Bäume aus dem Projekt vorstellen. Der LWG-Experte Klaus Körber betreut die Themenausstellung an allen drei Veranstaltungstagen und steht für Fragen und Fachgespräche zur Verfügung.

Parallel zur ReTEC

Erstmals findet in diesem Jahr parallel zu den Deutschen Baumpflegetagen die ReTEC in der Messe Augsburg statt. Die ReTEC ist eine internationale Fachmesse für Gebrauchsmaschinen aus diversen Branchen. Wer Maschinen und Anlagen nicht neu kaufen möchte, kann hier unter anderem gebrauchte Baumaschinen, Nutzfahrzeuge und Werkzeugmaschinen erstehen. „Wir haben mit den Veranstaltern vereinbart, dass alle unsere Tagungsteilnehmer und Messebesucher mit ihrem Ticket kostenlos die ReTEC besuchen dürfen“, teilt Dirk Dujesiefken mit. Er ist sich sicher: Zwischen den Vorträgen auch noch Maschinen testen und bestellen – dieses Angebot dürfte für einige Teilnehmer der Deutschen Baumpflegetage sehr reizvoll sein.

Pünktlich zum Start des Jubiläumsjahres präsentieren sich die Deutschen Baumpflegetage online in frischem Gewand. Der neue Internetauftritt www.deutsche-baumpflegetage.de enthält das aktuelle Programm 2017 mit Informationen zur Fachtagung, zum Kletterforum und zur Baumpflegetage-Messe. Besucher und auch Aussteller können sich auf der Seite anmelden. Ganz neu auf der Homepage ist ein digitales Gesamtregister aller bisher erschienenen Jahrbücher der Baumpflegetage. Das Register gibt einen lückenlosen Überblick über alle Themen und Autoren und ermöglicht eine schnelle Stichwortsuche im gesamten Nachschlagewerk. Die bis dato 20 Ausgaben des Jahrbuchs vereinen seit dem Jahr 1997 mehr als 600 Fachbeiträge aus allen Bereichen der Baumpflegetage.



Der Unimog ist ein Kraftpaket. Rund 400 Bäume pro Fahrt wurden nach Barbing, Pentling und Lappersdorf geliefert.

Kein Weihnachten ohne Unimog

Ohne Alois Endl und seinen Unimog hätten zahlreiche Familien in Bayern ihr Weihnachtsfest ohne Christbaum feiern müssen. Täglich zog der rüstige Forstarbeiter in der Vorweihnachtszeit frühmorgens mit seinem Unimog los. Mit dem 300 PS starken U 430 fuhr er frisch geschlagene Nordmannentannen zu den verschiedenen Verkaufsstützpunkten für Weihnachtsbäume.

Diese hatte die Martin Riedel KG mit Stammsitz in Türkenfeld in ganz Südbayern eingerichtet. Der grüne Unimog U 430 von Alois Endl ist der jüngste im Fuhrpark mit insgesamt neun Unimog.

Bereits abends, wenn die Verkaufszahlen der Weihnachtsbäume an den einzelnen Stationen bekannt waren, startete um 19 Uhr die Beladung von Unimog

und Anhänger am Standort Windorf bei Passau. Mit dem Nachschub von 400 Bäumen wurden die Verkaufsplätze in Barbing, Pentling und Lappersdorf rund um Regensburg beliefert.

Für die über 100 km entfernten Standorte packte Hendel insgesamt vier Paletten mit je 100 Christbäumen zwischen 1,50 m und 2,60 m Länge auf die Ladepritsche seines Unimog.



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrtrieb EasyDrive, der während der Fahrt den Wechsel zwischen

mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienungskonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS). Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Rückdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

NürnbergMesse startet Rekord-Investitions-offensive:

Eine halbe Milliarde Euro als „Wachstums-Turbo“

Nürnberg (obx) – Die NürnbergMesse geht in die Offensive: Mit dem ehrgeizigsten Zukunftsprogramm in der Unternehmensgeschichte will das Unternehmen den Grundstein legen, um sich seinen Platz in der „Champions League“ der führenden Messegesellschaften weltweit auch künftig zu sichern. Mehr als eine halbe Milliarde Euro soll in den kommenden zehn Jahren in Infrastruktur, Immobilien und Innovationen fließen, kündigten jetzt die beiden CEOs der NürnbergMesse, Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann an.

Möglich wird das ehrgeizigste Investitionsprogramm in der Geschichte des Unternehmens auch durch eine Kapitalerhöhung der Gesellschafter: Der Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg würden den Eigenkapitalstock der Messe um jeweils 100 Millionen Euro stärken, sagten Bayerns Finanzminister Markus Söder und Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly bei einem Pressegespräch.

Derzeit bereits sichtbarstes äußeres Zeichen der geplanten et-

wa 600 bis 700 Millionen Euro umfassenden Innovations- und Investitions-offensive ist die neue Messehalle 3C, die im nächsten Jahr eröffnet werden soll. Mit einem Kostenvolumen von rund 70 Millionen Euro ist sie nach Messeangabe die größte Einzelinvestition in der Geschichte der Nürnberger Messe. Nutzen wird die Messe das zusätzliche Kapital außerdem, um in die vorhandene Halleninfrastruktur zu investieren, wie Messe-CEO Peter Ottmann ankündigte. „Messeveranst-

stalter, Aussteller und Besucher erwarten höchste Qualität. Dazu gehört auch der Aufbau einer digitalen NürnbergMesse-DNA“, sagte der Geschäftsführer.

Dynamischer Wirtschaftsmotor

2016 verzeichnete die Nürnberger Messe mit einem Umsatz von mehr als 275 Millionen Euro das bis dato beste Geschäftsergebnis in ihrer Unternehmensgeschichte. Für die Metropolregion Nürnberg, Nord-Ostbayern und damit letztendlich für den gesamten Freistaat ist die NürnbergMesse heute dynamischer Wirtschaftsmotor geworden: Sie ist allein in Bayern Garant für jährlich 1,2 Milliarden Euro Kaufkraft, mehr als 11.000 Arbeitsplätze sowie mehr als 100 Millionen Euro Steuern, die jedes Jahr in die Kassen des Freistaats gespült werden. Zu diesem Ergebnis kam eine Untersuchung des Münchner ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Mit zehn neuen Veranstaltungen und Kongressen im In- und Ausland will die Messe in diesem Jahr ihren Wachstumskurs fortsetzen, kündigten die beiden Manager an. Bayerns Finanzminister Markus Söder würdigte bei der Ankündigung der Kapitalerhöhung: „Die Entwicklung der NürnbergMesse zu einer bedeutenden internationalen Messege-

sellschaft ist beeindruckend. Sie ist ein Aushängeschild für den Freistaat“, sagte der Minister.

Bei 15 internationalen Fachmessen ist Nürnberg heute Weltleitmesse Nummer 1 oder zweitgrößter Treffpunkt der jeweiligen Branche auf dem Globus. Daneben beflügelte besonders der erfolgreiche Expansionskurs im Ausland in den vergangenen Jahren die Entwicklung der Nürnberger Messe zu einer der 15 größten Messegesellschaften weltweit. Das Unternehmen hat eigene Töchter in China, Nordamerika, Brasilien, Italien sowie Indien und unterhält ein Netzwerk von 50 Vertretungen, die in mehr als einhundert Ländern aktiv sind. Marktführer ist Nürnberg hier insbesondere mit zwei Produktfamilien: Die Weltleitmesse „Biofach“ exportieren die Franken heute nach Nord- und Südamerika, Indien, China und Japan. Die weltweit bedeutendste Messe für Getränke- und Getränketechnologien „Beviale“ hat Ableger in Russland, China und künftig auch in Italien.

Neue Formate

In Nürnberg selbst plant die Gesellschaft 2017 drei neue große Veranstaltungen zu wichtigen Zukunftsthemen: eine Konferenz für Recht, Gesellschaft und Industrie in der digitalen Welt („Net.Laws“, 21. und 22.2.), eine Messe für Sicherheit sowie unbemannte Technologien wie Drohnen („U.T. Sec“, 2. und 3.3.) sowie eine neue Plattform für Medizintechnik („MT Connect“, 21. und 22.6.). Sieben neue Formate will die NürnbergMesse in diesem Jahr im Ausland etablieren, unter anderem in Brasilien, Indien und Italien. □



V. l.: Peter Ottmann, CEO NürnbergMesse, Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Ulrich Maly (Oberbürgermeister Nürnberg), Finanzminister Dr. Markus Söder und Dr. Roland Fleck, CEO NürnbergMesse. Bild: NürnbergMesse/Bischof&Broel

Landrat Franz Meyer will Kreisumlage senken

Die Kreisumlage des Landkreises Passau soll für das Haushaltsjahr 2017 um einen Prozentpunkt sinken. Mit diesem Vorschlag geht Landrat Franz Meyer in die anstehenden Haushaltsberatungen.

Die finanzielle Gesamtsituation erlaubt es nach Einschätzung des Landrats, sowohl wieder einen soliden Haushalt mit wichtigen Investitionsimpulsen aufzustellen als auch Spielräume für die Entlastung der Gemeinden und für den Abbau von Schulden zu nutzen. Der Landrat wird daher mit dem Vorschlag in die Haushaltsberatungen gehen, die Kreisumlage um einen Prozentpunkt auf dann 43,5 Prozent zu senken. Diesen Vorschlag hat der Landrat mit Kreiskämmerer Heinz Dorschner abgestimmt.

Bis Anfang Februar werden sich die Fraktionen mit dem Haushalt beschäftigen und sich dabei auf direkte Informationen der Kämmerer stützen können. Dieser Dialog mit der Verwaltung hat sich in den letzten Jahren bei allen Haushaltsberatungen bewährt. Der Kreisausschuss wird am 8. Februar einen Empfehlungsbeschluss fassen, endgültig entscheiden über den Kreishaushalt 2017 werden die Kreisräte im Plenum am 20. Februar.

Gute Finanzausstattung

Hintergrund für den Vorschlag Meyers ist unter anderem die gute finanzielle Ausstattung, die der Freistaat Bayern im laufenden Jahr der kommunalen Familie gewährt. So steigen wie bereits berichtet für den Landkreis Passau die Schlüsselzuweisungen um rund 1,5 Millionen Euro auf 31,7 Millionen Euro.

Der Hebesatz für die Bezirksumlage sinkt um einen Prozentpunkt, was für den Kreishaushalt im Ergebnis eine in etwa gleich bleibende Belastung durch die Bezirksumlage wie im Vorjahr bedeutet.

Aber der Etat des Landkreises muss auch Mehrbelastungen verkraften. So wird 2017 der Einstieg in die Generalsanierung des Gymnasiums Untergriesbach erfolgen, für die in den nächsten Jahren insgesamt 22 Millionen Euro vorgesehen sind. Die Personalkosten des Landkreises steigen tarifbedingt um 1,3 Millionen Euro, der Grundstückskauf für das Berufsschulzentrum Vilshofen schlägt mit 1,67 Millionen Euro zu Buche und die Einführung der RUF-Busse mit etwa 560.000 Euro. In der Summe werden die Investitionen mit 17,6 Millionen Euro den Ansatz des Vorjahres (16,4 Millionen Euro) deutlich übertreffen.

„Investieren und gleichzeitig konsolidieren – diese anspruchsvolle Herausforderung werden wir auch 2017 wieder meistern“, so die Erwartung des Landrats. Die Rahmenbedingungen für 2017 lassen das zu. Trotz der gestiegenen Investitionen, die der Landrat bewusst als Konjunkturprogramm für die Region bezeichnet, wird es daher nach den

Vorstellungen Meyers zu keiner Netto-Neuerschuldung und zum weiteren Schuldenabbau kommen. Derzeit liegt der Schuldenstand des Landkreises bei 38,6 Millionen Euro. Beim Amtsantritt von Landrat Franz Meyer im Jahre 2008 betragen die Verbindlichkeiten 50 Millionen Euro. □

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen

Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtpostkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Ebersberg ist „Klimaaktive Kommune 2016“

Wettbewerb von Bundesumweltministerium und Difu in Kooperation mit kommunalen Spitzenverbänden

Städte, Gemeinden und Landkreise spielen eine entscheidende Rolle beim Schutz des Klimas und bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels vor Ort. Das zeigen auch die neun Projekte, die in Berlin im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2016“ ausgezeichnet wurden. Einziger Gewinner aus Bayern ist der Landkreis Ebersberg für sein initiiertes virtuelles Kraftwerk, über das er gemeinsam mit 19 kreisangehörigen Kommunen eine klimafreundliche Energieversorgung vor Ort organisiert.

Der Aufbau eines Virtuelles Kraftwerks ermöglicht es, noch erfolgreicher und kostengünstiger Energie aus der Region für die Region zu produzieren und damit die Energieziele des Landkreises Ebersberg voranzubringen, nämlich bis zum Jahr 2030 frei von fossilen Energieträgern zu sein und mit dieser „lokalen Energie-wende“ die lokale Wertschöpfung zu fördern. Im Landkreis Ebersberg liefern derzeit sechs Biogasanlagenbetreiber die notwendige Energie, mittelfristig werden verschiedene weitere Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien aus dem gesamten Landkreis hinzukommen.

Seit Januar 2016 ist das virtuelle Kraftwerk in Betrieb; dazu gründeten die Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften des Landkreises die kommunal-bürgerlich getragene Regenerative Energie Ebersberg eG (REGE). Generalversammlung und Aufsichtsrat der REGE sind mehrheitlich von den Bürgermeistern des Landkreises besetzt. Durch die Beteiligung der Bürgerenergiegenossenschaften ist auch die Akzeptanz und Unterstützung der Projekte seitens der Bevölkerung gewährleistet. Die Konzeption und Umsetzung des Projektes wurde ehrenamtlich geleistet.

Auch das operative Geschäft übernimmt ein ehrenamtlicher Vorstand, bestehend aus dem Klimaschutzmanager des Landkreises und einem Vorstand der Energiegenossenschaft. Bei Bedarf erhält er Unterstützung durch die landkreiseigene Energieagentur. Zusätzlich ist ein Energiedienstleister aus München eingebunden, der weiteres energiewirtschaftliches Know-how einbringt und den Zugang zur Strombörse ermöglicht.

Durch die Kooperation der Kommunen können im gesamten Landkreis Erzeugungsanlagen an das virtuelle Kraftwerk angeschlossen und so das gesamte Netzgebiet stabilisiert und kostengünstig Strom erzeugt werden. Zum Anschluss zugelassen sind bereits relativ kleine Erzeugungsanlagen ab

100 Kilowatt installierter Leistung, auch wenn es grundsätzlich wirtschaftlicher ist, nur sehr große Anlagen zusammenzuführen. Damit hebt sich das kommunale virtuelle Kraftwerk von vielen privat betriebenen Anlagen ab, ebenso mit dem in der Satzung der Genossenschaft festgeschriebenen Ziel, durch seine Funktion und seine Erlöse die Energiewende vor Ort zu unterstützen.

Kommunen sind Schlüsselakteure

Im Rahmen der 9. Kommunalen Klimakonferenz „Schnittstellen erkennen - Synergien nutzen“ in Berlin übergab Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks die Preise gemeinsam mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände. Hendricks gratulierte den Gewinnern, die sich unter 99 Bewerbungen durchsetzen konnten: „Die Kommunen zeigen, wie Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort erfolgreich umgesetzt werden können. Kommunen sind Schlüsselakteure bei der Gestaltung eines klimaneutralen Deutschlands. Dieser Wettbewerb bringt wahre Klimaschutz-Erfolgsgeschichten auf die Bühne, die viele weitere Kommunen zum Engagement im Klimaschutz motivieren werden. Die Preisträger-Kommunen, aber auch alle anderen Bewerbungen zeigen: Klimaschutz ist ein wichtiger Impulsgeber für die Entwicklung wirtschaftlich erfolgreicher und zukunftsfähiger Regionen. Denn Klimaschutz steht für Innovation, Lebensqualität und regionale Wertschöpfung.“

Wie der Ebersberger Landrat Robert Niedergesäß bei der Entgegennahme des Preisgeldes in Höhe von 25.000 Euro betonte, werde dieses für die Umsetzung von Nahwärmeprojekten in den Gemeinden des Landkreises Ebersberg sowie für den weiteren Ausbau des virtuellen Kraftwerks, insbesondere für den Anschluss kleinerer regenerativer Stromerzeuger, verwendet. **DK**

Memmingen:

Trauer um OB Kennerknecht

Große Bestürzung und Fassungslosigkeit herrscht in Memmingen ob des plötzlichen Todes ihres Oberbürgermeisters Markus Kennerknecht (SPD). Der 46-jährige zweifache Familienvater war am 28. Dezember völlig unerwartet beim Joggen in seiner Heimatgemeinde Durach zusammengebrochen und verstorben. Kennerknecht bekleidete das Amt des Rathauschefs nur 38 Tage.

„Die Stadt Memmingen trauert um ihren verstorbenen Oberbürgermeister Markus Kennerknecht. Er war ein offener, sehr freundlicher und tatkräftiger Oberbürgermeister“, würdigte Bürgermeisterin Margareta Böckh den Verstorbenen. „Ich habe seine ruhige und überlegte Persönlichkeit geschätzt. Wir hatten in den wenigen Wochen seit seinem Amtsantritt eine sehr gute Zusammenarbeit. Es war ein sehr guter Anfang“, betonte Böckh, die die Amtsgeschäfte bis zur Neuwahl am 19. März übernommen hat.

Die CSU in Memmingen wird mit Stadtrat Manfred Schilder als Oberbürgermeister-Kandidat in den Wahlkampf gehen. Zuvor bereits hatte die SPD mitgeteilt, den früheren Landrat von Weilheim-Schongau, Friedrich Zeller, nominieren zu wollen. **DK**

Landratsamt Günzburg:

Flüchtlinge beruflich integrieren

Das Jobcenter und die Koordinierungsstellen für Ehrenamtliche im Asylbereich sowie für Bildung für Neuzugewanderte im Landratsamt und das KJF Berufsbildungs- und Jugendhilfezentrum Sankt Nikolaus arbeiten nun noch enger bei der beruflichen Integration von erwachsenen Flüchtlingen zusammen. Die entsprechenden Kooperationsverträge wurden jetzt unterzeichnet.

Das Projekt „Jobbegleiter“ wird durch den bayerischen Arbeitsmarktfonds gefördert. Es hat zum Ziel, die Zusammenarbeit zu fördern und die Integration zu stärken.

Der Auftrag der beiden Jobbegleiterinnen besteht darin, die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen durch eine ganzheitliche Herangehensweise zu schaffen. Dazu gehören Beschäftigungsverhältnisse anzubahnen und zu stabilisieren. Damit soll die berufliche Integration und damit die Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und die Integration in die Gesellschaft erreicht werden.

Hier arbeiten zwei Jobbegleiterinnen eng mit den Mitarbeitern des Jobcenters, der Ehrenamtskoordinatorin und der Bil-

dungs-koordinatorin für Neuzugewanderte im Landratsamt zusammen. Beide Jobbegleiterinnen verfügen seit Jahren über fundierte Erfahrungen sowohl mit Menschen mit Fluchthintergrund als auch in der Zusammenarbeit mit Betrieben der Region.

So haben sie in den vom KJF Berufsbildungs- und Jugendhilfezentrum Sankt Nikolaus Dürre-lauingen organisier-ten Maßnahmen zur beruflichen Ausbildung und Qualifizierung bereits wertvolle Kontakte zu den am Projekt beteiligten Institutionen im Landkreis Günzburg aufbauen können.

Mit dem Jobbegleiter wird die bisherige gute und bewährte Zusammenarbeit ausgebaut und durch die Unterzeichnung der entsprechenden Kooperationsverträge festgeschrieben. **haj**

Bilanz Messe München 2016:

Glänzendes Rekordjahr

Mit mehr als 400 Millionen Euro hat die Messe München im vergangenen Jahr einen Rekordumsatz erwirtschaftet. Freistaat und Stadt erzielten als Gesellschafter einen Betriebsgewinn von rund 100 Mio. Euro. Damit ist das Jahr 2016 das wirtschaftlich erfolgreichste Jahr seit Bestehen der Messe, wie Messechef Klaus Dittrich bei der Bilanzpressekonferenz darlegte.

Laut Dittrich ist die Messe München „ein kerngesundes und wirtschaftlich starkes Unternehmen. Damit gehören wir zu den ganz wenigen deutschen Messengesellschaften mit eigenem Gelände, die ganz ohne Zuschüsse auskommen“, so der Vorsitzende der Geschäftsführung. Und dies bereits seit vielen Jahren.

Als Gründe für diese positive Entwicklung nannte Dittrich das weltweite Zusammenfallen der größten Weltleitmesse. In München waren es die alle drei Jahre stattfindende bauma, die ISPO, Expo Real und die beiden jeweils alle zwei Jahre stattfindenden Messen IFAT und electronica. Zu den Eigenveranstaltungen der Messe München kamen vier Prozent mehr Besucher und ein Prozent mehr Aussteller als bei den jeweiligen Vorveranstaltungen.

Seit Jahren ist die Messe München finanziell so gut aufgestellt, dass sie Investitionen komplett aus eigenen Mitteln finanzieren kann. Dazu gehörten innerhalb von nur einem Jahr die beiden bislang größten Investitionen in neue Veranstaltungen: Ende 2015 die Akquisition der Baumaschinenmesse CTT in Moskau – die größte Messe Russlands. Im Dezember 2016 wurde das Rekordjahr durch den Zukauf der „Fenestration China“ perfekt gemacht, der führenden Fachmesse für Fassadenelemente, Fenster und Türen in China. „Sie ist die ideale Ergänzung zu unserer Weltleitmesse BAU“, erläuterte

Dr. Reinhard Pfeiffer, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung. Finanziert wurden beide Zukaufe aus den Gewinnen des Auslandsgeschäfts.

Außerdem finanziert das Unternehmen den Neubau von zwei Hallen mit dem künftigen Conference Center Nord für über 105 Millionen Euro komplett aus eigener Kraft. Nach dem ersten Spatenstich Ende Juni wurde am 1. Dezember der Grundstein gelegt. Es ist der letzte Bauabschnitt des 1998 eröffneten Messegeländes. Dann verfügt die Messe München ab 2018 über 18 Hallen mit zusammen 200.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche. Die neuen Gebäude werden auch dringend benötigt, denn einige der großen Messen – bauma, BAU, IFAT und ISPO MUNICH – sind seit Jahren restlos ausgebucht und es bestehen dafür Wartelisten.

Erdwärmeversorgung

Die neuen Hallen und der Konferenzbereich werden ausschließlich aus Erdwärme gespeist. Für die Beleuchtung werden nur LED-Lampen verwendet. Durch ihre hohen Umweltstandards spart die Messe München jährlich über 8.000 Tonnen CO₂ ein. Ohnehin spielt das Unternehmen eine Vorreiterrolle beim Klima- und Umweltschutz: Als erstes Messegelände der Welt wurde die Messe München 2008 vom TÜV-

Süd als „Energieeffizientes Unternehmen“ ausgezeichnet. Nach zwei Jahren Bauzeit soll das Projekt fertig werden. Damit bietet die Messe München mehr Service für die Aussteller und stärkt ihre Position im internationalen Wettbewerb.

Weltweit fanden 2016 insgesamt 213 Veranstaltungen unter dem Dach der Messe München statt. Davon waren 16 Eigenveranstaltungen in München und 28 im Ausland. Hinzu kommen 169 Kongresse und Gastveranstaltungen. „2016 war auch ein exzellentes Kongressjahr“, unterstrich Reinhard Pfeiffer: „Mit dem Kongress der European Association of Urology (EAS) und dem Jahreskongress der European Association for Study of Diabetes (EASD) waren erneut zwei große europäische Medizinkongresse bei uns zu Gast.“ München bleibt damit ein beliebter Hotspot für große Medizinkongresse.

Zu den Veranstaltungen in München kamen 2,4 Millionen Besucher – eine neue Höchstmarke – und rund 37.000 Aussteller. Dabei steigt der internationale Anteil kontinuierlich an: 50 Prozent der Aussteller kamen aus dem Ausland und 36 Prozent der Besucher. Zu den Veranstaltungen der Messe München konnten weltweit mehr als drei Millionen Besucher und 50.500 Aussteller begrüßt werden.

Das Auslandsgeschäft spielt für den Erfolg der Messe München eine sehr zentrale Rolle. „Wir sind mit 13 Auslandsgesellschaften in Europa, Asien und Afrika und rund 70 Vertretungen in mehr als 100 Ländern weltweit perfekt vernetzt“, erläuterte Auslandsgeschäftsführer Stefan Rummel. Aktuell ist die Messe München mit mehr als 20 Veranstaltungen in China, Indien, Afrika, Türkei und Russland aktiv. Das Auslandengagement nutzt auch dem Heimatstandort München. Klaus Dittrich: „Seit wir im Ausland aktiv sind, steigen die Aussteller- und Besucherzahlen aus diesen Ländern in München stetig an.“

Zum 1. Januar hat die Messe München einen eigenen Geschäftsbereich Digital gegründet: Ziel des Geschäftsbereichs Digital ist es, attraktive digitale Produkte und Services und neue Geschäftsmodelle mit zusätzlichen Umsätzen zu entwickeln. „Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen wir moderne digitale Prozesse und Produkte nachhaltig in der Messe München verankern“, unterstrich Messechef Dittrich.

Nach der Rekordserie erwartet die Messe München für 2017 ein durchschnittliches Ergebnis. Das Messejahr startete am 16. Januar mit der BAU, dieser folgen im Februar die ISPO und die Frei-

kreis Freising im April 2016 den Zuschlag für das Projekt Gesundheitsregion plus des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege erhielt. Somit ist er nun eine von mittlerweile 33 Gesundheitsregionen in Bayern.

Dank der bereitgestellten Fördergelder konnte im August eine Geschäftsstelle dafür eingerichtet werden. Hauptziel ist es, regionale Netzwerke zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung und der Optimierung der Gesundheitsversorgung zu schaffen.

Als erster Meilenstein der Gesundheitsregion plus in Freising wurde ein Gesundheitsforum gegründet. Das Forum bearbeitet die Themen Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung. Zum Projektstart im Oktober trafen sich erstmals rund 30 Verantwortliche aus dem Bereich Gesundheit, um gemeinsam die Schwerpunkte im Landkreis Freising festzulegen, mögliche Defizite festzustellen

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Eigentlich müsste man sie würdigen, diese Weihnachtsmänner und -frauen in gelb, blau, rot oder braun, diese fleißigen Wichtel, die bei jedem Wetter und fast rund um die Uhr dem unentrinnbaren Trend zum Kauf im Internet das logistische Fundament bereiten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, formulierte diese seltsame Elogie nach einem Treffen mit dem Ordnungsreferenten und der Verkehrspolizei zum Thema „Beschwerden über Logistikfahrzeuge“.

In der Tat hat man in den Wochen vor dem Fest die Lieferwagen der verschiedenen in unserer Stadt tätigen Logistikunternehmen überall gesehen – in zweiter Reihe, in Einfahrten, auf den Bürgersteigen. Viele Mitbürger sprangen erschreckt zur Seite, wenn sie eine Sackkarre – bis oben beladen mit Paketen – auf sich zurasen sahen und erst im letzten Moment bemerkten,

Lässt der Internetkaufrausch unsere Innenstädte kollabieren?

dass eine geschickte Person das Monstrum mit schlafwandlerischer Sicherheit zwischen den Passanten hindurch navigierte.

Allerdings denke ich mir immer, dass damit noch nicht die größte Herausforderung beschrieben wird, die mit dem zunehmenden E-commerce verbunden ist. Stichwort Zustellung. Alles ist gut, wenn man zuhause ist. Dann kann es bis acht oder halb neun Uhr abends sein, dass es heftig klingelt und jemand „Paket, unterschreiben“ in die Gegensprechanlage radebrecht. Denn auch das gehört zur Realität des schönen neuen Shoppings im Internet: Diejenigen, die die Konsum-Nabelschnur zwischen dem Versender und uns Kunden bilden, stehen oft noch ganz unten in der Verdienstkette. Nicht selten ein Einstiegsjob für Migranten.

Schwieriger ist es, wenn man meistens nicht in der Wohnung ist, wie dies bei Berufstätigen vorkommen soll. Bei uns im Haus ist es relativ angenehm, ein Nachbar ist Grafik-Designer, der Wohnung und Atelier kombiniert hat. Im Dezember konnte er über Nachbarkontakte nicht klagen, jeden Abend standen die Leute vor seiner Tür Schlange und begrüßten ihn mit „Entschuldigung, Sie waren so nett mein Paket anzunehmen. Ich wollte es holen“. Bereitwillig suchte er es unter den vielen Exemplaren in seinem Flur, der selbst wie ein Warenlager aussah.

Aber wie sehen die Alternativen aus? Ablegen vor der Tür? Bei einem Mehrfamilienhaus nicht praktisch. Ein Paketbriefkasten? Hat die Hausverwaltung noch nicht installiert, weil jede Firma ihren eigenen

bräuchte. In den Kofferraum des Autos legen lassen? Geht bei den meisten Typen noch nicht. Abholen in der Zustellbasis, in Packstationen oder in Filialen des Versenders in der Stadt? Dann kann man ja gleich normal im Geschäft einkaufen, wenn man doch rumkurven muss. Die freundlich angebotene Alternative der Zustellung an den Arbeitsplatz mag in vielen Fällen pfiffig sein, bei uns in der Stadtverwaltung mit dem zentralen Posteinlauf war die Idee binnen Minuten tot. Die Boten fragten etwas unverschämte, ob wir noch richtig tickten, wenn wir verlangten, dass sie den Leuten Dessous und Hygieneartikel in die Büros nachtragen sollen.

Ach gäbe es schon die Drohnen, die ja angeblich die ganze Lieferei bald revolutionieren und allen die Einkäufe hinterherfliegen werden. Dann werden wir endgültig dem stationären Einzelhandel den Todesstoß versetzen und uns von der Margarine bis zur Frischmilch, vom Apfel bis zum Karpfen alles nach Hause liefern lassen.

Mein Chef, der Bürgermeister, hält nicht viel von der dauernden Internetbestellerei. Statt einen anonymen amerikanischen Großversender noch reicher zu machen, sollten wir seiner Meinung nach unsere Stadt durch viele kleine Geschäfte bereichern, die uns das bieten, was wir brauchen und kostenlos noch menschliche Kontakte, Austausch und Beratung dazu. Altmodisch? Wer weiß, vielleicht die wirkliche neue Avantgarde, wenn wir nicht irgendwann Innenstädte haben wollen, die nur aus Fastfood-Buden und Parcel-points bestehen. Wie bemerkte doch einmal der amerikanische Starinvestor Warren Buffet: „Es scheint einen besonderen perversen menschlichen Charakterzug zu geben, einfache Dinge schwer zu machen“.

ihre
Sabrina

Jahresbericht Landkreis Freising:

Zahlreiche Investitionsmaßnahmen

Einen nach wie vor hohen Investitionsbedarf weist der Landkreis Freising auf. Wie der Jahresbericht für 2016 aufzeigt, verzeichnet der oberbayerische Landkreis einen starken Anstieg der Umlagekraft und ist in der Rangliste der 71 Landkreise Bayerns mit 217,19 Mio. Euro auf Position vier verblieben. Aufgrund des Zustroms an Flüchtlingen und deren Unterbringung im Jahr 2015 wurde ein Nachtragshaushalt notwendig. Stellenmehrungen und Investitionsmaßnahmen wurden erforderlich, die mit dem geltenden Haushaltsplan 2015 nicht zu bewältigen gewesen wären.

2016 wurden im Bereich Asyl sechs neue Stellen geschaffen, um die zugewiesenen Asylbewerber zu betreuen. Als sich die Situation 2016 entspannte, wurden aus dem bereitgestellten Personalpool keine weiteren Stellen besetzt. Der Landkreis Freising stellte im Haushalt 2016 als freiwillige Leistung Mittel zur Durchführung von Alphabetisierungskursen in Höhe von 40.000 Euro zur Verfügung. Die Unterkunft für Asylbewerber an der Wippenhauser Straße wurde auf Kosten des Landkreises errichtet und ist seit November 2015 in Betrieb. Der Staat zahlt für die Unterkunft eine monatliche Miete. Die Nutzungsdauer der Unterkunft beträgt drei Jahre, da auf dem Gelände das Berufliche Schulzentrum errichtet werden soll. Die Asylunterkunft an der Katharina-Mair-Straße ist in Bau und soll im März 2017 in Betrieb gehen. Die Unterkunft wird vom Landkreis Freising gebaut und ist mit 6,5 Mio. Euro veranschlagt.

Den im Haushalt 2016 des Landkreises Freising vorgesehenen Investitionen (überwiegend Schul- und Straßenbaumaßnahmen) in Höhe von rund 21,2 Mio. Euro stehen vorwiegend staatliche Zuweisungen für Baumaßnahmen in Höhe von 3,8 Mio. Euro gegenüber.

Im Bereich der Hochbaumaßnahmen wurde 2016 mit dem Bau

der Realschule Freising II begonnen. Das Richtfest wird Mitte Januar 2017 gefeiert. Die Maßnahme ist mit 42,5 Mio. Euro veranschlagt. Die Fertigstellung der Generalsanierung der Realschule Au (6,9 Mio. Euro) verschiebt sich ins Jahr 2017. Anschließend wird ein Neubau (7 Mio. Euro) zur Erweiterung des Raumangebotes an der Realschule Au erstellt.

Im Schulbereich bekommt der Landkreis staatliche Zuschüsse zwischen 25 und 30 % der Baukosten. Die Differenz zwischen den staatlichen Zuschüssen und den Gesamtkosten der Schulbaumaßnahmen muss der Landkreis als zuständiger Sachaufwandsträger für die weiterführenden Schulen nach dem Schulfinanzierungsgesetz selbst aufbringen. Weitere dringend notwendige Investitionen im Bereich Bildung und Verkehr werden in den nächsten Jahren hinzukommen.

„Um die bevorstehenden Investitionen realisieren zu können, wird der Landkreis sich auch künftig in einem sehr hohen Maße neu verschulden müssen“, heißt es in dem Jahresbericht. Zum 31.12.2015 hatte der Landkreis rund 36,09 Mio. Euro Schulden. Mit dem Baufortschritt der Maßnahme Realschule Freising II wird der Schuldenstand weiter wachsen. Zum 31.12.2016 liegt er bei rund 47 Mio. Euro.

Erfreulich ist, dass der Land-

und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Mit großem Engagement haben bereits drei Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit aufgenommen: Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsförderung und Prävention“ greift unter anderem Themen wie „Gesundheitsförderung in Kindergärten, Schulen, Betrieben und bei Migranten“ und „Bildung eines Netzwerks zur Betreuung von Angehörigen bei einem Krankenhausaufenthalt“ auf. Bei der Arbeitsgruppe zur „Gesundheitsversorgung geht es um Themen wie ambulante Pflege, Hospizversorgung, Sprachausbildung von Pflegekräften aus dem Migrantenkreis und die ärztliche Versorgung in den Randgebieten des Landkreises.“

Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich schließlich mit dem Thema „Demographischer Wandel“. Als erste Maßnahme dieser Projektgruppe ist eine öffentliche Informationsveranstaltung über gesetzliche Neuerungen im Pflegebereich geplant. In allen Arbeitsgruppen wird zunächst eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden, um dann im nächsten Schritt geeignete Projekte für den Landkreis zu initiieren.

In punkto Energiewende ist der Landkreis im Sektor Strom gut aufgestellt. Zwei Drittel werden bereits aus Erneuerbaren Energien gewonnen. Die Bereiche Wärme und Transport sollen in den nächsten Jahren angegangen werden.

Mit der Elektrotankstelle auf dem Parkplatz des Landratsamtes möchte der Landkreis einen Anteil an der Mobilitätswende leisten und die Elektromobilität unterstützen. Das Gemeinschaftsprojekt mit den Freisinger Stadtwerken hat knapp 20.000 Euro gekostet. 4.500 Euro haben die Stadtwerke übernommen, der Rest wurde vom Landkreis finanziert. **DK**

Kaufbeuren ist Gewinner der Behördenverlagerung

116 neue Arbeitsplätze und 70 Studienplätze

Die Bayerische Staatsregierung geht den Weg der aktiven Strukturpolitik in allen bayerischen Regionen weiter voran, wie jüngst mit einer Verlagerung nach Kaufbeuren.

Bei der offiziellen Eröffnung der neuen Räumlichkeiten zweier nach Kaufbeuren verlagerten Behörden erklärten die Staatsminister Dr. Marcel Huber und Dr. Markus Söder: „Kaufbeuren zählt eindeutig zu den Gewinnern der Behördenverlagerung. Insgesamt werden hier 116 neue Arbeitsplätze und 70 Studienplätze entstehen. Bayern steht zu seinem Wort, in allen Regionen für gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sorgen und setzt den Verfassungsauftrag hierzu konsequent um. Schwaben gehört zu Bayerns

starken Zukunftsregionen. Wir wissen unsere Behördenmitarbeiter hier in guten Händen.“

Die Alte Weberei in Kaufbeuren ist vorübergehend der neue Dienstsitz gleich zweier Behörden: der Gemeinsamen Servicestelle der Bayerischen Staatsregierung und der Bearbeitungsstelle Kaufbeuren des Landesamts für Finanzen. Derzeit werden Optionen für die langfristige Unterbringung durch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) im Rahmen des zentralen Flächenmanagements geprüft. **□**

Mehr Schlagkraft für Europaregion Niederbayern

Passau. Mehr Schlagkraft und Effizienz und dies mit einer eigenen Rechtskonstruktion, dafür hat sich Landrat Franz Meyer, Bezirksvorsitzender des Bayerischen Landkreistages in Niederbayern, ausgesprochen.

Er, Meyer, sei sich mit dem Vorsitzenden des Trägervereins der Europaregion Niederbayern, Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, einig, dass es Ziel sein müsse, eine eigene Rechtskonstruktion zu schaffen, die der Europaregion mehr Effizienz und Wirksamkeit als bisher ermöglicht. Diese Absichtserklärung, so Franz Meyer, hat der Trägerverein auch bei einer Tagung in Straubing gefasst. Niederbayern übernimmt im Jahre 2017 den Vorsitz der Europaregion Donau-Moldau. Die Europaregi-

on, die sich trinationally zusammensetzt, sei geschaffen worden, um auf gleicher Augenhöhe mit den Metropolregionen auf europäischer Ebene gesehen zu werden.

Effiziente Organisation

Die Drei-Länder-Region an Donau und Moldau soll nicht mehr nur ein Netzwerkinstrument sein, sondern auch eine effiziente Organisation, um gemeinsame Entwicklungen und Projekte wirksam umzusetzen. **□**

Schwäbischer Integrationspreis:

Projekte für gemeinsame Zukunft

Fünf Projekte, ausgewählt unter Beteiligung der kreisfreien Städte und der Landkreise, wurden vor kurzem in Augsburg mit dem schwäbischen Integrationspreis und damit je 1.000 Euro Preisgeld ausgezeichnet. Integrationsstaatssekretär Johannes Hintersberger und Regierungspräsident Karl Michael Scheufele würdigte die Preisträger „Interkulturelles Frauenfrühstück im Landkreis Günzburg“, „Ehrenamtliche Bildungs- und Integrationsmentoren im Landkreis Neu-Ulm“, „App Integreat“, „Sprachlabor im Landkreis Lindau“ sowie „Neue Nachbarschaften“ (ebenfalls Landkreis Lindau).

Durch das Projekt „Interkulturelles Frauenfrühstück im Landkreis Günzburg“ soll Migrantinnen mit vielen selbst gewählten thematischen Schwerpunkten Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht werden, z. B. bei den Themen Frauengesundheit, Ernährung, Wiedereinstieg in den Beruf, Kinder, Erziehung und Bildung, Leben und Alltag. Ziel ist der Aufbau einer stabilen Vernetzung der Teilnehmerinnen in andere Netzwerke.

Bei Bedarf werden Fachleute zu speziellen Themen eingeladen. Heraus kristallisiert hat sich eine Gruppe engagierter Frauen, die Verantwortung für die Vorbereitung übernehmen und Termine gestalten. Das Projekt besteht seit 2008 an den Standorten Günzburg, Thannhausen, Krumbach und wird auch vom Landratsamt unterstützt.

Der Volkshochschulkurs „Ehrenamtliche Bildungs- und Inte-

grationsmentoren“ wird im Landkreis Neu-Ulm seit 2008 – zwischenzeitlich kostenlos – angeboten. Für diese Schulung kommen Frauen und Männer aus verschiedenen Herkunftsländern, die sich in Deutschland gut integriert haben, in Frage. Integrationsmentoren können zwischen Mitarbeitern deutscher Organisationen und Behörden und ihren Landsleuten vermitteln und bei Verständnisproblemen helfen. Sie vermitteln in Gesprächen unparteiisch und versuchen, gegenseitiges Verständnis aufzubauen. Mit den Beteiligten sollen gemeinsam gute Lösungen gefunden werden.

Hilfe zur Selbsthilfe

Die Schulung erweitert die persönlichen Kompetenzen und bietet vielfältige Kontaktmöglichkeiten. Ziel ist es, Hilfe zur Selbsthilfe zu vermit-

eln. Aktuell existiert im Landkreis ein städtischer Pool von 60 Freiwilligen, die als Integrationsmentoren tätig sind.

Der mobile Alltagsguide für Flüchtlinge und Migranten – die Handy-App „Integreat“ – ist eine Applikation für das Smartphone, mit deren Hilfe Flüchtlingen bei der Orientierung im Alltagsleben geholfen wird. Die App wurde ehrenamtlich von Studierenden der Universität Augsburg und der TU München programmiert und hat einen hohen qualitativen Standard und einen enormen praktischen Nutzen als digitaler Alltagsshelfer. So soll das Programm Neuankommelingen alle Fragen beantworten, die sich ihnen in der fremden Umgebung stellen, z. B.: Wie lauten hier die Notfallnummern? Zu welchem Arzt kann ich gehen? Wo kann ich Deutsch lernen? Wie funktioniert das hier mit Straßenbahnen und Bussen?

Handy-App „Integreat“

Die Idee zur App basiert darauf, dass etwa 75 % aller Migranten zwar über ein Smartphone, kaum jedoch jemand über eine mobile Datenflatrate verfügt. So ist es den meisten Flüchtlingen nicht möglich, außerhalb von öffentlichen Hotspots auf Informationen von Websites zuzugreifen. Der große Vorteil der App liegt darin, dass sie überall offline genutzt werden kann und somit keinen Internetanschluss benötigt. Gerade innerhalb der ersten Tage unterstützt die App auch mit Adressen, Tipps und Hinweisen zu Abläufen und den nächsten Schritten. Doch auch während der Integration gibt es aktuelle Informationen. Beson-

ders die kommunalen Unterschiede sind im Fokus der App, die als offene Plattform angelegt ist, damit alle Hilfsorganisationen anhand einer gewöhnlichen Textverarbeitung am PC Informationen einstellen können. Die Texte werden anschließend vom Sozialreferat der Stadt Augsburg geprüft, von ehrenamtlichen Dolmetscherinnen und Dolmetschern übersetzt und von den Informatikerinnen und Informatikern auf die App gespielt.

„Freunde statt Fremde“

Der ausgezeichnete Verein „Freunde statt Fremde“, ein offener Kreis engagierter, ehrenamtlicher Mitbürgerinnen und Mitbürger, hat in Lindenberg ein Sprachlabor eingerichtet. Dort stehen acht Arbeitsplätze mit Laptop, Maus, Headset und Internetverbindung den Flüchtlingen zur Verfügung. Asylbewerber können hier ihre Deutschkenntnisse selbstständig verbessern. Das Sprachlabor ist als Ergänzung zu den Deutschkursen gedacht. Über 250 Flüchtlinge haben an den Arbeitsplätzen im Sprachlabor bereits gelernt, die meisten davon bislang Männer. Frauen soll deshalb künftig mehr Mut gemacht werden, das Angebot ebenfalls zu nutzen.

Beim Projekt „Neue Nachbarschaften im Landkreis Lindau – ein gegenseitiger Gewinn“ unter Trägerschaft des Landkreises Lindau handelt es sich um ein ganzheitliches Konzept für die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern, das sowohl die neuen Bürger als auch die Nachbarschaft frühzeitig einbindet. Asylsozialberatung und Helferkreise koordinieren in den Unterbringungen mit Hilfe von qualifizierten Kultur- und Sprachmittlern Begleitungen, Hilfen bei Anträgen, Anmeldung und Vermittlungen. Die Flüchtlinge werden schnellstmöglich in Quar-

tiersversammlungen und -treffen eingebunden, um das Miteinander und die Eigeninitiative zu stärken und um Konflikte und Probleme zu lösen.

Laut Integrationsstaatssekretär Johannes Hintersberger „gelingt Integration vor Ort am besten. Dort leben wir unsere Werte und Traditionen und dort sprechen wir unsere Sprache. Sprache ist der Schlüssel zur Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt.“

Als Schwabe bin ich besonders stolz darauf, dass es in meiner Heimat so viele Unterstützungsangebote zur Integration gibt. Die heute prämierten Projekte zeigen, mit welchem Ideenreichtum und mit wieviel Energie sich die Menschen hier für eine gemeinsame Zukunft einsetzen. Diese Energie ist ungemein wertvoll, denn Integration ist ein Marathon, kein Sprint. Hier ist langer Atem gefragt.“ DK

Im Landkreis Passau:

100. Gemeindeallianz Bayerns gestartet

Rotthalmünster, Lkr. Passau – Im Freistaat gibt es jetzt 100 kommunale Allianzen, die über Gemeindegrenzen hinweg ihre Heimat gemeinsam gestalten. Jüngster Neuzugang ist die Integrierte Ländliche Entwicklung „ILE an Rott und Inn“, zu der sich am Donnerstag die zehn niederbayerischen Kommunen Bad Füssing, Kirchham, Kößlarn, Malching, Neuburg a. Inn, Neuhaus a. Inn, Pocking, Rotthalmünster, Ruhstorf a.d. Rott und Tettenweis (alle Lkr. Passau) zusammengeschlossen haben.

„Mit der Integrierten Ländlichen Entwicklung haben wir ein Erfolgsmodell für die zukunftsgerechte Entwicklung der ländlichen Räume geschaffen“, sagte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner bei der Gründungsveranstaltung. Der Zusammenschluss sei eine Riesenchance für die Region.

Maßgeschneiderte Strategien für die Kommunen

Dem Minister zufolge erkennen immer mehr Kommunen, dass eine Zusammenarbeit für alle Beteiligten Vorteile bietet, etwa in den Bereichen Soziales, Innenentwicklung, Erneuerbare Energien, Klima- und Hochwasserschutz. Schließlich seien eine bezahlbare Infrastruktur und ein flächendeckendes Netz an Einrichtungen und Dienstleistungen langfristig nur über Gemeindegrenzen hinweg sicherzustellen. Der Freistaat unterstütze die Kommunen deshalb bei der zukunftsfähigen Entwicklung durch maßgeschneiderte Förder- und Umsetzungsstrategien. Die Ämter für Ländliche Entwicklung setzen dabei laut Brunner gezielt auf die Kreativität und die Eigeninitiative der Kommunen, ihrer Bürger und aller Akteure in der Region.

Landesweit arbeiten in den 100 kommunalen Zusammenschlüssen rund 800 Gemeinden mit insgesamt über zwei Millionen Einwohnern zusammen. □

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 2. Februar 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Kommunale Baupolitik
- Dorferneuerung – Stadtsanierung
- Gestaltung öffentlicher Räume
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Fremdenverkehr in Bayern
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Energiedienstleistung



Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
 **P. HENKEL**
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten,
Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER  **Fahnen**
• Fahnen
• Maste
• Roll-Ups
• Bekleidung
• und vieles mehr
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Energieeinsparung für Ihre Luft- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Hohe Reduzierung der sonst erforderlichen Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Maximale Einsparung an Wärme, Kälte und Strom auf Jahrzehnte
- Die Rückgewinnungstechnik ist absolut keim- u. schadstoffübertragungsfrei - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → optimale Zuluftqualität

Insgesamt: hocheffizient + hochrentabel

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl): Amper Kliniken Dachau, Bay. Nationalmuseum München, Dräxlmaier Technologiezentrum Vilsbiburg, Fachhochschule Aschaffenburg, Klinikum München-Großhadern u.v.a.

Vorbildprojekte bundesweit (Auswahl): Bundeskanzleramt Berlin, Tonhalle Düsseldorf, Fraport Frankfurt u.a.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152/91560

SEW
www.sew-kempen.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE
GemeindeZeitung
www.gemeindezeitung.de